

90 Jahre Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main



Verein für
Frankfurter
Arbeitergeschichte

Seit 90 Jahren steht das Neue Frankfurter Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße in Frankfurt am Main und ist bis heute in Form und Funktion unverändert: eine unter Denkmalschutz stehende Ikone der Moderne und zugleich die Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Region Frankfurt Rhein Main.

Das von Max Taut im Stil der Neuen Sachlichkeit errichtete und 1931 eingeweihte Gebäude ist das erste richtige Hochhaus der Stadt und war auch ein Symbol für das Selbstbewusstsein der organisierten Arbeiterschaft.

Diese Broschüre blickt zurück auf die Entstehung und Entwicklung des Gebäudes und berichtet seine Geschichte bis heute.



Philipp Jacks
Geschäftsführer
DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main



Dieter Wesp
Vorsitzender
Verein für Frankfurter
Arbeitergeschichte e.V.

90 Jahre
Neues Gewerkschaftshaus
in Frankfurt am Main

Diese Broschüre wurde zum 90. Geburtstag des Neuen Frankfurter Gewerkschaftshauses herausgegeben.

In Memoriam Franz Neuland (1926 – 2021)

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Region Frankfurt-Rhein-Main

Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte e.V.

Gesetzt in der Schriftart Futura. Diese Schrift wurde 1927 in Frankfurt von Paul Renner entworfen.

Redaktion, Layout, Gestaltung und Umschlag: Dieter Wesp

[Juli 2021]

Inhalt

Grußwort Seite 7
Philipp Jacks
(Geschäftsführer DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main)

Das Neue Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main – Eine Ikone der Moderne Seite 11
Dieter Wesp
(Vorsitzender des Vereins für Frankfurter Arbeitergeschichte e.V.)

Ein Denkmal seiner Zeit Seite 15
Helmut Hahn / Franz Neuland

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus von den 1980er Jahren bis heute Seite 53
Harald Fiedler
(Regionsgeschäftsführer DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main von 1995 bis 2016)

Ein ausgezeichnetes Denkmal Seite 85
Dieter Wesp
ANHANG

Rede zum 50-jährigen Bestehen des Gewerkschaftshauses Seite 87
Walter Hesselbach (4.12.1981)

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus in der Zeitschrift DAS NEUE FRANKFURT (1931) Seite 105

Bildnachweise:

Nachlass Franz Neuland
Institut für Stadtgeschichte
DGB Frankfurt-Rhein-Main

Philipp Jacks

Grußwort

Vor 90 Jahren wurde das Frankfurter Gewerkschaftshaus eröffnet mit einer „schlichten Eröffnungsfeier“ (so die Einladung), im Sitzungszimmer I im 1. Stock. Die Welt war gebeutelt von der Wirtschaftskrise – umso beeindruckender ist es, dass die Frankfurter Gewerkschaften innerhalb kürzester Zeit dieses Haus finanziert und gebaut haben: Es wurde am 12. Juli 1931 als erstes Hochhaus der Stadt Frankfurt eröffnet. Das ist heute kaum noch vorstellbar, wie es zwischen all den Wolkenkratzern steht.

Auch dieses Jahr werden wir das 90. Jubiläum in einer schlichten Feier begehen, der geplante große Empfang und das Sommerfest mussten abgesagt werden, weil die Coronavirus-Pandemie die Welt seit 18 Monaten im Würgegriff hält. Und auch diese Krise wurde durch die kapitalistische, profitmaximierende Ausbeutung von Mensch und Natur ausgelöst: Der renommierte Virologe Christian Drosten geht davon aus, dass der Sars-Cov-2-Virus bei der „Pelzernte“ vom Tier auf den Menschen übertragen wurde. Die auf entsetzliche Art und Weise gewonnenen Pelze hängen dann millionenfach an Kapuzen in den Bekleidungsäden der Welt – die meisten Kund:innen werden denken, dass dies aufgrund der günstigen Preise Kunstpelze sind. Auch dies ein Ausdruck der Absurdität und Abscheulichkeit des kapitalistischen Wirtschaftens.

Seit 90 Jahren nun treffen sich im Gewerkschaftshaus Menschen verschiedenster Branchen und politischer Couleur, um diesem unmenschlichen Wirtschaftssystem etwas entgegenzusetzen. Früher, als die Gewerkschaftsbewegung die zentrale, aber breit gefächerte, soziale Bewegung war, waren hier im Haus die verschiedenen Einrichtungen der Gewerkschaftsfamilie angesiedelt: Büchergilde, Bank, Bürobedarf, Sportzentrale und andere. Im Osthof waren zeitweise Prüfanlagen und Tankstelle des ACE, bevor dort in den 1960ern das Haus 2 gebaut wurde.

In den heutigen beiden Häusern haben neben DGB-Bezirk, -Region und -Rechtsschutz vier der acht DGB-Gewerkschaften ihre Büros mit insgesamt über 300 Beschäftigten. Die übrigen Büros sind vermietet an nahestehende politische Organisationen und Dienstleister. Das Haus 3 am Untermainkai wurde vor einigen Jahren modernisiert und kommerziell vermietet. Auch das Haus 1 soll nun klimatisiert werden, nachdem dafür aufgrund des bestehenden Denkmalschutzes lange keine Lösung gefunden werden konnte: Damit wäre endlich der häufigste Grund für Beschwerden von Beschäftigten und Besuchenden gelöst und ein zeitgemäßes Arbeiten möglich – die bauzeitliche Fassade aus Stahlbeton und Travertin-Kalkstein sorgt im Sommer gerade in den oberen Stockwerken für enorme Temperaturen.

Das Gewerkschaftshaus ist auch heute noch ein wichtiger Ort als Streiklokal und Versammlungsort für Kolleg:innen im Arbeitskampf, die Gewerkschaftsjugendlichen treffen sich im und am Jugendclub, der Parkplatz wird für gewerkschaftliche Feiern genutzt. Und: Obwohl sich die sozialen Bewegungen seit der Eröffnung vor 90 Jahren weiterentwickelt und thematisch aufgefächert haben, bleibt das Gewerkschaftshaus ein wichtiger Ort für vielfältige Aktivitäten, Bündnis-Demonstrationen und Netzwerke in Frankfurt und der Region. Das Gewerkschaftshaus als gemeinsame Bleibe und kulturelles Zentrum der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen in zentraler, gut erreichbarer Lage wird auch in Zukunft von hoher Wichtigkeit bleiben.

Jedes Jahr zum 8. März begehen wir im Haus den Internationalen Frauentag als Bündnisveranstaltung und machen es so zu einem Ort der Begegnung und des Austauschs über die Gewerkschaften hinaus. Viele Initiativen und Organisationen aus dem Bereich Frauen und Gleichstellungspolitik, die in unserer Stadt aktiv sind, treffen sich dann zu einer großen Informations- und Austauschbörse. Es findet zudem ein spannendes politisches Programm statt.

Der DGB-Jugendclub im Haus bietet Angebote, die Jugendliche aus dem Gutleit- und Bahnhofsviertel nutzen. Neben, zum Beispiel Breakdance und Kinoabenden, finden auch kostenlose Sprachkurse und Unterstützungsangebote für junge Menschen mit Fluchterfahrung statt. Das Haus wirkt so auch für die jüngere Generation ins umgebende Quartier hinein.

Ich freue ich sehr, dass sowohl die Mieterschaft als auch die Nutzer:innen des Hauses so divers sind, denn Diversität und Austausch befördern gute Idee und die Kooperation. Auch deshalb soll das Gewerkschaftshaus als zentraler Ort der sozialen Bewegungen in Frankfurt weiter ausgebaut werden: ganz im Sinne des Leitantrags des letzten DGB-Bundeskongresses. Demnach soll der DGB im Austausch mit den relevanten demokratischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Perspektiven jenseits der neoliberalen Agenda der letzten Jahrzehnte entwickeln und eine progressive Modernisierungspolitik für Deutschland und Europa erarbeiten und umsetzen.

Der DGB ist wohl der einzige Netzwerk-Akteur, der vergleichsweise starke Organisationsstrukturen bieten kann, um Themen und Mobilisierung in die Breite zu tragen, und der gleichzeitig eine hohe Akzeptanz bei fast allen politischen Akteuren genießt – egal ob bei kleinen Initiativen, großen Verbänden oder Parteien. Denn: Auch wenn sich die Gewerkschaftsbewegung in den vergangenen 90 Jahren stark verändert hat, so sind wir doch nach wie vor der einzige Akteur, der diese Scharnierfunktion übernehmen kann und übernimmt. Ich würde mir allerdings sehr wünschen, dass diese wieder steigende Akzeptanz und die allseits betonte Wichtigkeit der Gewerkschaften auch wieder zu mehr Eintritten führen würde. Wir müssen wieder deutlich machen, dass „die Gewerkschaft“ kein Dienstleister, keine externe Institution ist, sondern eine soziale Bewegung, die vom Mitmachen lebt und für eine soziale Demokratie unerlässlich ist.

Es besteht ein großer gesellschaftlicher Konsens, dass der weltweite Kapitalismus die Natur und Menschen zerstört, dass er zu

Ungerechtigkeiten führt und die Demokratie oft gegen ihn machtlos ist. Es ist unsere große Aufgabe, diese Gesellschaftskritik mit progressiven Lösungen für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu unterfüttern und populär zu machen. Wir dürfen Gesellschaftskritik nicht den rechten, menschenfeindlichen und kurzsichtigen Rattenfänger:innen überlassen. Wir müssen eine Gegenmacht gegen Arbeitgeber- und Kapitalinteressen schaffen, und gegenüber den politischen Entscheidungsträger:innen die Interessen der Lohnabhängigen wirksam zu vertreten. Als Gewerkschaften haben wir den grundgesetzlichen Auftrag, die Verhältnisse in Betrieb und Verwaltung, in den Branchen und in unserem demokratischen Sozialstaat zu verbessern. Daran arbeiten wir beständig. Gegen die Interessen der Mächtigen und Reichen, der Ewiggestrigen und der Egoisten braucht es Zusammenhalt und Solidarität. Denn nur gemeinsam kann es uns gelingen, diese Welt sozialer, demokratischer und menschlicher zu machen – und dafür steht das Frankfurter Gewerkschaftshaus heute wie bei seiner Eröffnung.

Dieter Wesp

Das Neue Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main – eine Ikone der Moderne

Nunmehr seit 90 Jahren steht das Neue Frankfurter Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße und ist bis heute in Form und Funktion unverändert: eine unter Denkmalschutz stehende Ikone der Moderne und zugleich – von der Unterbrechung durch den Nationalsozialismus abgesehen – die Zentrale des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Region Frankfurt-Rhein-Main.

Wir haben uns entschlossen, den 1981 zum 50. Geburtstag erschienenen Aufsatz „**Ein Denkmal seiner Zeit - Das Frankfurter Gewerkschaftshaus und sein städtebauliches Umfeld**“ von Helmut Hahn und Franz Neuland erneut abzdrukken. Zum einen, weil das damals erschienene Büchlein „**Das Haus der Besitzlosen**“, in dem dieser Aufsatz erstmals zu lesen war, längst vergriffen ist und zum anderen, weil die dort gemachten Ausführungen bis heute in ihrer genauen Beschreibung lesenswert sind.

Der Aufsatz ordnet den Bau des Gewerkschaftshauses in die Geschichte des Neuen Frankfurt ein, die Phase, in der von 1925 bis 1930 unter Oberbürgermeister Ludwig Landmann, Stadtbaurat Ernst May und Kämmerer Bruno Asch, Frankfurt am Main einen einzigartigen Modernisierungsschub erlebte. Ernst May, gebürtiger Frankfurter, wird von Landmann von Breslau nach Frankfurt zurückgeholt und mit der Aufgabe betraut, innerhalb von zehn Jahren 10.000 Wohnungen für Arbeiterhaushalte zu planen und fertigstellen zu lassen. Als May nach fünf Jahren, durch die fehlende Finanzierung weiterer Aufträge, Ende 1930 Frankfurt verlässt und mit dem größten Teil seiner Mitarbeiter in die Sowjetunion geht, sind über 10.000 Wohnungen fertig und 2.000 weitere in Planung bzw. im Bau. Architektonisch waren die Bauten modern: im Stil der Neuen Sachlichkeit dominierten einfache kubische Formen mit Flachdach,

liegende farbige Fensterbänder, farbig unterschiedlich behandelte Wandflächen. Alle Wohnungen – mit klug geplanten Grundrissen – hatten ein Bad und eine eingebaute Küche - die damals revolutionäre „Frankfurter Küche“ - waren voll elektrifiziert und hatten zu 75 Prozent Zentralheizung und in einigen Siedlungen auch Radioanschluss.

Ursprüngliches Ziel war es, dass die Mietkosten 25 Prozent des durchschnittlichen Monatslohns eines Facharbeiters nicht überschreiten sollten, tatsächlich lagen die Mietkosten durchschnittlich bei 37 Prozent des Monatslohns.¹

Angesichts der heutigen Probleme in Frankfurt am Main eine bezahlbare Wohnung zu finden, wäre eine Orientierung an der Entschlossenheit und dem Tempo, mit dem damals gearbeitet wurde, wünschenswert.

In die Großbauten des Neuen Frankfurt, wie die Großmarkthalle von Martin Elsässer, reiht sich das Gewerkschaftshaus von Max Taut würdig ein. Die Konstruktion ist modern, ein Stahlbetonskelett, das mit grauem Anstrich und handwerklicher Scharrierung nach außen deutlich sichtbar seine Funktion darstellt, bildet die tragende Struktur. Dazwischen liegen (meist) vier Fenster, die insgesamt ein Fensterband über die gesamte Gebäudelänge bilden. Im Inneren des Gebäudes erlaubt die Tragkonstruktion maximale Flexibilität. Büroräume können in beliebiger Größe eingerichtet werden, beginnend mit den kleinsten Büros mit nur einem Fenster und 12 bis 13 Quadratmeter Fläche und – durch die Hinzunahme weiterer Fenster – entsprechend vervielfacht.

Zudem ist das Frankfurter Gewerkschaftshaus das erste richtige Hochhaus Frankfurts. Das ist einer der wenigen Punkte, an denen ich die Darstellungen des folgenden Kapitels – in denen das

¹ Alle Angaben nach: DW Dreyse: May-Siedlungen. Architekturführer durch zehn Siedlungen des Neuen Frankfurt 1926-1930. 2019, S. 4-6

Gewerkschaftshaus als viertes Hochhaus Frankfurts eingeordnet wird – anders bewerten möchte.



Gewerkschaftshaus 1931

Dies möchte ich im Folgenden kurz begründen. In einigen Darstellungen wird der 33 Meter hohe – und damit zwei Meter

höher als das Gewerkschaftshaus von Taut – Mousonturm als erstes Frankfurter Hochhaus bezeichnet. In der Architektur ist es allerdings üblich, Türme, Schornsteine, Masten etc. nicht als Gebäude zu werten. Wenn Türme zählen, dann wäre der Frankfurter Domturm das erste Hochhaus der Stadt gewesen. Schauen wir uns die anderen Bewerber um den Titel des ersten Hochhauses in Frankfurt an. Die Alte Börse, 1879 fertiggestellt, hat über dem zentralen Händlersaal eine Glaskuppel, die 43 Meter hoch ist. Auch das fast zeitgleich mit dem Gewerkschaftshaus fertiggestellt Verwaltungsgebäude der IG Farben ist mit 35 Metern vier Meter höher als das Gewerkschaftshaus. Beide Gebäude sehen aber von ihrem äußeren Erscheinungsbild nicht wie Hochhäuser aus. Die Kuppel der Alten Börse ist von unten nicht zu sehen und auch die 250 Meter Länge des IG-Farbengebäudes drängt die Höhenwirkung völlig in den Hintergrund. Wie anders dagegen das Gewerkschaftshaus von Max Taut. Die zur Wilhelm-Leuschner-Straße ausgerichtete Schmalseite des Bürogebäudes mit dem markanten verglasten Treppenturm strebt in eleganten neun Stockwerken eindeutig als Hochhaus in den Frankfurter Himmel und ist somit Frankfurts erstes wirkliches Hochhaus. Diese Sichtweise teilt auch das Denkmalamt Frankfurt. In der Begründung für den Denkmalschutzpreis von 1998 heißt es: „Das erste echte Bürohochhaus in Frankfurt an Main“.² Auch wenn das Gewerkschaftshaus heute in diesem Eindruck durch die deutlich höheren Gebäude des Neubaus der Bundeszentrale der IG Metall und dem Hochhaus von Union-Investment stark beeinträchtigt ist, so ist es doch immer noch eine Ikone der Moderne – heute, wie vor 90 Jahren.

² Schreiben des Denkmalamtes zur Bewertung des Gewerkschaftshauses von Heike Kaiser. 11.5.1998. Digitale Akte Denkmalamt.

Helmut Hahn / Franz Neuland

Ein Denkmal seiner Zeit

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus und sein städtebauliches Umfeld³

Die Einweihung des Frankfurter Neuen Gewerkschaftshauses am 12. Juli 1931 erfolgte nach knapp vier Jahren Vorbereitungen und Bauzeit, wobei die letztere mit nur elf Monaten beachtlich kurz war: ein Ergebnis der angewandten neuen Baustoffe und Bautechnik. Die Diskussionen über die Notwendigkeit, ein neues Haus zu bauen, gehen jedoch schon auf die Jahre unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Trotz Zukaufs weiterer benachbarter Liegenschaften war das erst 1901 vollendete und bezogene „Alte“ Gewerkschaftshaus in der Allerheiligenstraße längst zu klein geworden; die Folge eines stürmischen Wachstums der Gewerkschaften in den Jahren bis zum Ausbruch des ersten großen Krieges.



1931 Bau des Gewerkschaftshauses (Blick nach Norden)

³ erstmals veröffentlicht in: „Das Haus der Besitzlosen“, Frankfurt am Main, 1981

War das alte Haus noch Herberge, Treffpunkt und Verwaltungseinrichtung unter einem gemeinsamen Dach, so sollte das neue zwar alle diese Funktionen ebenfalls erfüllen, jedoch in verschiedenen Teilen eines Komplexes. Aus der Arbeiter-Herberge sollte ein Arbeiter-Hotel werden, aus dem Bürohaus, das sich in der äußeren Gestalt kaum von den benachbarten Wohnhäusern unterschied, sollte ein modernes, repräsentatives Verwaltungsgebäude werden; die Abhängigkeit von fremden Sälen für Großveranstaltungen sollte mit dem Bau eines eigenen, für

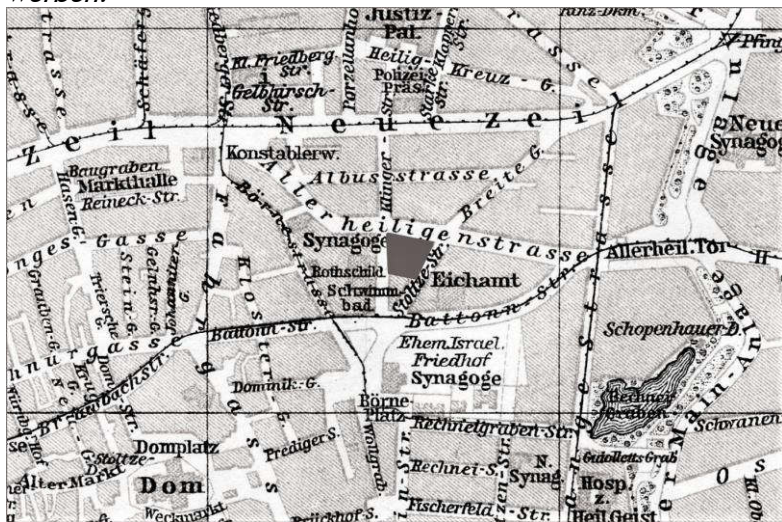


Das Gewerkschaftshaus von 1901 in der Allerheiligenstraße

Kongresse und Kundgebungen geeigneten Saal-Baus überwunden werden. Zugleich sollte das neue Haus auf günstigerem Gelände die in den zwanziger Jahren voll entwickelten Prinzipien des modernen Städtebaus sinnfällig zum Ausdruck bringen.

Das Neue Gewerkschaftshaus als Teil eines veränderten städtebaulichen Umfeldes ist darum Gegenstand dieses Kapitels, in dem zugleich die Gründe dafür genannt werden, warum ein großes Konzept bis heute unverwirklicht geblieben ist. Das erste Haus der Frankfurter Gewerkschaften wurde am 17. August 1901 seiner Bestimmung übergeben. Dazu heißt es im Jahresbericht des Arbeiter-Sekretariats für 1901 unter anderem: *„Mit berechtigtem Stolze kann die Frankfurter organisierte Arbeiterschaft auf ihr Gewerkschaftshaus blicken, und ein gerüttelt Maaß Dank schuldet sie den Genossen, welche in energischer Weise die Schaffung dieses Unternehmens bewirkt haben. Der Schwierigkeiten waren nicht wenige, die zu bewältigen waren, aber sie wurden bewältigt dank der rastlosen Bemühungen einer verhältnismäßig kleinen Anzahl Genossen, die die Bedeutung einer glücklichen Lösung dieser Frage für die organisierte Arbeiterschaft klar überschauten. Ein großer Restaurationsraum für die Tageswirthschaft bildet die Front an der Straße Am Schwimmbad, ein helles, großes Fremdenzimmer an der Stoltzestraße dient dem Tagesaufenthalte der zugereisten Kollegen aller Branchen. Ein großer Saal auf der Schwimmbadseite und ein theilbarer kleiner an der Stoltzestraße im ersten Stock sind für Versammlungen und Feste bereitgestellt. Das Arbeiter-Sekretariat und das Bureau des Gewerkschaftskartells sind im zweiten Stock an der Schwimmbadseite, die Verbandsbureaus der Bäcker, Maurer, Metallarbeiter, Maler, Weißbinder und Lackierer sowie Holzarbeiter sind an der Stoltzestraße untergebracht. Vereinslokale für nahezu alle übrigen Gewerkschaften befinden sich ebenfalls im zweiten und ersten Stock. Der dritte Stock und das Dachgeschoß enthalten sodann die Fremdenzimmer, in welchen ca. 100 Betten der Benutzung harren, außerdem Bade- und Reinigungsräume sowie Desinfektionsapparat. Desgleichen die Verwalterwohnung. Noch sei der im Erdgeschosse gelegenen zwei Kegelbahnen sowie des geräumigen Gartens gedacht. Zentralheizung, Haustelephon, komfortable Klosettanlagen, alles dient dazu, daß ein rechtes Wohlbehagen den Besucher*

erfaßt. Gute Speisen und Getränke bei mäßigsten Preisen sind geeignet, die Sympathien der Arbeiterschaft dauernd zu behaupten, und so erscheint denn alles dazu angethan, dem Unternehmen auch geschäftlich ein gutes Prognostikon zu stellen. Was das Haus den Gewerkschaften in ihrem wirtschaftlichen Kampfe, was es ihnen in ideeller Hinsicht bedeutet, das weiß leider ein großer Theil der Mitglieder noch nicht zu würdigen. Und da ist es denn namentlich die Aufgabe der Vorstände, immer und immer wieder ihre Kollegen auf die Bedeutung des Unternehmens für die Organisationen hinzuweisen. Der Feinde haben wir übergenug, darum helft uns, stetig neue Freunde zu werben.“



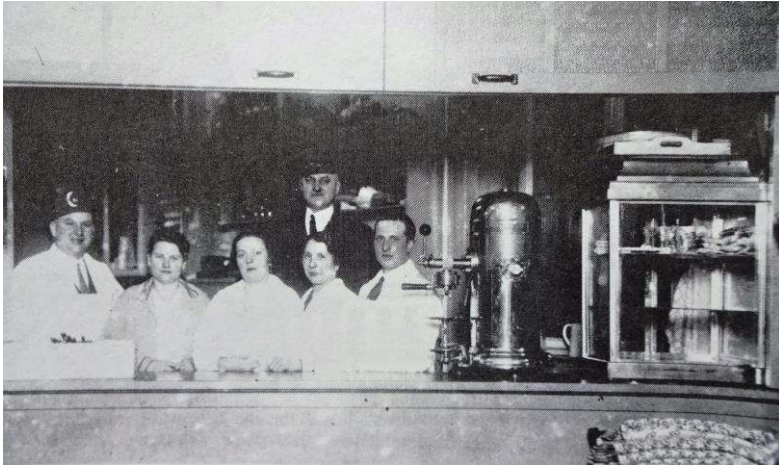
Lageplan des Gewerkschaftshauses von 1901

Im Laufe der Zeit ist durch den Kauf der Häuser Allerheiligenstraße 51, 53 und 57 das Gewerkschaftshaus erweitert worden. 1908 wurde das Haus Allerheiligenstraße 51 für 294.000 Mark erworben, durch Heizungseinbau modernisiert und zu 30 Büroräumen umgebaut. Im Erdgeschoß wurde das Arbeitersekretariat eingerichtet, der Rest als Laden vermietet. 1909 kam das

Haus Allerheiligenstraße 53 für 155.600 Mark und 1912 das Haus Allerheiligenstraße 57 für 237.000 Mark hinzu.

Beide Häuser wurden für Büro Zwecke umgebaut und durch verwinkelte Flure und Treppchen miteinander verbunden. Aber den Anforderungen einer modernen Organisation mit ihren vielfältigen Aufgaben konnte dieser Häuserkomplex auf die Dauer nicht mehr gerecht werden. Die räumliche Enge wurde schon deshalb immer drückender, weil aufgrund des erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes um Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung der Löhne und für die Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen die Mitgliedszahlen der Verbände stark angestiegen waren. Beim Fall des Sozialistengesetzes 1890 waren im ganzen Reich erst 227.733 Mitglieder in 53 Verbänden und 73.468 durch Vertrauensmänner zentralistisch organisiert. 1914 waren es bereits 2,5 Millionen, und 1931 waren unter dem Dach des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) 4,7 Millionen Mitglieder in 33 Zentralverbänden organisiert. Im Ortsausschuß Frankfurt des ADGB betrug 1931 die Mitgliederzahl 76.991.

Einzelne Verbände mußten damals schon Büroräume außerhalb des Gewerkschaftshauses für ihre Verwaltungsarbeit mieten. Auch die mit dem ADGB befreundeten freien Angestelltenverbände konnten nicht im Gewerkschaftshaus aufgenommen werden; die von den Gewerkschaften gegründeten oder von ihnen gestützten wirtschaftlichen Unternehmungen mußten alle ihr Domizil außerhalb des Hauses aufschlagen. Das alte Gewerkschaftshaus umfaßte zu jener Zeit etwa 115 Büroräume, zwei Restaurants, einen großen und einen kleinen Saal sowie fünf Sitzungszimmer. Der Beherbergungsbetrieb für die reisenden Handwerksgelegen konnte 110 Betten vermieten und war ein wichtiger Teil des Hauses. Immer wieder gab es wirtschaftliche Schwierigkeiten. So wurde 1915 aus dem Ertrag einer Kopfsteuer von 50 Pfennig durch die Kartellkasse dem Gewerkschaftshaus eine Summe von 10.000 Mark zum Ausgleich von



1928 Im alten Gewerkschaftshaus (links mit Fez während einer Fasnachtsfeier Georg Hertel)

Mindereinnahmen zur Verfügung gestellt. Und in der Festschrift zum fünfundsingjährigen Bestehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltung Frankfurt, aus dem Jahre 1916 lesen wir: „*Frankfurter Metallarbeiter! Das Gewerkschaftshaus ist Euer Haus, fördert es dadurch, indem Ihr es oft besucht.*“

Heraus aus der Enge!

Etwas später gab es Schwierigkeiten mit der Geschäftsführung. 1926 mußte sich die Arbeiterherberge GmbH als Eigentümerin des Gewerkschaftshauses von ihrem Geschäftsführer Langgemach trennen. Nach einer Übergangszeit, in der die Geschäfte von dem Kollegen Tornau geführt wurden, übernahm am 21. Februar 1927 Georg Hertel die Geschäftsführung. Im gleichen Jahr wurden die 16 Gesellschafter neu bestellt. Es waren dies J. Diel, Ph. Hain, G. Heinisch, H. Knöß, P. Krämer, S. Laut, J. Metz, O. Misbach, H. Müller, E. Mulansky, W. Nepecks, G. Reuß, K. Schneider, H. Tornau, G. Ulrich und P. Wenzke. Sie hatten mit ihrer Wahl zugleich die schwierige Aufgabe übernommen, die Gewerkschaften aus ihrer nun schon zur Misere

gewordenen Enge zu befreien und nach neuen Lösungen zu suchen.

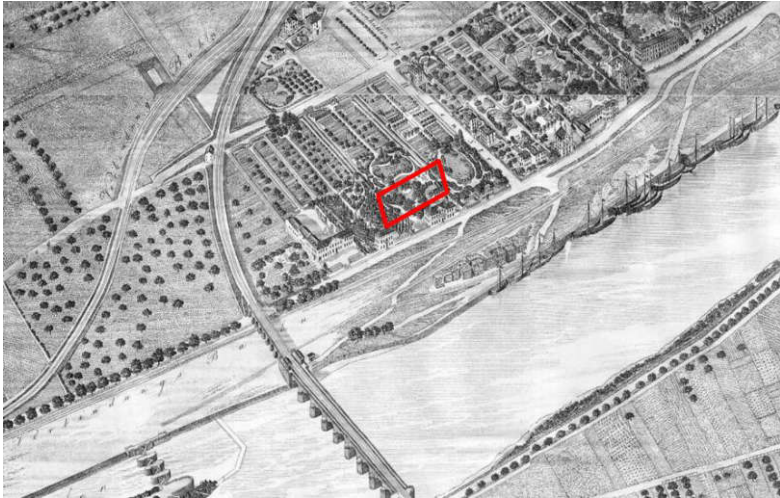
Bereits im Herbst 1927 wurde der entscheidende Beschluß gefaßt: Die Arbeiterherberge GmbH soll sich nach einem geeigneten Objekt umsehen! Auf der Suche nach Möglichkeiten für den Kauf oder den Bau eines neuen Gewerkschaftshauses, das den Erfordernissen einer modernen Arbeiterorganisation gerecht wird, wurden mehrere Grundstücke und Gebäude auf ihre Eignung hin überprüft. So zum Beispiel das Siegismund-Strauß-Bürohaus am Rathenauplatz, das alte Verwaltungsgebäude der IG Farben in der Gutleutstraße sowie die Grundstücke Wilhelmstraße / Theodor-Stern-Kai (später AOK, dann AEG) [heute Allianz-Versicherung D.W.]. Theodor-Stern-Kai westlich des Krankenhauses und Bismarckallee / Varrentrappstraße / Steinmetzstraße.

Die angebotenen Gebäude waren wegen zu hoher Umbaukosten nicht geeignet. Grundstücke, die man ins Auge gefaßt hatte, waren nicht zu bekommen, andere lagen nicht verkehrsgünstig.

Vor den Erfolg haben die Götter die Gerichte gesetzt

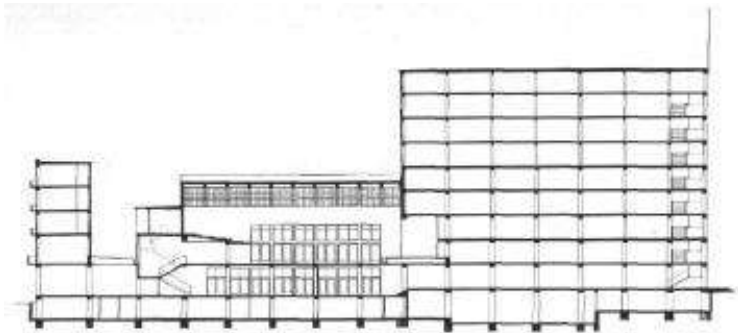
Schließlich stieß man durch einen Zufall auf das etwa 8.500 Quadratmeter große Grundstück zwischen der damaligen Bürgerstraße (heute Wilhelm-Leuschner-Straße) und dem Untermainkai, welches für 1.122 Millionen Reichsmark gekauft werden konnte.

Es war vormals Teil eines Barockgartens mit zahlreichen Skulpturen, der viele Jahre dem Baurat Philipp Holzmann gehört hatte. Der letzte Besitzer, ein Bankier Spaeth ließ die Plastiken abtransportieren, den Park abholzen und mit großbürgerlichen Villen bebauen, die zum Teil noch heute erhalten sind. In diese „vornehme“ Gegend wollten die Arbeiterorganisationen ihr neues Haus bauen. Das durfte nicht wahr werden. Und es rief



Das Parkgelände an Standort des späteren Gewerkschaftshauses in einer Stadtansicht von 1864

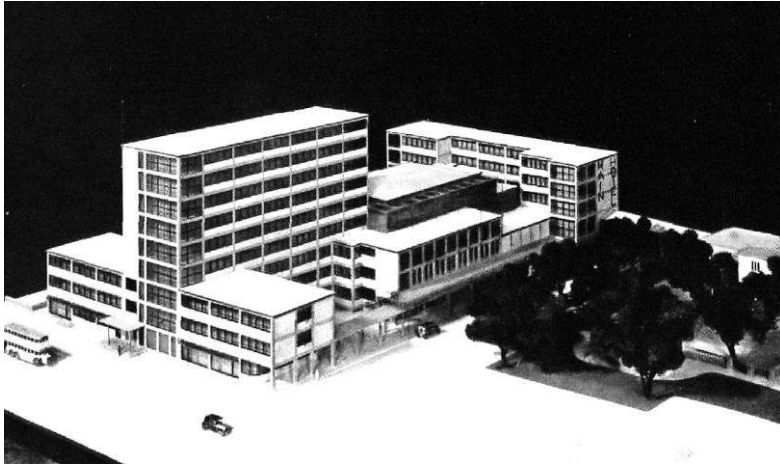
natürlich den massiven Widerstand der umliegenden Hausbesitzer hervor, die „*Belästigungen durch Lärm und Gerüche*“ befürchteten. Sie versuchten mit allen Mitteln, den Bau eines Gewerkschaftshauses zu verhindern. Inzwischen war die „Arbeiter-Herberge GmbH.“ in die „Volkshaus GmbH“ umgewandelt worden, und diese beantragte beim Magistrat der Stadt Frankfurt die Baugenehmigung für ein neugeschossiges Bürohaus als ersten Bauabschnitt. Ein Saalbau und das Main-Hotel waren für spätere Bauabschnitte vorgesehen. Die Baugenehmigung wurde aufgrund der Einsprüche im ersten Anlauf nicht erteilt. Erst am 28. Juli 1930 stimmte der Magistrat auf Weisung des Regierungspräsidenten Ehrler - des früheren Sekretärs des Frankfurter Metallarbeiter- Verbandes, und zeitweilig Polizeipräsident - der Fortführung der Bauarbeiten über der Erde zu.



Seitenansicht des Entwurfs von Osten. Rechts das realisierte Bürogebäude, in der Mitte der Saaltrakt, links das Hotelgebäude

Der erste Spatenstich war bereits am 2. Juni 1930 erfolgt, und die Bauarbeiten waren in vollem Gange. Daneben wurde noch vor dem Land- und Oberlandesgericht gestritten, ob in dem herrlichen Garten eine Bewirtschaftung betrieben und Musik gespielt werden dürfe und ob für das fragliche Gelände eine Servitut - eine Schutzverordnung - bestehe. Prof. Pfeiffer, Landrat a. D. von Grunelius und Prot. Dr. Gramberg erschienen für 18 Anlieger vor der 11. Zivilkammer des Landgerichtes und trugen vor, daß durch den Bau eines Gewerkschaftshauses der Villencharakter der Gegend verlorengehe und für die Anwohner erhebliche Beeinträchtigungen entstehen würden. Und sie bekamen recht. Erst das Oberlandesgericht änderte das Urteil durch einstweilige Verfügung bis zur rechtskräftigen Entscheidung im Hauptverfahren ab, genehmigte den Bau des Verwaltungsgebäudes, untersagte aber die Gartenbewirtschaftung sowie den Bau des Main-Hotels und des Saalbaues.

Fünfundzwanzig Jahre später ging es in derselben Straße um die Bebauung eines weiteren - des de Bary'schen - Parkes. Da hatten die Besitzer keine Skrupel, für den Bau eines zwanzigstöckigen Hotelkomplexes ihr Gelände zu verkaufen. Das Bauvolumen betrug ein Vielfaches dessen, was die Gewerkschaften



Modell des vollständigen Entwurfs von Max Taut. Rechts hinten der zum Main ausgerichtete Hotelbau

1930/31 je vorgehabt hatten zu bauen. Es folgten weitere Gebäude, in deren Schatten sich das einst als „Hochhaus“ geltende Gewerkschaftshaus heute wie ein Zwerg ausnimmt. Es hatte noch Maß bewahrt. Denn es ging nicht um Renditen, es war eine Bereicherung der Stadtsilhouette deren Zerstörung ein Vierteljahrhundert später begann. Nach dem Willen seiner Väter sollte das Neue Gewerkschaftshaus ein gut durchdachter Bau ohne jeden Luxus werden, der den Gewerkschaften und ihren Unternehmungen ideale Arbeitsmöglichkeiten bietet. In langen Beratungen wurde der Raumbedarf ermittelt und ein Bauprogramm erarbeitet, das unter einem ausgesuchten Kreis von Architekten ausgeschrieben wurde. Da keiner der Entwürfe die Erwartungen voll erfüllte, wurde ein zweiter Wettbewerb unter den Architekten Ernst Balser, Frankfurt, sowie Max Taut und Franz Hoffmann, Berlin, durchgeführt. Taut und Hoffmann erhielten den Zuschlag, und der Frankfurter Architekt Wilhelm Hill übernahm die Bauleitung. Da die gerichtlichen Auseinandersetzungen bis weit in die Bauzeit hineinreichten, kam es oft zu Polizeieinsätzen auf der Baustelle, und Geschäftsführer Georg Hertel



Das Gewerkschaftshaus von der Mainseite aus gesehen. Ein Torso, da der geplante Saal 1931 nicht gebaut werden konnte

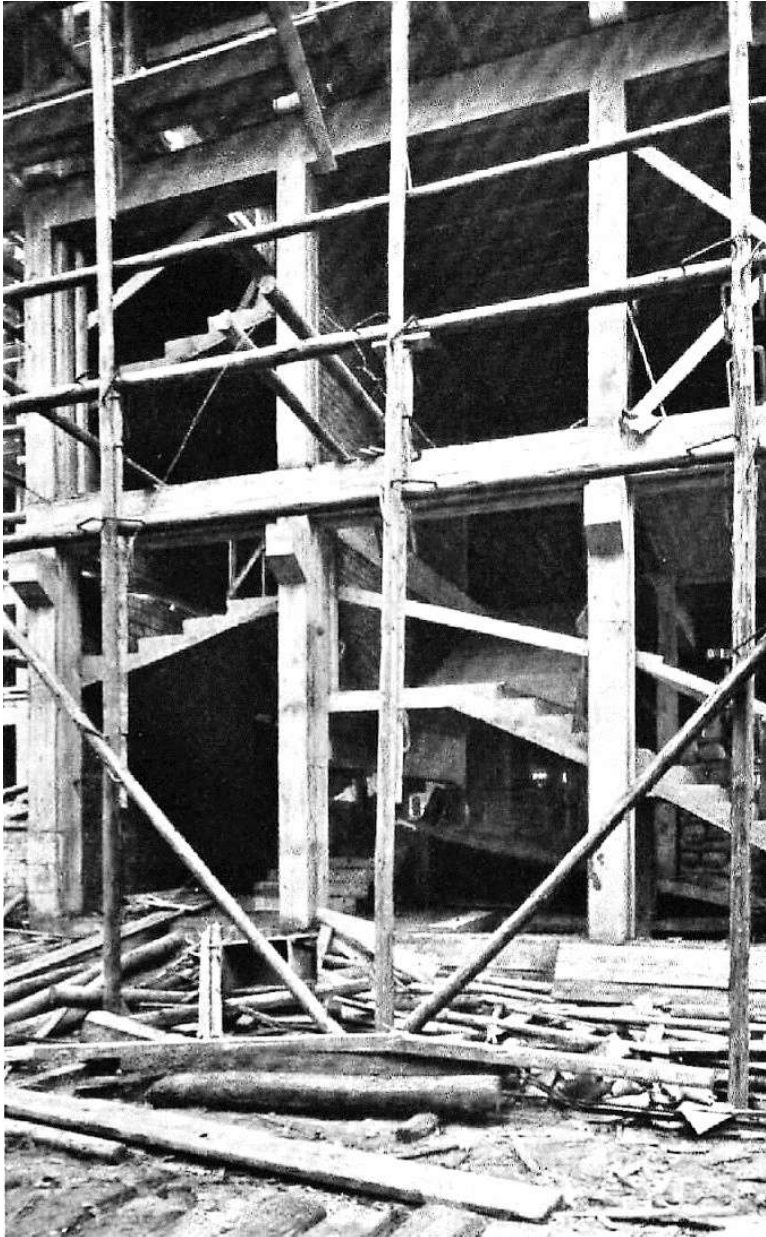
wurde mit Geldstrafen belegt. Bis der Rechtsstreit beendet war, war der Rohbau nahezu vollendet. In elf Monaten hatten 405 Arbeiter von 150 Firmen das damals dritte Frankfurter Hochhaus errichtet. Es war ein Haus geworden, das ein Zeugnis einer großen baugeschichtlichen Epoche geblieben ist, auch wenn der gesamte ursprüngliche Entwurf bis heute unvollendet blieb und bleiben wird.



Bauarbeiter beim Verlegen der Platten des begehbaren Dachgeschosses

Zeugnis einer baugeschichtlichen Epoche

Baugeschichtlich steht das Neue Gewerkschaftshaus am Ende einer Epoche, die als „Neue Sachlichkeit“ in die Geschichte von Architektur und Kunst eingegangen ist. Sie begann am Vorabend des Ersten Weltkrieges als künstlerischer Reflex auf den Jugendstil, der zwar den Historismus und den monströsen Pomp der wilhelminischen Epoche überwand, mit seinen ästhetisierenden, verspielten Formen aber nur eine weitere Ausdrucksform bürgerlicher Repräsentativkultur wurde. Für die Lösung des großstädtischen Wohnungselends und der Aufgaben eines wirklich sozialen Wohnungsbaus eignete er sich ebenso wenig wie für profane Zweckbauten, beides unter rationeller Verwendung moderner Baumaterialien-zum Beispiel Glas, Beton oder Eisen, wie er sich auch nicht für industrielles Bauen eignete.



Gewerkschaftshaus während der Bauarbeiten. Das tragende Beton-Stahl-Skelett ist deutlich zu erkennen

Die Arbeiterbewegung hat dem Stil der Neuen Sachlichkeit zunächst ebenso distanziert gegenübergestanden wie die gesamte Gesellschaft. Das lag nicht zuletzt an der Konzeptionslosigkeit, mit der SPD und Gewerkschaften der Kaiserzeit dem kulturellen Geschehen gegenüberstanden. Es bedurfte zusätzlich zu dem Elend, das die profitorientierte Entwicklung der Städte geschaffen hatte, des Kriegselends von 1914/18, um ins Bewußtsein zu bringen, daß eine Lösung der geballten Probleme nur noch unter Verwerfung alles Herkömmlichen und Traditionellen möglich war. Die Euphorie der „Neuen Zeit“, die am 9. November 1918 angebrochen schien und die Menschen mit Hoffnung und Zukunftserwartung erfüllte, überwand auch die Distanz zu den neuen Architekturformen. Mit der Gründung des Weimarer - später Dessauer - Bauhauses 1919 entstand zugleich die richtungweisende Werkstätte. Am Beispiel holländischer Arbeitervorstädte zeigte sich ebensowohl wie an bedeutenden Einzelleistungen in Deutschland – zum Beispiel von Walter Gropius oder von Max Taut – wie rationell und kostengünstig, zugleich aber dennoch menschlich und ästhetisch sich im Stil der Neuen Sachlichkeit bauen ließ.

Die deutschen Verhältnisse waren jedoch noch volle fünf Jahre bis zum Ende von Kapp-Putsch und Inflation um die Jahreswende 1923/24, einer vollen Entfaltung des Neuen nicht günstig. So wurde es 1925 bis große Projekte verwirklicht werden konnten. Und nach weiteren sechs, sieben Jahren war alles schon wieder vorbei. Doch genügte diese kurze Spanne, um für alle Zeiten Maßstäbe zu setzen, mit denen sich spätere Städteplaner und Baumeister bis auf den heutigen Tag messen lassen müssen. Bei vielen erweist sich die Elle als zu groß und ihr Tun als Schritt hinter die damalige Entwicklung. In Frankfurt ist die Epoche der Neuen Sachlichkeit mit dem Namen von Ernst May und seinem Mitarbeiterkreis untrennbar verbunden. Was hier geschah, wurde beispielhaft für andere Städte und fand internationale Beachtung und Anerkennung. Es wäre jedoch ohne die Aufgeschlossenheit der städtischen Körperschaften ebenso

undenkbar gewesen, wie es eine fortschrittliche Bodenpolitik zur Voraussetzung hatte. Bei beidem redeten die Gewerkschaften seit 1919 kein geringes Wort mit. Systematischer Städtebau setzt eine zielbewußte Bodenpolitik voraus – das hatte schon Franz Adickes (Oberbürgermeister von 1891 bis 1912) erkannt. Seine „Lex Adickes“ war für ihre Zeit beispielhaft. Unter Oberbürgermeister Ludwig Landmann (1924 bis 1933) und seinem sozialdemokratischen Stellvertreter Eduard Gräf ging man aber über die selbstgezogenen Grenzen der Vorkriegszeit hinaus. Die langwierige Umlegung städtischen und privaten Bo-



1930 Ernst May Siedlung Römerstadt

dens unterblieb. Stattdessen wurde das nach der Reichsverfassung für Zwecke des Wohnungs- und Städtebaus mögliche Mittel der Enteignung entschlossen eingesetzt. Das sparte Zeit und Geld. So stehen die Siedlungen Praunheim und Römerstadt (insgesamt 32 Hektar) auf enteignetem Boden. Er hatte einen Marktwert von 2,50 Reichsmark (RM) pro Quadratmeter. Gefordert hatten die privaten Besitzer aber 15 RM. Enteignet wurde zu 3,50 RM. Die Differenz von 11,50 RM entspricht einem sozialen Gewinn von 3,680 Millionen RM, die für die Erschließung des Geländes, für die Planung und für die Errichtung von Anlagen

verwendet werden konnten, in denen man vorgefabrizierte Teile für den Wohnungsbau herstellte.

„Frankfurter Typen“, „Frankfurter Normen“, „Frankfurter Plattenbau“ wurden neben der Frankfurter Art der Finanzierung und der zielbewußten Enteignungspolitik zu international feststehenden Standards. So wurde für den Wohnungsbau eine komplette Typenserie entwickelt, die auf gleichartigen Grundformen beruhte, wobei von der Dreizimmerwohnung als Durchschnittswohnung ausgegangen wurde, Geschlechtertrennung bei Kindern sowie die Trennung von Eltern und Kindern angestrebt war, dem Wohnraum Zentralfunktion für die gesamte Familie zugeordnet wurde; der Wohnraum der Abendsonne und die Schlafräume der Morgensonne zugekehrt waren, jede Wohnung eine eigene Toilette erhielt (bis dahin auch im privaten Mietwohnungsbau durchaus nicht selbstverständlich) und die Küche nach Kraft- und Zeitaufwand rationell für die Hausfrau geplant worden ist. Zu den Frankfurter Normen gehörten Badezimmer Einrichtungen ebenso wie genormte Sperrholztüren mit und ohne Glas, Türdruckergarnituren, der Frankfurter Siedlungsöfen und nicht zuletzt die weltberühmte Frankfurter Küche, die gewissermaßen die „Mutter“ aller heutigen modernen Küchen ist. *„Die Normierungstätigkeit“* - so hieß es in der Zeitschrift „Das Neue Frankfurt“ im März 1930, *„...schloß auch eine umfassende bauwissenschaftliche Forschungstätigkeit ein, mit dem Ziele, wichtige, häufig zur Verwendung kommende Konstruktionen mit dem heutigen Stande der Bautechnik und Bauwissenschaft in Übereinstimmung zu bringen und dann zur Verwendung einzuführen.“* Eines der Ergebnisse war der Frankfurter Plattenbau, den die Stadt gemeinsam mit zwei Frankfurter Großfirmen betrieb. Es handelte sich im Wesentlichen um Bimsbetonplatten von 20 Zentimeter Stärke, die mit 65 bis 75 Kilogramm je Quadratmeter belastbar waren.



Frankfurter Küche

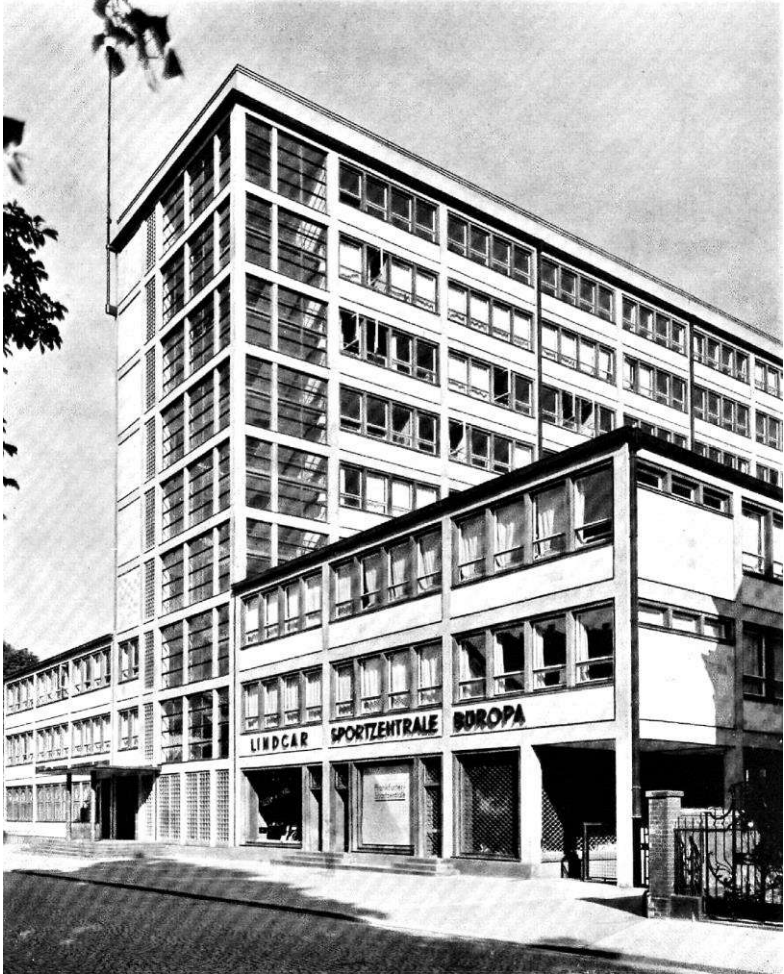
Eine solche Platte war wärmetechnisch einer 46 Zentimeter starken Ziegelwand gleichwertig. In der Wasserdurchlässigkeit erwies sie sich einer 38 Zentimeter starken Ziegelwand als weit

überlegen. Die Herstellungskosten eines typisierten Plattenhauses waren niedriger als die eines Hauses mit 38 Zentimeter Ziegelmauerwerk. Dank der Typisierung, der Rationalisierung und einer entschlossenen Bodenpolitik, sind in nur fünf Jahren, von 1926 bis 1930, in Frankfurt 15.474 Wohnungen gebaut worden, meist komplette (Trabanten-)Siedlungen, die noch heute begehrte Wohnlagen sind, weiträumige Anlagen mit viel Grün, Licht und Luft, gut erreichbar auf breiten Straßen, jedoch im unmittelbaren Wohnbereich „beruhigt“. Es war ein Wohnungsbau, der das Attribut „sozial“ nicht als Alibi mißbrauchte. Das soziale Moment lag nicht zuletzt in den Zusatzeinrichtungen, die zu den Wohnsiedlungen gehörten: Zentralwaschanlagen (die elektrische Haushaltswaschmaschine 60 mal 60 Zentimeter gab es noch nicht), Kindergärten, Erholungs- und Spielplätze, Sportanlagen, Zentralheizungsanlagen, Zentralwasserversorgung, Zentralradioanlagen, Zentralgaragen, nicht zuletzt auch Volkshäuser als Gemeinschaftszentren und Stätten kultureller Vermittlung. Der Volkshausbau konnte nur in Ansätzen verwirklicht werden, weil die himmelschreiende Wohnungsnot die Konzentration auf das Wohnungsprogramm erzwang. Die Ende 1929 hereinbrechende Weltwirtschaftskrise führte nicht nur zu dessen Verlangsamung und endlichem Stillstand, sie verhinderte schließlich auch die Ausführung des vollen Volkshausprogramms. So wartet die Siedlung Praunheim bis auf den heutigen Tag auf ein Haus, das mit Bühne und Orchester sowie einem großen Saal mit 400 Plätzen ausgestattet sein sollte. Es wird wohl nie mehr gebaut werden.

Synthese von Verwaltungsgebäude und Volkshaus

Dies ist nicht der Platz, umfassender als hier geschehen, eine Geschichte des Städtebaus im Frankfurt der späten zwanziger und trüben dreißiger Jahre zu schreiben. Aber ohne das

städtebauliche Umfeld jener Tage läßt sich nicht über das



Gewerkschaftshaus kurz nach der Fertigstellung

Frankfurter Gewerkschaftshaus von 1931 schreiben, das nicht nur Verwaltungsgebäude werden sollte. Die Schule um den zum Zeitpunkt des Baus und der Einweihung bereits wieder aus Frankfurt „emigrierten" Ernst May hat dies Haus der Frankfurter Arbeiter als einen Teil ihrer Bemühungen im Kampf – buchstäblich im Kampf - um eine neue Stadt – eine menschliche Stadt -

begriffen und gewürdigt. Zum 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands, der vom 31. August bis 5. September 1931 im Frankfurt stattfand, schrieb die Redaktion der Zeitschrift „Das



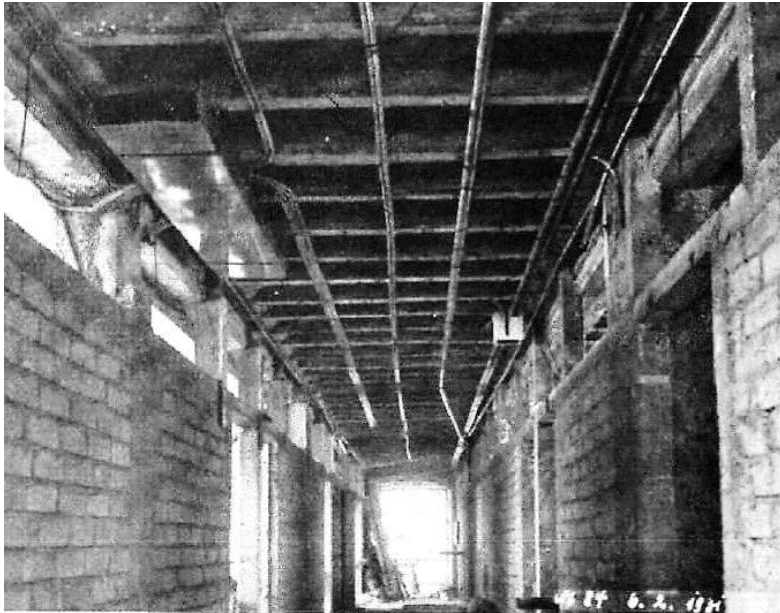
Titel Zeitschrift DAS NEUE FRANKFURT September 1931

Neue Frankfurt": „*Das Frankfurter Gewerkschaftshaus ist ein Beweis dafür, daß gerade aus der Sparsamkeit und Sauberkeit der Durchführung ein architektonischer Stil resultiert, der besser als jede große Gebärde dem Empfinden des Volkes entspricht, das diesen Bau aus seinen Mitteln ermöglicht hat* "

Die Zeitschrift war das führende Organ für Fragen des Städtebaus zu ihrer Zeit. Wenn sie vierzehn Seiten eines Heftes dem Neuen Frankfurter Gewerkschaftshaus widmete, so zeugt das von dem Rang, den man diesem Haus architektonisch und städtebaulich zuwies. Es lagen die Frankfurter Normen zugrunde und es wurden die neuen industriellen Baustoffe verwendet und dabei handwerklich verfeinert. Ein Eisenbeton-Rahmenbau, dessen als Fassadendetail sichtbares Betongerippe steinmetzgemäß bearbeitet ist, strebt locker und leicht, fast schon filigran, nach oben. Die Kanten der Balken und Stützen sind leicht scharriert, die Brüstungen sind mit Kalksteinplatten verkleidet. Die Fenster sitzen in einer dunklen Betonumrahmung. Ein beherrschendes architektonisches Detail ist das Treppenhaus an der Nord-West-Ecke, dessen Außenseite vollständig in Glas zwischen den tragenden Säulen ausgeführt ist. Rationell und dabei dennoch angenehm zeigt sich auch das Innere. Die Zwischenwände sind nichttragende Leichtelemente, die beliebig versetzt werden können, ohne die Tragkonstruktion zu beeinflussen. Die Fenstereinteilung ergibt sich aus dem kleinsten vorgewählten Bürotyp (12 bis 13 Quadratmeter) und ist für den ganzen Bau einheitlich. Zur Innenausstattung hieß es im „Neuen Frankfurt“: *„Das Haus ist wegen der außerordentlich konzentrierten Bauweise und der sich daraus ergebenden starken Abnutzung mit soliden Materialien ausgeführt; zum Beispiel die Wände sämtlicher Flure und Treppenhäuser Plattenbelag. Die Fußböden der Flure wurden mit Gummi belegt und die der Treppen mit einem harten Naturstein.“* In der Tat haben diesem Stein Millionen Füße, die in mehr als fünfzig Jahren darübergingen, kaum etwas anhaben können.⁴ Auch technisch war der Bau auf dem neuesten Stand. Uhren-, Wächterkontroll-, Feuermelde-, Ruf- und Notbeleuchtungsanlage waren ebenso selbstverständlich wie Personenaufzug, Paternoster, Teletonzentrale mit zwanzig Amtsleitungen und zweihundert Nebenstellen, Zentralheizung

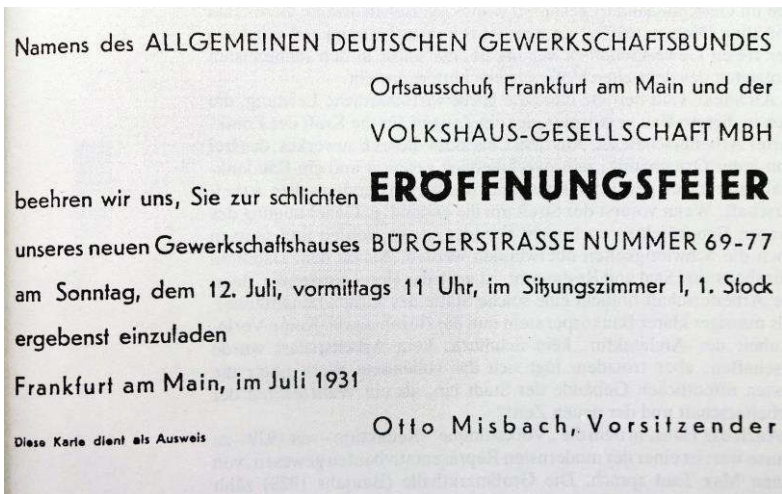
⁴ [Und auch heute, 90 Jahre danach, liegen z.T immer noch Originalplatten als Treppeinstufen. D.W.]

mit Warmwasserbereitung und eine Papier- und Müllschluckanlage. Auch eine Tiefgarage war vorhanden, obwohl es damals erst 25.000 Kraftfahrzeuge in Frankfurt gab. Dafür war ein Fahrradkeller reichlich groß bemessen, den es heute nicht mehr gibt.



Verlegen der Rohrleitungen unter den Decken

Bei einem Bauvolumen von 29 000 Kubikmeter war die Bauzeit von nur zehneinhalb Monaten eine Art von Rekord. Die meiste Zeit entfiel dabei auf Innenausbau und technische Ausstattung. Der Rohbau dauerte vom traditionellen ersten Spatenstich bis zur Fertigstellung ganze einundachtzig Arbeitstage. Das heißt, daß etwa jede Woche ein Geschöß fertiggestellt wurde.



Einladungskarte zur Eröffnung

Mit allen Anzeichen berechtigten Stolzes schrieb der Vorsitzende des ADGB Frankfurt, Otto Misbach, im „Jahrbuch der freien Gewerkschaften Frankfurt und Offenbach 1932“: *„Es waren zur Herstellung 45.600 Tagewerke notwendig. Die verschiedenen Arbeiten wurden an 150 Firmen vergeben. Am Rohbau waren 153 und am Innenausbau 252 Arbeiter beschäftigt, ohne die große Anzahl, die in den Betrieben die Arbeiten herstellten. Am 1. April 1931 wurden zwei Läden und einige Büroräume und in den letzten Maitagen sämtliche vermieteten Büros bezogen, so daß am 1. Juni alle Mieter eingezogen waren. Am 12. Juli wurde das Haus vor einem geladenen Kreis der Gewerkschaften und Behörden mit einer kleinen schlichten Feier im Sitzungszimmer I eingeweiht und der Öffentlichkeit übergeben. Seitdem ist das Haus von vielen Fachleuten und Organisationen besichtigt worden und hat allgemeine Anerkennung gefunden. Eine große Anziehungskraft übt der Dachgarten aus, von dem man einen vollständigen Rundblick über ganz Frankfurt genießt... An Nutzfläche für Läden und Büros wurden 3.751 Quadratmeter geschaffen, wovon 2.950 Quadratmeter vermietet sind. Die Baukosten (ohne Grundstück) waren mit 1.438.000*

Mark veranschlagt. Darin nicht enthalten sind die innere Ausstattung; wie Beleuchtung, Beschriftung, Gardinen, Mobiliar für die Versammlungsräume mit 61.094 Mark. Ebenso fehlten das 8. Obergeschoß mit Dachgarten, die seitlichen Nebentreppen für den späteren Saal sowie die dauerhaftere Verkleidung der Fassade, Treppenhäuser, Korridore mit Platten und der Ausbau des Bühnenraumes für drei Sitzungszimmer, die eine Ausgabe von etwa 200.000 Mark ergaben.

Nicht vorausgesehen konnte werden, daß der Geldmarkt sich katastrophal verschlechterte und die Bauzinsen daher die Höhe von 238.000 Mark erreichten. Die Gesamtkosten belaufen sich nunmehr auf 1.700.000 Mark, unter Abrechnung der nicht vorgesehenen Mehrkosten wurde der Voranschlag eingehalten.“

Leider wird allzuoft vergessen, welche Bedeutung die Gewerkschaftshäuser in der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hatten. Sie waren der ideelle und materielle Mittelpunkt des Kampfes. Hier wurde geplant, diskutiert und beschlossen, was später in Aktion umgesetzt wurde. Mancher mag heute staunen, wenn er erfährt, mit welcher finanziellen Opferbereitschaft der Bau des Frankfurter Gewerkschaftshauses ermöglicht wurde. Viele Versammlungen waren nötig, in denen mit den Gewerkschaftsmitgliedern die Notwendigkeit eines Sonderbeitrages diskutiert wurde. Und dann zahlte jeder 10 Pfennig in der Woche zusätzlich für den Bau des Gewerkschaftshauses.

Baugesinnungen

Mehr als nur Stolz, fast schon Triumph, klingt aus den Zeilen, die die „Volksstimme“ vom 13. Juli 1931 der Einweihungsfeier widmete. *„Stolz reckt sich das neue Haus der Frankfurter Gewerkschaften in der Bürgerstraße in die Höhe. Symbol der Kraft der organisierten Arbeiterschaft, steht es da! Der kleinliche Kampf spießbürgerlicher Reaktionäre gegen die aufstrebende Arbeiterschaft hat nicht verhindern können, daß deren*

*Gebäude nun turmhoch über seine Nachbarn hinausragt. Auf diesen gehässigen Kampf wies Otto Misbach hin, als er in einem kleinen Festakt im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Volkshausgesellschaft die erschienenen Gäste begrüßte. Er konnte auch darauf hinweisen, daß von den Privatbauten der letzten Jahre keiner eine derartige Beachtung gefunden hat wie das neue Gewerkschaftshaus, um dessen Bau in der Öffentlichkeit wie im Gerichtssaal hart gekämpft wurde. Aufsehen erregte dieser Bau vor allen Dingen, weil er selbst ein Symbol des unaufhaltsamen Wachstum der freien Gewerkschaftsbewegung ist, die selbst in den schlimmsten Notzeiten des deutschen Volkes unerschüttert dasteht. Architekt Taut betonte dann die große wirtschaftliche Leistung, die sich in diesem Bau verkörpert, der ein Zeugnis für die Kraft der Frankfurter Arbeiterschaft sei. Aus dem Charakter dieses Bauwerkes, das frei von jeder Ornamentik, rein zweckdienlich gestaltet und ein Bau-
denkmal unserer Zeit geworden sei, spricht das Wesen der deutschen Arbeiterschaft. Wenn vorerst der Streit um die endgültige Genehmigung des ganzen Bauprojektes noch nicht beendet ist, so werden und müssen doch die Schwierigkeiten überwunden werden. Neben dem erstellten Bürohaus sind Saal und Restaurant, ist auch das Hotel notwendig, denn die Arbeiterschaft braucht eine solche Stätte des Zusammenschlusses. Als massiger klarer Baukörper steht nun das Bürohaus da. Keine Verlogenheit der Architektur, kein Schmuck, kein Arbeitspalast wurde geschaffen, aber trotzdem fügt sich das vollendete Werk unter die besten öffentlichen Gebäude der Stadt ein, als ein Wahrzeichen der Arbeiterschaft und der neuen Zeit!“ Auch das Haus, in dem die „Volksstimme“-Redaktion seit 1929 zu Hause war, ist einer der modernsten Repräsentativbauten gewesen, von denen Max Taut sprach. Die Großmarkthalle (Baujahr 1928) zählt ebenfalls dazu, beides Zeugen der neuen Sachlichkeit. Sehr im Gegensatz zum Verwaltungsgebäude der IG Farben an der Fürstenbergerstraße. Von der Baumasse her wären das Gewerkschaftshaus und der Verwaltungskomplex des Chemie-Giganten selbst*

dann nicht vergleichbar, wenn außer dem Bürohaus an der Bürger-(Wilhelm-Leuschner-) Straße auch der Hotel- und Saalbau verwirklicht worden wäre. Da beide jedoch etwa zur selben Zeit geplant und errichtet wurden, ist das baustilistische Ergebnis durchaus eines Vergleiches wert. Auch die Qualität der Architekten ist vergleichbar. Max Taut und Franz Hoffmann waren anerkannte Vertreter der Neuen Sachlichkeit.

Und für das Verwaltungsgebäude des IG-Farben-Trusts lag ein Entwurf aus der gleichen Richtung vor. Kein Geringerer als der Frankfurter Stadtbaurat Ernst May und sein Kollege Elsässer hatten ein Konzept vorgelegt, bei dem Repräsentation, Sachlichkeit und städtebauliche Erfordernisse zu einer hervorragenden Einheit gekommen wären — wie beim Gewerkschaftshaus. Der „Rat der Götter“ verwarf dieses Konzept jedoch zugunsten eines



IG Farben Gebäude

Entwurfes von Hans Poelzig, ebenfalls ein bedeutender Architekt der zehner und zwanziger Jahre und Repräsentant des von der Bauhaus-Richtung überwundenen Expressionismus. Poelzig lieferte ohne Rücksicht auf städtebauliche Motive einen nur

scheinbar modernen Bau. Man mag darüber streiten können, ob er als präfaschistisch zu bezeichnen ist. Pompös und abweisend steht er gegen die Stadt zu der er eigentlich gehören sollte.

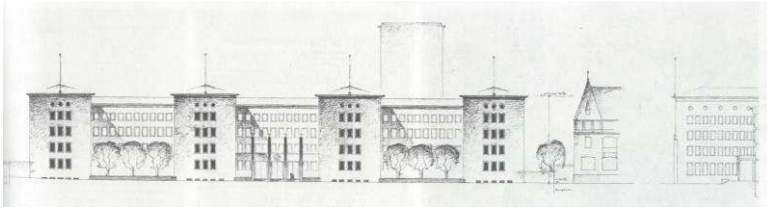
Nicht integrierte Architektur wie das Gewerkschaftshaus, ist der schloßartige Komplex des Chemie-Giganten ein Zeuge für das Selbstverständnis der Herren des Großkapitals. Die sieben vorspringenden turmartigen Gebäudeteile lassen als das beherrschende Detail der Gliederung an ein feudales Schloß denken, zugleich auch an eine Trutzburg, eine Festung, und das ist es ja wohl bis heute auch gewesen.

Unvollendete Nazi-Pläne

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie, daß die Nazis gerade bei der Poelzigischen Schloß-Festung geistige Anleihe betrieben, um das infolge der Wirtschaftskrise und der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung unfertig gebliebene Gewerkschaftshaus zu „vollenden“. Bald nach der gewaltsamen Aneignung des einst verhaßten Gebäudes am 2. Mai 1933 erhielt es den Namen „Haus der Arbeit“. Für die hochfliegenden Pläne der neuen Hausherren war das Objekt natürlich viel zu klein, und man schmiedete schnell Pläne, wie man es zu einem „repräsentativen“ Bauwerk im Nazi-Stil umgestaltet und erweitert werden konnte.

Auszugsweise gehen wir dazu ein Schreiben der Architekten Karl und Stefan Blattner vom 15. Mai 1934 an den „Führer“ der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, wieder *„Sehr verehrter Pg. Dr Ley' - Vor einigen Wochen hat zwischen der Bezirksleitung Hessen-Nassau der Deutschen Arbeitsfront (Sitz Frankfurt/Main) und dem Amt für Schönheit der Arbeit innerhalb der Deutschen Arbeitsfront ein Schriftwechsel stattgefunden, der sich auf die Erweiterung des hiesigen Volkshauses und seine Umgestaltung zu einem Haus der Arbeit für den Gau Hessen-Nassau bezog. Der früher einmal erwogene Plan, die hiesige Festhalle mit dem dazugehörigen Gelände für diesen Zweck umzubauen,*

ist schon vor längerer Zeit im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung aufgegeben worden.



Plan zur Umgestaltung des Gewerkschaftshauses 1934

Der hiesigen Bezirksleitung der Deutschen Arbeitsfront liegt nun seit einiger Zeit ein eingehend ausgearbeiteter Vorschlag der Unterzeichneten vor, der das bestehende Volkshaus in zweckmäßiger Weise zu einem Haus der Arbeit erweitert. Der Plan ist mit der Bezirksleitung der Deutschen Arbeitsfront für Hessen-Nassau besprochen worden und hat deren Billigung gefunden. Die Bezirksleitung unterstützt den Plan insbesondere auch deshalb, weil das in nächster Nähe des Frankfurter Hauptbahnhofs gelegene Volkshaus ein Mittelpunkt nicht nur der Frankfurter schaffenden Volksgenossen, sondern auch ein solches für den ganzen Gau Hessen-Nassau werden soll. Das Projekt sieht alles vor, was für ein Haus der Arbeit im Sinne Ihrer wiederholten Kundgebungen erforderlich ist. Die Hauptfront wurde zum Main (Hermann-Göring-Ufer) verlegt und hat reine Südlage; sie wirkt monumental, ohne den Zweckcharakter des Bauwerkes irgendwie zu verändern. Der terrassenartige Aufgang kann unter Benutzung der Eingangshalle und nach Fertigstellung entsprechender gärtnerischer Anlagen für Freilichtspiele benutzt werden; jedoch soll dies im Augenblick nur als Nebenzweck betrachtet werden. Alle weiteren Einzelheiten gehen aus den beigefügten Grundrissen hervor. Nach Durchschreiten der Vor- und Eingangshalle gelangt man über breite Treppen in das eigentliche Saalgeschoß, das in der Hauptsache den Festsaal für 1500 Personen mit einem großen Podium für Vorführungen und Umkleideräumen, den Plätzen für das Orchester, Wandelhallen,

Toiletten und sonstigen Nebenräumen umfaßt. Ferner sind ein Cafe und ein weiterer Erfrischungsraum, beide in ausreichenden Ausmaßen vorgesehen. Das 2. Obergeschoß erhält die Empore mit weiteren 1.000 Sitzplätzen, sowie ebenfalls Wandelgänge und Nebenräume. Ferner sind hier Büros vorgesehen und abgesehen davon 16 Gastzimmer mit entsprechenden Nebengelassen. Neun dieser Gastzimmer sind nach Süden angeordnet, mit freiem Ausblick auf den Main und Sachsenhausen, eine Lage, wie sie ein zweites Mal in Frankfurt nicht anzutreffen ist. Die Verbindung zu dem bereits bestehenden Gebäudeteil des Volkshauses an der Bürgerstraße ist einwandfrei. Die Lage ist, wie nochmals betont sei, außerordentlich günstig und würdig.“

Wenschon den Architekten des Faschismus an eigenen Ideen mangelte - denn das unvollendet gebliebene Tautsche Konzept wurde im Kern aufgegriffen – pompös und riesig sollte es auf jeden Fall werden. Dass derartiges Bauen zum Menschen keine Beziehung mehr hat, dass er nicht mehr Maßstab der Dinge war, das versteht sich am Rande. Ein Blick auf die Entwurfszeichnung der Herren K. und S. Blattner zeigt winzige Menschlein zwischen den vierkantigen Säulen des Portals, die zu sogenannten Pylonen bis auf die Höhe des zweiten Stockwerkes gestreckt sind und den „Arbeiter der Stirn und der Faust“ genau dorthin verwiesen, wo er nach dem Willen von Robert Ley und seines „Führers“ hingehörte: nach unten! Das „Haus der Arbeit“, wie es den Nazis vorschwebte, wäre nichts als ein Stück Selbstdarstellung des Regimes und einer seiner Organisationen samt Bonzenriege geworden, die vom materiellen und geistigen Diebstahl existierte - begonnen bei den alten Römern bis hin zur Arbeiterbewegung des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts. Doch zum Glück müssen auch Diktaturen ihre Bauvorhaben mit Geld bezahlen. Und weil dieses für Aufrüstung und Krieg gebraucht wurde, ist der geplante Monumentalbau nicht entstanden. Wahrscheinlich hatte auch eine Rolle gespielt, daß Frankfurt am Main nicht gerade der Berliner NS-Obersten liebstes Kind gewesen ist. Es galt ja als „Judenstadt“.

Zwölf Jahre danach

Noch bevor das Hitler-Reich im Mai 1945 kapituliert hatte, meldeten die rechtmäßigen Eigentümer wieder ihre Ansprüche auf das Frankfurter Gewerkschaftshaus an. Es waren die Kollegen Georg Hertel, Geschäftsführer der Volkshaus GmbH, Eduard Liedtke, Verband der Fabrikarbeiter, Josef Auth, Verband der Maler und Weißbinder, Jakob Kriegseis, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Franz Ulrich, Holzgewerbeverband; Fritz Schäfer, Metallarbeiter-Verband, Georg Ulrich, Metallarbeiter-Verband, Theodor Thomas, Baugewerksbund, Gustav Müller Einheitsverband der Eisenbahner, Franz Bingel, Bund technischer Angestellter und Beamter, Jakob Bauer, Zentralverband der Angestellten, die am 12. April 1945 den folgenden Brief an die örtliche Militärregierung richteten. Als Kopfadresse steht „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“ – eine Tugend, die aus der Not geboren war, obgleich Organisationsgründungen um diese Zeit noch nicht gestattet waren. Immerhin zeugt die Bezeichnung wie der Text vom Selbstverständnis der Verfasser und von ihrem ungebrochenen Stolz.

„Freier Deutscher Gewerkschaftsbund

Frankfurt am Main, den 12. 4. 1945

An das

Military Government Frankfurt am Main

Betr.: Vorbereitung zum Neuaufbau der Arbeitnehmerorganisation

1. Als ehemalige Sekretäre des Gewerkschaftsbundes und der demselben angeschlossenen Arbeitnehmerverbände für den Bezirk Hessen sowie für Frankfurt und Umgebung sind wir gewillt, die Vorbereitungen zum Neuaufbau und die vorläufige Verwaltung der in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen vorzunehmen. Wir hatten bis zu dem Verbot durch die Nazis im Frühjahr 1933 selbständig die Verwaltung der Arbeitnehmerorganisationen zu leiten. Ferner war unsere Aufgabe die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der

Arbeiter, Angestellten und Beamten durch Abschluß von Tarifverträgen, Mitwirkung in der Sozialversicherung, bei den Arbeitsgerichtsbehörden, Arbeitsämtern, Genossenschaften usw. Außerdem war unsere Organisation unter anderem Eigentümer des Gewerkschaftshauses in Frankfurt, Bürgerstraße und anderer Gebäude, welche von den Nazis 1933 beschlagnahmt wurden.

2. Wir bitten deshalb: Um Überlassung des genannten Gewerkschaftshauses mit den erforderlichen Einrichtungen und der anderen eventuell noch notwendigen Gebäude. Die Vorbereitungen für den späteren Wiederaufbau der Arbeitnehmerorganisationen auf demokratischer Grundlage im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten und den Vereinbarungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes treffen zu können.

3. Von den Nazis wurden 1933 den Verbänden außer Sachwerten auch viele Millionen an Bargeld genommen. Es erscheint uns deshalb die Zuweisung eines vorläufigen Beitrages aus dem beschlagnahmten Vermögen der Deutschen Arbeitsfront als recht und billig. Derselbe ist erforderlich, um dringende Reparaturen an dem Gewerkschaftshaus pp⁵ vornehmen und evtl. notwendige Gehälter zahlen zu können.

4. Mit dem Beginn der Naziherrschaft wurden wir arbeitslos, in Konzentrationslager, Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen und waren ständig Verfolgungen ausgesetzt. Kameraden von uns werden heute noch in Konzentrationslagern und Zuchthäusern festgehalten. Einige wurden ermordet, mehrere sind verstorben. Trotz der uns von den Nazis widerfahrenen Diffamierungen, rücksichtsloser und ungerechter Behandlungen halten wir uns moralisch für verpflichtet und berechtigt, den Wiederaufbau der Arbeitnehmerorganisationen für den hiesigen Bezirk durchzuführen.

5. Alle Unterzeichner gehörten selbstverständlich niemals der Naziartei an, noch sympathisierten sie mit derselben. Ebenso

⁵ [Diese Abkürzung steht für perge, perge (lateinisch) für „fahre fort, fahre fort“ bzw. „und so fort.“ D.W.]

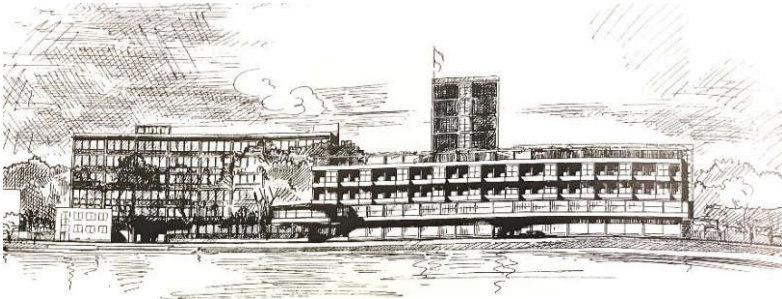
werden eventuell noch in die Verwaltung zu berufende Personen nach diesen Gesichtspunkten ausgewählt.

6. Falls noch irgendwelche Fragen weiterer Erläuterungen bedürfen, stehen wir jederzeit zur persönlichen Aussprache zur Verfügung.“

Ein ähnliches Schreiben richteten die Kollegen Willi Richter und Georg Hertel am 20. April 1945 an den von der US Army ernannten und erfuhren, daß Dr. Hollbach die Vollmacht erhalten hatte, einen Treuhänder für das Gewerkschaftsvermögen einzusetzen, und daß von der Militärregierung die vorgeschlagenen Kollegen unterstützt würden. Schließlich war das erste Ziel erreicht. Am 27. Juli 1945 wurde Georg Hertel von Oberbürgermeister Dr. Blaum zum Treuhänder für das Frankfurter Gewerkschaftshaus und verschiedene andere Objekte ernannt, für die die früheren Gewerkschaftssekretäre im Namen ihrer Organisationen Eigentumsrechte geltend machen konnten. Trotz der Zusicherung vom 26. Mai 1945 gab es erhebliche Differenzen zwischen der Militärregierung und anderen amerikanischen Dienststellen, wie nach der Auflösung der Deutschen Arbeitsfront mit deren Vermögen zu verfahren sei. Auch war nicht klar, inwieweit Wiedergutmachungsansprüche der früheren Gewerkschaften des ADGB zu berücksichtigen seien. Erst die Kontrollratsdirektive Nr. 50 vom 19. April 1947 schaffte hier endgültig Klarheit. Inzwischen hatten die Militärbehörden das Frankfurter Gewerkschaftshaus am 26. November 1946 an die Gewerkschaften zurückgegeben.

Altes Konzept neu belebt

25 Jahre nach den ersten Planungen ging man daran, zu vollenden, was 1931 infolge widriger Zeitumstände unfertig geblieben war. Max Taut lebte noch, und so war es nur folgerichtig, ihn mit der Überprüfung seines einstigen Konzepts anhand neuer Bedürfnisse zu beauftragen.



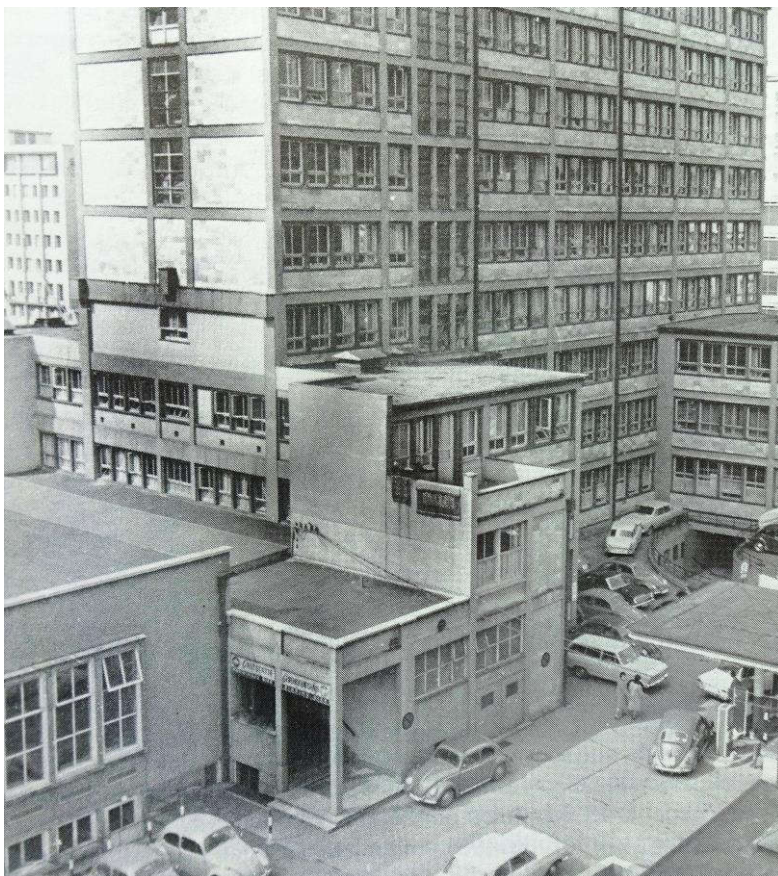
1949 Max Taut: Entwurf für ein neues Verwaltungsgebäude (links) und ein Hotel (rechts). Gebaut wurde nur das Verwaltungsgebäude und dann von der IG Metall genutzt.

Er tat es eingedenk der Maximen der Neuen Sachlichkeit. Taut schlug 1949 vor, das 1931 vollendete Bürogebäude auf elf Stockwerke zu erhöhen, so daß die dort verfügbare Bürofläche auf 4.378 Quadratmeter gesteigert worden wäre. Auf dem einst ausschließlich als Garten vorgesehenen westlichen Gelände sollte - separiert vom „alten“ Haus - ein weiteres, fünfstöckiges Bürogebäude entstehen, dessen Front zum Main orientiert war und das je Geschöß 388 Quadratmeter Bürofläche parat hielt. Dieses Haus, welches stilistisch die nun schon Tradition gewordenen Formen von 1929/31 aufgriff, wurde im Rohbau in der Zeit von Juni bis Oktober 1949 errichtet. Der schöne Baumbestand blieb als Teil des Gesamtkonzepts weitgehend erhalten. Inzwischen waren wichtige nationale und internationale Ereignisse eingetreten. Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR waren gegründet worden, der Kalte Krieg zwischen den Siegermächten West und der Siegermacht Ost des Zweiten Weltkrieges hatte seinen ersten Höhepunkt erreicht. Alle guten Absichten von Zentralverbänden wieder in Berlin, in der Hauptstadt eines zwar kleiner gewordenen 'aber einheitlichen Deutschlands, den Sitz zu nehmen, wurden gegenstandslos. Und so zog in das neue Haus am Untermainkai statt Frankfurter oder hessischer Verwaltungen der Bundesvorstand der IG Metall.



Die Mainfront 1981. Im Hintergrund links der Verwaltungsbau von Max Taut 1949, rechts daneben das Hochhaus der IG Metall von 1968, noch weiter rechts das Gewerkschaftshaus von 1931

Mitteltrakt der Planung von 1949 sollte wiederum der Saal-Bau nach dem Planungsstand von 1929/31 werden, mit einem großen Saal von 900 Plätzen. Er hatte die Gewerkschaften in Frankfurt nicht nur 1949 unabhängig gemacht, wenn es darum ging, Raum für große, repräsentative Veranstaltungen zu haben. Doch dieser Saal-Bau blieb auch im zweiten Anlauf unverwirklicht, ebenso der dritte Teil des Konzepts, an der Mainfront ein Hotel mit Cafes und Restaurant zu errichten. Hier war der Architekt bei der Überarbeitung der alten Pläne über den einstigen Stand hinausgegangen. Das Gebäude sollte breiter angelegt werden und das Areal des heutigen Johann-Sassenbach-Hauses mitnutzen. Ein sogenannter Wirtschaftshof mit Garagen, Tankstelle und Parkplätzen sollte sich dahinter verbergen. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß dieses geniale Konzept eines großen Baumeisters zuerst den Zeitläuften und schließlich dem Mangel an Mitteln sowie anderen Bedürfnissen zum Opfer fiel.



Vor dem Bau von Haus 2 um 1960. Die Seitenflügel des Taut-Baus wurden beim Bau von Haus 2 abgebrochen

Der Verzicht auf den Saal-Bau und ein eigenes Hotel mag um so leichter gefallen sein, als eine den Gewerkschaften gegenüber offener gewordene demokratische Gesellschaft jenen Raum präsent hält, den man sich ursprünglich selbst schaffen wollte – zu Zeiten auch schaffen mußte. Die Unterhaltskosten hat man in jedem Fall erspart. So steht an der Stelle des Saal-Baus, wie ihn Max Taut konzipierte, das 1967/68 errichtete Verwaltungsgebäude II. Es befriedigte den größer gewordenen Raumbedarf der Organisationsverwaltungen ebenso wie den Bedarf

an Sitzungsräumen und kleineren bis mittleren Sälen für Veranstaltungen. Der hintere Querteil des Gebäudes von 1931 ist ihm geopfert worden. Architektonisch harmonisieren beide Gebäude durchaus. Die verwendeten neuen Materialien stoßen die einstens verwendeten nicht ab. Die Forderung der Pioniere der Neuen Sachlichkeit: „Baut einfach - baut solide - baut dauerhaft!“ ist durchaus befolgt. Aber die Grazie und Leichtigkeit des „alten“ fehlt dem neuen Gebäude, und deshalb wollen aufgrund der verwendeten-wuchtigeren-neuen Baustoffe die Proportionen nicht mehr stimmen. Insgesamt ist das Gebäude von 1968 nicht größer, als der Tautsche Saalbau etwa geworden wäre - wegen des Abbruchs des hinteren Quertraktes zugunsten des Parkplatzes am Main ist das neue Haus dem „alten“ jedoch zu dicht auf den Leib gerückt. Trotz des Parkplatzes ist ein Teil des alten Platanenbestandes am Main erhalten geblieben, der nach dem Tautschen Konzept zugunsten des Hotels erheblich hätte dezimiert werden müssen. Ein Blick auf den Plan von 1949 lehrt jedoch, daß aus Tauts Gedanken dennoch das bessere städtebauliche Ensemble entstanden wäre. Die alten Platanen sind ein nur gelinder Trost für den Umstand, daß die Mainfront des Gewerkschaftskomplexes bis auf den heutigen Tag unvollständig ist.

Gewandeltes Umfeld

So wie sich in fünfzig Jahren das Gewerkschaftshaus anders entwickelte, als seine geistigen Väter es dachten, so hat sich auch das städtische Umfeld gewandelt. Die Bürger, die einst die Verwirklichung der Pläne von 1929/31 stoppten, haben sich ihre Villen und Parks „vergoldet“ lassen und siedeln heute in den Renommierlagen von Kronberg, Königstein, Falkenstein und Bad Soden. Was scherten sie ihre „Argumente“ von einst, wo es um bares Geld ging! Das Gewerkschaftshaus, früher eines der höchsten Gebäude in der Stadt, ist heute ein Zwerg zwischen lauter Giganten. Sie alle sind Zeugen und Erzeugnisse der einst bekämpften Neuen Sachlichkeit, deren Siegeszug in der Architektur die Nazis zwar aufhalten, doch nicht verhindern

konnten. Aber eines haben alle diese Giganten nicht – und dies hatte das Haus von 1931 – das rechte Maß! Ernst May, Max Taut, Martin Elsaesser - nicht zu vergessen Walter Gropius - und wie die anderen Pioniere der Neuen Sachlichkeit alle heißen mochten, wollten zwar moderne, aber dabei durchaus menschliche Städte bauen, in denen sich arbeiten und wohnen ließ. Ihre Nachfolger jagten dem Phantom der „Verdichtung“ und dem der „autogerechten“ Stadt nach. Autogerecht gegen menschengerecht! Mehr konnten Architektur und Städtebau als Kunst nicht mehr verkommen. Die Folgen sind evident. Sich mit ihnen auseinanderzusetzen ist die Aufgabe der kommenden fünf Jahrzehnte und nicht mehr Gegenstand dieses Kapitels.

Harald Fiedler

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus von den 1980er Jahren bis heute

Franz Neuland, Helmut Hahn und die Ergänzungen von Dieter Wesp haben die Geschichte des Frankfurter Gewerkschaftshauses eindrucksvoll dargelegt. Anlässlich des 90jährigen Jubiläums des Frankfurter Gewerkschaftshauses in der Wilhelm-Leuschner-Straße werden in der Folge die Entwicklung und einige daraus hervorgehende Aktivitäten fortgeschrieben.

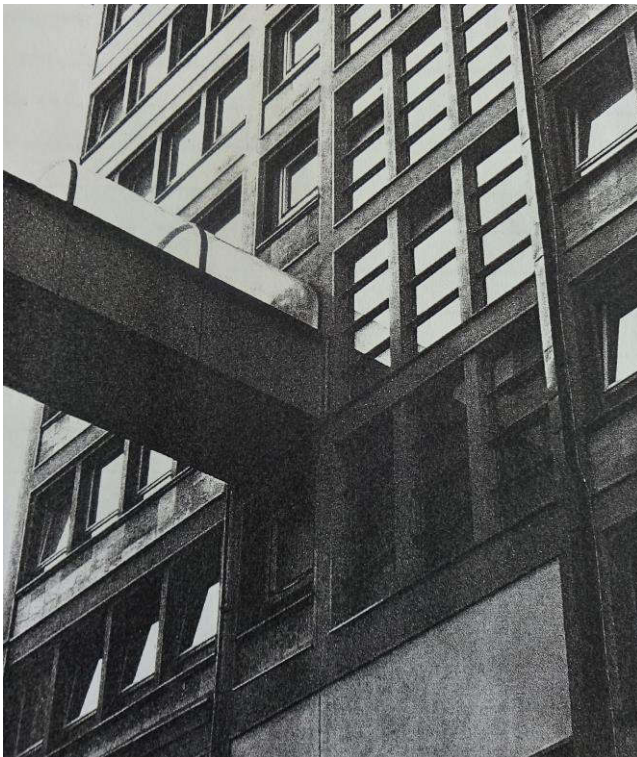
Frankfurt am Main – zentraler Ort der Gewerkschaftsbewegung

Frankfurt ist geschichtlich wie aktuell der zentrale Ort der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Vier Hauptvorstände – IG Metall, IG BAU (Bauen-Agrar-Umwelt), Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie die Europäische Akademie der Arbeit (EAdA) und der Bund-Verlag GmbH haben hier ihren Sitz. Ehemals war auch der Hauptvorstand der Deutsche Postgewerkschaft (DPG) in Niederrad, die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) am Willy-Brandt-Platz und die UNION DRUCKEREI nahe der Messe angesiedelt.

Das DGB Haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße, das seit der Gründung des DGB 1949 von der Vermögens- und Treuhandgesellschaft (VTG) des DGB verwaltet wird, ist der Standort für den DGB Hessen-Thüringen und die DGB-Region-Frankfurt-Rhein-Main mit ihren Mitgliedsgewerkschaften. Dass das Haus 1931 im Zentrum der Stadt, nahe dem Hauptbahnhof errichtet wurde, ist kein Zufall, sondern als Zeichen von Selbstbewusstsein der Gewerkschaften und als Ausdruck ihrer Gegenmacht zu verstehen, wie es der damalige Kampf um das Grundstück im einstigen Villenviertel belegt. Dem denkmalgeschützten Haus 1 wurde 1968 mit dem Haus 2 ein weiteres Gebäude

hinzugefügt und mit dem Haus 3, in dem die Zentrale des Bund Verlages ab 1997 bis 2005 beheimatet war, bestand das Areal aus drei Häusern. Das Kellergeschoß, zum Parkplatz hin gelegen, beherbergt ebenfalls seit 1968 den DGB-Jugendclub.

Auch die Nachbarschaft veränderte sich im Laufe der Zeit, so wurde Anfang der 90er Jahre das Gebäude der Hauptverwaltung der IG Metall abgerissen und durch einen imposanten Neubau, das IG Metall Main Forum, ersetzt. Gegenüber entstand durch die Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften GmbH (BGAG) ein großes, ovales Bürogebäude, welches später vermietet und dann verkauft wurde. Die Sanierung des Mainufers durch die Stadt mit den Parkanlagen rundete das Areal rund um das Gewerkschaftszentrum anschaulich ab.



Verbindungssteg Haus 1 und 2

Ende der 90er Jahre, Anfang des neuen Jahrtausends erlebte das Haus weitere architektonische wie gewerkschaftlich strukturelle Umbrüche. Waren anfangs noch 17 Mitgliedsgewerkschaften im DGB organisiert und davon die meisten mit Büros im Frankfurter Gewerkschaftshaus, so reduzierte sich deren Zahl durch Fusionen auf heute acht Mitgliedsgewerkschaften.

Heute sind durch Aus- und Umzüge und Zusammenlegung nur noch die DGB-Region-Frankfurt-Rhein-Main, der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, die IG Metall Frankfurt, die IG BAU Rhein-Main und die IG BAU Hessen, die NGG Region Rhein-Main, ver.di Frankfurt und Region und ver.di Bezirk Hessen mit eigener Druckerei und eigenem Empfang und Infocenter im Erdgeschoss im DGB-Haus ansässig. Einige weitere gewerkschaftliche oder gewerkschaftsnahe Mieter befinden sich im Haus, so das DGB Bildungswerk Hessen e.V., Arbeit und Leben Hessen, ver.di Bildung und Beratung, der Verein DaMigra e.V., DGB-Jugend Frankfurt, der DGB-Jugendclub, die DGB Rechtsschutz GmbH, der Verein Faire Mobilität und der Verein Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., das CGIL Bildungswerk, INAS-CISL, Patronato Ital-UIL, Orga Tech GmbH, MYPEGASUS sowie Weitblick Personalpartner GmbH zugehörig zur Unternehmensgruppe des Berufsfortbildungswerks (bfw).

Die IG BCE Frankfurt und die IG BCE Hessen zogen Anfang 2000 nach Frankfurt-Höchst bzw. Wiesbaden, die IG Metall Bezirksleitung Mitte neben die neue Zentrale der IG Metall Vorstandsverwaltung, die EVG (ehem. GdED, danach Gew. Transnet) ins Frankfurter Gallusviertel und die GEW und die GdP waren schon zu Beginn im Zimmerweg bzw. ehrenamtlich in der Stadt ansässig. 1989 fusionierte die Gewerkschaft Kunst mit der IG Druck und Papier, die bald darauf den Namen IG Medien erhielt. 1996 schlossen sich IG BSE (Bau-Steine-Erden) und die GGLF (Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft) zur IG BAU (Bauen-Agrar-Umwelt) zusammen, 1997 schlossen sich die Gewerkschaft Leder (GL), die IG Bergbau und Energie (IG

BE) und die IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) zur neuen IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie) zusammen. 1998 nahm die IG Metall die Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) auf, im Jahr 2000 schloss sich auch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) an. 2001 schlossen sich schließlich ÖTV (Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr), HBV (Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen), IG Medien und DPG (Deutsche Postgewerkschaft) mit der neu im DGB aufgenommenen DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zusammen. Die ebenfalls im Haus befindliche Geschäftsstelle der Vermögens- und Treuhand Gesellschaft (VTG)-Hausverwaltung wurde geschlossen und in Berlin zentralisiert. Diese Fusionen hatten nicht nur eine Reduzierung des hauptamtlichen Personals, sondern auch entsprechend weniger Büroraumbedarf zur Folge. Diese Einsparungen reichten aber nicht, da auch die Verwaltung der Immobilie ein nicht unerheblicher Kostenfaktor war.

Kosteneinsparungen

Die Reinigung wurde outgesourct und die Hausmeisterstellen von drei auf eine reduziert. Die Sitzungszimmer und Säle wurden weiter von der VTG-Hausverwaltung vermietet. Da die Saalmieten der städtischen Bürgerhäuser für Vereine und Verbände (und damit auch Gewerkschaften) rund 80% niedriger waren als im Gewerkschaftshaus, fanden immer mehr gewerkschaftliche Veranstaltungen in den Bürgerhäusern statt und auch nur wenige Externe mieteten im DGB-Haus Räume für Veranstaltungen an. Die nicht unerheblichen Kosten für den Leerstand der Säle legte die VTG auf die Mieter bzw. die Gewerkschaften um. Da die Stadt in der Umgebung des Hauptbahnhofes kein eigenes, geeignetes Bürgerhaus besaß, konnte durch Vermittlung des DGB Frankfurt erreicht werden, dass die Frankfurter Saalbau GmbH das Gewerkschaftshaus mit seinen Sälen und Sitzungszimmern wie ein Bürgerhaus betreibt. Dies führte zu enormen Kosteneinsparungen bei der Saalvermietung und

veranlasste die Gewerkschaften, ihre Veranstaltungen wieder im DGB-Haus durchzuführen.

Ort der Begegnung

Die Auslastung der Säle erhöhte sich zusätzlich, da nun auch für andere Vereine und Verbände die Anmietung im Gewerkschaftshaus so kostengünstig war wie in einem Bürgerhaus. Im Zuge der Kooperation verzichtete die VTG gegenüber der Stadt Frankfurt auf eine Mieteinnahme für die Vermietung der Säle. So war eine win-win-Situation entstanden, die bis heute Bestand hat. Auch gesellschaftspolitisch war dies für die Gewerkschaften ein Gewinn. Das Haus entwickelte sich zu einem wirklich offenen Haus in der Stadt, das nicht nur Gewerkschafter anzog, sondern zu einem Ort der Begegnungen wurde, besonders für gesellschaftskritische Vereine und Organisationen. Dadurch entstanden temporäre oder dauerhafte Bündnisse. Auch viele Neumitglieder konnten so gewonnen werden oder Themen der Gewerkschaften in andere Bereiche transportiert werden. Auch die Auslastung der Büroräumlichkeiten war eine Folge, so siedelten sich Vereine, wie die Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., der Verein Arbeitslosen- und Sozialberatung e.V. (ALSO e.V.), Arbeit und Leben Hessen, der Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte e.V., das CGIL Bildungswerk, Patronato Ital-UIL, INAS -CISL und einige weitere gewerkschaftsnahe Einrichtungen im Haus mit Büros an. Der DGB-Jugendclub im Kellerbereich war schon immer ein offener Jugend- und Bildungstreff. Das Restaurant im Haus war ein gern genutzter Ort der Begegnung sowohl für ehren- wie hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen, fand aber mit dem Wechsel des langjährigen Betreibers Mitte der 80er Jahre nicht mehr die gleiche Akzeptanz. Auch die legendären Tanzveranstaltungen am Fastnachtsdienstag gehörten damit der Vergangenheit an. Eine mehrfach versuchte Wiederbelebung des Restaurants reduzierte sich im Wesentlichen auf die Ausgabe von Mittagsmahlzeiten. Während der

Corona-Pandemie wurde das Restaurant vorerst geschlossen, derzeit wird nach einer Nachfolge gesucht.

Umfangreiche Sanierung und Kampf um das Gewerkschaftshaus

Ungemach drohte um die Jahrtausendwende, als der Brandschutz der Stadt Frankfurt erhebliche Mängel an dem denkmalgeschützten Gewerkschaftshaus feststellte. Die VTG wurde veranlasst, das Haus von Grund auf zu sanieren, was mit Kosten von ca. 11 Millionen DM veranschlagt wurde. Die VTG konfrontierte die Frankfurter Gewerkschaften mit dem Ansinnen, das Gewerkschaftshaus zu verkaufen, was in der zentralen Lage für die VTG als lukrativ erschien. Den Gewerkschaften wurde empfohlen, in der Stadt zusammen oder einzeln Räume anzumieten. Dies stieß, auch vor dem Hintergrund der geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedeutung des Hauses, bei den Gewerkschaften und Mietern auf Widerstand. In Verhandlungen konnte der VTG eine Sanierung abgerungen werden, unter der Bedingung, dass während der Sanierung das Haus teilweise geräumt wird und danach alle Mieter zurückkehren und langfristige Mietverträge akzeptieren. In Gremiensitzungen der einzelnen Gewerkschaften und des DGB, wie auch in den Mieterversammlungen wurde dies zugesagt.

2002-2004 erfolgte die Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes. Architektonische Gegebenheiten durften dabei nicht verändert werden. Siehe dazu den Beitrag von Dieter Wesp „Ein ausgezeichnetes Denkmal“ im Anschluss an dieses Kapitel.

Der DGB Frankfurt, die NGG oder z.B. ver.di Frankfurt waren vorübergehend in ein Gebäude am Wiesenhüttenplatz gezogen, andere wie die IG Metall Frankfurt oder die IG BAU mussten vorübergehend die Etagen wechseln oder ver.di Hessen nach Niederrad in das ehemalige Gebäude der Hauptverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) in die Rhonestraße ziehen.

Zug um Zug kamen die Gewerkschaften nach der Sanierung wieder zurück ins DGB-Haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße, nur ver.di Hessen hatte sich mittlerweile anders entschieden. Da durch die Fusion zu ver.di das Gebäude der DPG Hauptverwaltung in der Rhonestraße nicht mehr benötigt wurde, sollte auf Veranlassung des ver.di Bundesvorstandes ver.di Hessen dort verbleiben und ver.di Frankfurt auch dort hinziehen. Damit war nicht nur die Zusage gegenüber der VTG, in die Wilhelm-Leuschner-Straße zurückzukehren, obsolet, sondern das gesamte Gewerkschaftshaus stand wieder in Frage, da eine Bewirtschaftung nur möglich war, wenn ver.di als größter Mieter seine Zusage einhielt. Wieder stand das Damoklesschwert eines Verkaufs über dem Gewerkschaftshaus.

Ver.di Frankfurt hatte aufgrund der Mitgliederreichbarkeit kein Interesse, aus der zentralen Lage in der Nähe vom Hauptbahnhof nach Niederrad umzuziehen. Der DGB und die anderen Gewerkschaften brachten vor allem Argumente der gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedeutung in die Debatte ein. Insbesondere die ehrenamtlichen Mitglieder von ver.di Frankfurt, der DGB Frankfurt, aber auch andere Gewerkschaften machten in ihren Vorständen Druck auf ver.di Hessen und den Bund.

Anlässlich einer großen Personalversammlung der Stadt Frankfurt in der Ballsporthalle in Frankfurt-Höchst, während der der neue ver.di Bundesvorsitzende Frank Bsirske, der DGB-Vorsitzende von Frankfurt, Harald Fiedler und die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth anwesend waren, wurde dies zum Thema gemacht. Von dem Frankfurter DGB-Vorsitzenden sowie zahlreichen ehrenamtlichen ver.di Mitgliedern wurde Frank Bsirske gedrängt, die Rückkehr von ver.di Hessen in das DGB Haus zu veranlassen. In einer anschließenden Pressekonferenz, in der es eigentlich um die Personalversammlung gehen sollte, waren die Medienvertreter vorrangig daran interessiert, wie es mit dem Gewerkschaftshaus weiter gehe, das doch von hoher

Bedeutung an dem Standort für die Gewerkschaften und für die Stadt sei. Der ver.di-Bundesvorsitzende sagte zu, noch am Wochenende eine Entscheidung zu treffen und den Frankfurter DGB-Vorsitzenden am Sonntagabend zu informieren. Ein Aufatmen ging am folgenden Montag nicht nur durch das Haus, sondern auch durch die Stadt. Frank Bsirske sagte: *„Wir sind lernfähig“*. Der Bestand und die Zukunft des historischen Gewerkschaftshauses waren gesichert.

Am 19.04.2004, während der Wiedereinzugsfeier sagte der Frankfurter DGB-Vorsitzende und Vorsitzende der Mietergemeinschaft, Harald Fiedler, in seiner Begrüßungsrede: *„Mit dem neugestalteten Frankfurter Gewerkschaftshaus, hier in zentraler Lage einer der pulsierendsten Metropolen Europas, in der Nachbarschaft zum Main-Forum, dem Neubau der IG Metall, und dem gegenüberliegenden Oval der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften (BGAG) können wir als Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerorganisation mit Stolz unsere Präsenz hier in der Stadt Frankfurt am Main, wie unsere Altvorderen 1931 beim Errichten dieses Gebäudes, behaupten.“* Am 21.06.2004 konnte der Tag der offenen Tür des sanierten Gewerkschaftshauses mit über 800 Besuchern gefeiert werden.

Gemeinsam im DGB für Arbeit, Soziale Gerechtigkeit, Frieden und Internationalität



Bereits 1984 im Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche hat sich bewährt, dass die Gewerkschaften in einem gemeinsamen Haus waren. Gewerkschaftsübergreifend, koordiniert durch den DGB Kreis Frankfurt, war hier das Lagezentrum zur Unterstützung der im Arbeitskampf stehenden Betriebe von IG Metall und IG Medien. Der sieben- bzw. elfwöchige Streik für die Einführung der 35-Stunden-Woche konnte so auch dank der Solidarität der Gewerkschaften im DGB erfolgreich geführt werden.

In den folgenden Jahren bewies sich diese Gemeinsamkeit in einem Haus, die Nähe und Verbundenheit bei vielen Aktionen und Auseinandersetzungen, als Vorteil. So z.B. beim Kampf um den § 118 Arbeitsförderungsgesetz (AfG) oder gegen die sogenannten Sozialreformen, die in Wahrheit Sozialabbau zum Inhalt hatten. DGB-Kreisvorsitzender war zu dieser Zeit Manfred Kiesewetter.



Harald Fiedler 1996

Die ersten 90er Jahre waren insbesondere für die Industriegewerkschaften eine harte Zeit. Allein in der DGB-Region Frankfurt gingen durch Rationalisierung, Unternehmenspleiten, Fusionen und Umstrukturierungen um die 100.000 industrielle Arbeitsplätze verloren. Demonstrationen und Kundgebungen vor den Werkstoren oder am Römerberg waren an der Tagesordnung. Im DGB-Haus wurden die Aktionen geplant, organisatorisch vorbereitet und in Solidarität von DGB und den Gewerkschaften begleitet. Der DGB organisierte einen Industriepolitischen Arbeitskreis, brachte Einrichtungen in der Stadt zusammen, wie den Arbeitgeberverband (VhU), die IHK, HWK, die Städtische Wirtschaftsförderung u.v.m. Gemeinsam wurde ein industriepolitisches Leitbild erstellt, das als Handlungsanleitung zur Sicherung und Schaffung von industriellen Arbeits- und Ausbildungsplätzen geeignet war. Mit Initiativen und Sozialverbänden wie der Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonischem Werk, dem Institut für Sozialforschung und v.a.m. wurde die Sozialpolitische Offensive (SPO) gegründet, die u.a. eine Armutsbericht-

erstattung erstellen ließ und maßgeblich dazu beitrug, dass die Politiker aller Couleur sich sachlicher mit der Armut in der Stadt auseinandersetzen mussten und die soziale Stadt als politisches Ziel setzten.. Monatlich fanden die Zusammenkünfte entweder im DGB-Haus oder bei den Kirchengemeinden statt. In der Hochphase der Arbeitslosigkeit wurden die guten gesellschaftlichen Kontakte des DGB und der Gewerkschaften zum Vorteil, ob bei der Nutzung von ABM-Stellen oder Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit. DGB-Kreisvorsitzender war zu dieser Zeit, bis 1995 Dieter Hooge und danach Harald Fiedler.

Der DGB gründete 1996 mit den Frankfurter Geschäftsführern der Gewerkschaften den Verein Arbeitslosen- und Sozialberatung e.V. (ALSO e.V.) der von der Stadt und dem Arbeitsamt unterstützt wurde. Die Gewerkschaften konnten so von den vielen, von Arbeitslosigkeit Betroffenen, in Beratungsfragen entlastet werden. Bei Aktionen der Arbeitsloseninitiative der IG Metall, wie der Besetzung des Arbeitsamtes, konnte selbst Arbeitsminister Norbert Blüm davon abgehalten werden, das Hausrecht anzuwenden, hatten doch die Gewerkschaften als Selbstverwalter zusammen mit dem Arbeitsamtsdirektor die Aktion geduldet. Für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und mehr Mitbestimmung brachten der DGB und die Gewerkschaften Betriebs- und Personalräte auf die Straße, wäre doch ein anderes Gesetz ein Werkzeug, Arbeitnehmerinteressen besser durchzusetzen.

Kampf gegen Rechts

Bewährt hat sich immer wieder diese gewerkschaftsübergreifende Zusammenarbeit, auch als um die Jahrtausendwende die Rechtsextremisten, wie Neo-Nazis, NPD, REP oder später Fraga und AfD in Frankfurt aufmarschieren wollten oder demonstrierten.



2007 Römerberg. Harald Fiedler interviewt Hans Schwert, links davon Emil Mangelsdorf. Hinter Hans Schwert OB Petra Roth, ganz rechts Bürgermeisterin Jutta Ebeling

Das von den Vorsitzenden des DGB-Frankfurt, des Stadtjugendrings, der Jüdischen Gemeinde, der Katholischen- und Evangelischen Kirche 1979 gegründete Römerbergbündnis, aus Anlass einer beabsichtigten NPD Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg, erwies sich als Basis und Garant gegen rechtsextremistische Aufmärsche und Aktionen bis heute.

Wiederholt konnten so bis zu 15.000 Frankfurter Bürgerinnen und Bürger gegen Rechts mobilisiert werden. Begleitet wurden die Kundgebungen meist durch Kulturschaffende, wie z.B. dem Jazzmusiker Emil Mangelsdorff. Am 70. Jahrestag der Besetzung des Frankfurter Gewerkschaftshauses durch die Nazis/SA, gedachte der DGB-Frankfurt, der aus dem Haus verhafteten und ermordeten Gewerkschafter. Hans Schwert, Mitglied der DGB-Senioren Frankfurt berichtete als Augenzeuge über das Geschehen. Auch wurde zu diesem Anlass eine

Stolperstein-Leiste in den Fußweg vor dem Gewerkschaftshaus eingelassen: „Gewerkschaftshaus erbaut 1931 – Wir gedenken den Erbauern – Viele von ihnen opferten Leben und Freiheit im Kampf gegen die Naziherrschaft“. Verlegt wurde die Leiste vom Künstler und Stolperstein-Erfinder Gunter Demnig.

Anlässlich des ebenfalls 70. Jahrestages der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 erinnerte der DGB gemeinsam mit der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, Bund der Antifaschisten (VVN) auf dem Römerberg mit Lesungen aus verbrannten Büchern bedeutender Schriftsteller. Nachgestellt wurde die Szene, wie Studenten und Professoren der Goethe-Universität von dort mit einem vollbeladenen Ochsenkarren Bücher für die Verbrennung heran schafften.

DGB-Neujahrsempfang, Mahl der Arbeit, 1.-Maide- monstrationen und Kundgebungen

Durch den seit 1960 bundesweit beachteten Frankfurter DGB Neujahrsempfang, die Präsenz beim Mahl der Arbeit am Vorabend des 1. Mai auf Einladung des Magistrat oder über das ganze Jahr verteilte Gespräche und Aktionen in und mit der Stadtpolitik sowie ein eng geknüpftes Netzwerk in der Stadt und Region, waren die Gewerkschaften ein gesellschaftspolitischer Faktor, an dem niemand vorbei kam. Maßgeblich dafür war die Gemeinsamkeit im DGB mit allen Gewerkschaften. In den Medien und dies nicht nur am 1. Mai, wenn immer etwa 6.000 den Römerberg füllten und der Demonstrationzug nicht zu überblicken war, war der DGB fast wöchentlich präsent.



Ein voller Wilhelm-Leuschner-Saal beim Neujahrsempfang

Bildungs-und Gremienarbeit

Unverzichtbar war die Gremien- und Bildungsarbeit der DGB-Frauen, der DGB-Senior*innen, der Ausländerberatungsstelle sowie die Aktivitäten der DGB-Jugend oder die Jugendarbeit im DGB-Jugendclub.

Die DGB-Frauen hatten lange vor anderen Organisationen das Thema Gleichstellung aufgegriffen und mit dem Internationalen Frauentag, Demonstrationen gegen den § 218 oder gleiche Bezahlung initiiert, und so die Frauenpolitik in der Stadtpolitik vorgebracht. Die Internationalität war immer auch ein Anliegen, besonders am Internationalen Frauentag, mit einem multikulturellen Fest.

Die DGB-Jugend öffnete sich mit dem DGB-Jugendclub immer stärker gesellschaftlichen Jugendfragen und erreichte so Jugendliche, die sonst kaum zur Gewerkschaft gefunden hätten. Bei Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus waren sie immer

mit in der ersten Reihe, aber auch in der Jugendsozialpolitik in der Stadt brachte sich die DGB-Jugend aktiv ein und nahm oft den Vorsitz im Stadtjugendring wahr. Einen Schwerpunkt setzte die DGB-Jugend mit der Forderung und Aktionen nach einer Umlagefinanzierung der Unternehmen für Ausbildungsplätze.

Der DGB-Senior*innenausschuss baute auf die Erfahrungen des Antifaschismus auf und organisierte alternative Stadtrundgänge und Fahrten u.a. zu den Stätten der Unterdrückung durch das Nazi-Regime oder des Widerstandes dagegen, sowohl in Frankfurt wie der Region. Auch waren die Senior*innen in den 80er Jahren Mitbegründer des weit über Frankfurt hinaus anerkannten DGB-Chors, der heute einer der wenigen noch existierenden Gewerkschaftschöre in Deutschland ist.

Die in den 70er Jahren beim DGB-Frankfurt initiierte und durch Stadt und Land geförderte Ausländerberatungsstelle mit bis zu fünf DGB-Sekretären und einer Abteilungsleitung musste bis zur Jahrtausendwende aufgrund der öffentlichen Mittelkürzungen aufgelöst werden. Sie war für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder eine wichtige Anlaufstelle. Eingerichtet wurde sie ursprünglich für die sogenannten „Gastarbeiter“. Insbesondere in der Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung war ihr Wirken unverzichtbar. Politisch brachte sie Migrationsthemen in die Stadtpolitik ein und engagierte sich bei der Bildung von Ausländerbeiräten und entsprechenden Wahlen. In der Folge setzte der DGB auf Bildungsangebote für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien. Während der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen, bedingt durch Kriege und Armut in ihren Ländern, wurden im DGB-Haus wie im Nachbargebäude der IG Metall Beratungen, Sprachkurse und weitere Hilfen angeboten.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Frankfurt erfolgte durch das DGB-Bildungswerk Frankfurt, eine Untergliederung des DGB-Bildungswerks Hessen, den DGB Kreis Frankfurt mittels Förderung der Stadt, die Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben Frankfurt (DGB/VHS) sowie die Bildungseinrichtungen

einzelner Gewerkschaften. Nachdem der Bundverlag den Mietvertrag im Haus 3 gekündigt hatte, gab es das Ansinnen einiger Gewerkschaften, dort alle Bildungseinrichtungen unter einem Dach zu vereinen, was jedoch aus verschiedensten Gründen scheiterte. So stand das Haus 3 über ein Jahrzehnt leer, bis die VTG sich entschied, es zu renovieren und anderweitig zu vermieten.

DGB Rechtsschutz

Bis 1997 war der DGB Rechtsschutz eine Abteilung des DGB Frankfurt und wurde danach auf DGB-Bundesvorstandsbeschluss in eine DGB Rechtsschutz GmbH überführt. Durch ihren Sitz im DGB-Haus sind die kurzen Wege zu den ansässigen Mitgliedsgewerkschaften von enormem Vorteil, können diese doch schnell über den Flur Unstimmigkeiten klären oder ihre Mitglieder dorthin begleiten. Die jährlichen Berichte über für Mitglieder eingeklagte Löhne beliefen sich auf viele Hunderttausend DM und die Klagen gegen Entlassungen waren nicht selten erfolgreich, endeten mit einer Wiedereinstellung oder einem Vergleich mit Abfindung. Stadtbekannt war, dass vor Gericht die Gegenseite fürchtete, wenn ein DGB-Rechtsschutzsekretär, der eine starke Gewerkschaft im Rücken hat, die Angelegenheit vertrat.

Hochschule und Gewerkschaft

In der Mitgliederwerbung setzten die Gewerkschaften seit 2000 verstärkt auf die Gewinnung von Studentinnen und Studenten. Da es bundesweit schon einige Kooperationsstellen Hochschule-Gewerkschaften gab, in Frankfurt aber den Verein Hochschule-Gewerkschaften, nahm sich der DGB Frankfurt der Bildung einer Kooperationsstelle an, die bis heute als integraler Bestandteil des Vereins aktiv ist. Eine Zusammenarbeit findet insbesondere mit der Universität Frankfurt, der EAdA, der University of Applied Sciences und der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden

statt. Unabhängig davon ist der DGB in allen Hochschulräten vertreten. Die DGB-Jugend eröffnete in diesen Jahren ihr "Campus Office" an der Goethe-Universität, wo ausgebildete Berater*innen aus dem gewerkschaftlichen Ehrenamtsbereich eine sozial- und arbeitsrechtliche Anfangsberatung für Studierende anbieten. Eine DGB-Hochschulgruppe wurde gegründet. Bei den Schulen lag der Schwerpunkt in der DGB-Arbeit bei den Berufsschulen und der Besetzung der entsprechenden Prüfungsausschüsse in der dualen Ausbildung. In der Erwachsenenbildung kooperierte der DGB insbesondere mit den Volkshochschulen in Stadt und Region sowie anderen Bildungsträgern wie aus dem sozialen oder kirchlichen Bereich.

Kultur und Podien

Zu den zahlreichen Kultur- und Politikveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, ob zu Wahlen oder brisanten Themen, war der Wilhelm-Leuschner-Saal in der Regel gut gefüllt. Aus den Nähten platzte er, als der französische Soziologe Pierre Bourdieu referierte oder z.B. der Undercover-Journalist Günter Wallraff seine Recherchen bei der Bildzeitung als Hans Esser schilderte. Die Kohl-Ära mit der Politik der geistlich-moralischen Wende hatte eine Ellbogengesellschaft zu Folge. Weiterer Sozialabbau im Inneren und Säbelrasseln in der internationalen Politik veranlassten den DGB Frankfurt immer wieder auch auf die Bundespolitik zu reagieren. Die gemeinsam mit der Friedens- und Zukunftswerkstatt durchgeführten Veranstaltungen und Demonstrationen zum Antikriegstag waren ein jährliches Muss. Eine besondere Antikriegstagsveranstaltung fand mit Egon Bahr statt. Das Foyer im Erdgeschoss ist ständiger Ausstellungsort, ob für Künstler oder mit politischen Fotos und Plakaten, so auch eine Ausstellung über die Geschichte des Frankfurter Gewerkschaftshauses anlässlich seines 70. Bestehens oder zum 50-jährigen Jubiläum der Bildungsgemeinschaft Arbeit und Leben(DGB/VHS) Frankfurt. In dem vorderen Eingangsbereich des Gewerkschaftshauses, wo bis dahin der Pförtneraum war,

wurde ein offener Bücher- und Infoschrank wurde ein offener Bücherschrank eingerichtet.



Internationale gewerkschaftliche Kontakte und Austausche

Frankfurt als eine der wichtigsten internationalen Metropolen Europas hat zahlreiche Städtepartnerschaften auf der Welt. So war es auch für den DGB Frankfurt wichtig, dieses Feld der internationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit ihren Auswirkungen auf die Kommunalpolitik, nicht nur der Arbeitgeberseite und ihren Lobbyverbänden zu überlassen. So nahmen Repräsentanten des DGB an Delegationen der Stadt Frankfurt nach Tel Aviv, Eskişehir, Dubai, Birmingham, Budapest, Yokohama, Bangalore oder Guangzhou teil. Mit einigen Gewerkschaften in den Partnerstädten konnten Austausche geführt und gemeinsame Seminare organisiert werden, so z.B. ein trinationales Seminar in Frankfurt mit Gewerkschaftern aus Tel Aviv und Eskişehir oder eine Konferenz zum Streikrecht in Guangzhou aus Partnerstädten mit Teilnehmern aus allen Kontinenten. Die internationale Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aus Mailand,



Lyon und Barcelona, die auf die 70er Jahre zurückgeht, wurde insbesondere ab den 90er Jahren intensiviert, so dass in der Regel jährlich Tagungen oder Kongresse zum Austausch und zu Aktivitäten wechselweise in den Metropolen stattfanden. Redner*innen zum 1. Mai oder zu großen Streikaktionen wurden gegenseitig eingeladen. Dieser internationale Austausch war wichtig, weil all diese Großstädte vor gleichen oder ähnlichen Herausforderungen standen. Schon in den 80er Jahren fanden Bildungsreisen des DGB-Kreises nach Erfurt, Dresden, Moskau, Leningrad, Chicago oder Illinois statt.

Struktur und Zuständigkeitsgebiet des DGB-Kreis Frankfurt bzw. der DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main

Vom Gewerkschaftshaus aus wurde nicht nur das Gebiet des DGB-Kreis Frankfurt betreut, sondern vom DGB-Bezirk ganz Hessen und ab 2002 auch das Bundesland Thüringen. (siehe hierzu Chronik des DGB Hessen von 1945-2002). Der DGB-Kreis Frankfurt umfasste bis 1995 neben dem Stadtgebiet Frankfurt auch die beiden Landkreise Hochtaunus und Main-Taunus mit einem Zweigbüro in Bad Homburg. Von diesem Zweigbüro, das am 31.05.1995 aufgelöst wurde, wurden 13 DGB-Ortskartelle im Taunus betreut, Aufgaben der Gewerkschaften in den Landkreisen wahrgenommen und unterstützt. Es fanden in den DGB-Ortskartellen zahlreiche Politik- und Bildungsveranstaltungen und überall eine Maikundgebung statt.



2003 war im Hessenpark bei Neu-Anspach die zentrale bundesweite Maikundgebung mit 15.000 Besuchern. Redner waren der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer und Bundes-

kanzler Gerhard Schröder. Im Rahmen des umfangreichen Kulturprogramms trat Konstantin Wecker auf.

Umstrukturierung und Abbau von Beschäftigung beim DGB

Auf Veranlassung der Mitgliedsgewerkschaften auf Bundesebene beschloss der DGB-Bundesvorstand umfangreiche Zusammenlegungen von DGB-Kreisen und damit verbunden einen erheblichen Personalabbau. Eine von der Basis organisierte Abwehr u.a. mit Anträgen von der IG Metall Frankfurt zum DGB Kongress eingebracht, fand keine Mehrheit. Durch die somit von der Bundesebene beschlossenen Fusionen wurde dem DGB-Frankfurt 1995 der bis dahin eigenständige DGB-Kreis Wetterau zugeteilt und das DGB-Büro Friedberg als Zweigbüro des DGB-Kreises Frankfurt weitergeführt. Bei einer weiteren Strukturreform 2001 wurde der Wetterauer Landkreis dem DGB-Osthessen (Hanau) angegliedert. Der DGB Kreis Frankfurt wurde umbenannt in DGB Region-Frankfurt-Rhein-Main und bekam den eigenständigen DGB Kreis Wiesbaden mit der Stadt Wiesbaden, dem Landkreis Rheingau-Taunus und den Landkreis Limburg-Weilburg zugeteilt. In Wiesbaden verblieb ein DGB-Zweigbüro. Die DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main ist heute eine der größten DGB-Regionen Deutschlands und beinhaltet die zwei größten Städte Hessens, Frankfurt am Main und die Landeshauptstadt Wiesbaden.

Einhergehend mit der DGB-Strukturreform ist die Zahl der hauptamtlich Beschäftigten von ehemals etwa 20 Stellen, auf heute fünf Stellen bei doppelt großem Gebiet reduziert worden. Ziel der Gewerkschaften und des DGB auf Bundesebene war es, vor dem Hintergrund der Mitgliederrückgänge wenige Jahre nach der Deutschen Einheit von zuvor 11 Millionen Mitgliedern auf ca. 6 Millionen Mitglieder Einsparpotentiale zu regenerieren und gleichzeitig das Ehrenamt zu stärken.

Der heutigen DGB-Region -Frankfurt-Rhein-Main gehören neben dem DGB-Stadtverband Frankfurt am Main (Stadtgebiet) noch der DGB-Kreisverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus mit einem Zweigbüro in Wiesbaden, der DGB-Kreisverband Limburg-Weilburg und der DGB-Kreisverband Hochtaunus/Main-Taunus an. DGB-Ortsverbände bestehen in der Region keine mehr. Diese konnten aufgrund fehlender ehrenamtlich Engagierter nicht mehr aufrechterhalten werden.

Mit gestraffter Struktur und Konzentration auf das Wesentliche

Nach dieser flächenmäßig größeren, aber personell ausgedünnten Strukturreform konnte der DGB insbesondere seine Aktivitäten in den beiden Großstädten Frankfurt am Main und Wiesbaden dennoch festigen und ausbauen, während er in den Landkreisen nur noch partiell Aufgaben wahrnehmen konnte.

DGB und Gewerkschaften in der Region waren sich einig, die Musik spielt in den beiden Großstädten Frankfurt und Wiesbaden. Wollte der DGB und die Gewerkschaften in der Region Frankfurt-Rhein-Main noch eine gewichtige Rolle spielen, so mussten die geringeren finanziellen und personellen Ressourcen auch dort eingesetzt werden, wo die Musik spielt. Ein Schwerpunkt für den DGB in der neuen Region war es, seinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen in den beiden Großstädten zu intensivieren und die Rhein-Main-Region als Ganzes mit gewerkschaftlichen Positionen zu konfrontieren.

Für bezahlbaren Wohnraum, gegen Lohndumping

Mieten und Lebenshaltungskosten brachten in den beiden Städten, aber auch in Teilen der Region, immer mehr Arbeitnehmerhaushalte an den Rand der Existenz oder führten zur Verdrängung ins weitere Umland. Allein die Kosten für Mieten fraßen die von den Gewerkschaften hart erkämpften Tarifierhöhungen wieder auf. Tausende unterzeichneten den DGB-Aufruf für

bezahlbaren Wohnraum oder verhinderten mit einer anderen Kampagne den Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte durch das Land Hessen. Der von der ABG Wohnungsholding / Stadt Frankfurt, beabsichtigte Abriss der Sozialwohnungen „Im Mainfeld“ in Niederrad konnte in Allianz von DGB und Mieterinitiativen verhindert werden. Eine Sanierung erfolgte ohne Mieter zu verdrängen. Der DGB erhöhte den Druck insbesondere auf die kommunale Politik für einen Frankfurt-Pass, der die hohen Lebenshaltungskosten berücksichtigt und machte Dampf für bezahlbaren, sozialen und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Er implementierte in die Stadtpolitik, dass Frankfurt nicht nur eine Bankenstadt und Wiesbaden nicht nur eine Kur- und Beamtenstadt ist, sondern von der Industrie lebt und aus den dort erzielten Steuereinnahmen sich überhaupt erst Kultur, Soziales oder Bildung im gegebenen Umfang finanzieren lassen. Bei öffentlicher Auftragsvergabe drang der DGB auf eine Tariftreueverordnung mit Sanktions- und Kontrollmechanismus und mit den im Öffentlichen Dienst zuständigen Gewerkschaften machte er Druck für ein Jobticket und bessere Entlohnung dort, wo die Öffentliche Hand mit als Arbeitgeber fungiert. In vielen weiteren Bereichen mischte sich der DGB in die Kommunalpolitik ein und konnte so gemeinsam mit anderen einiges gegenüber der Politik durchsetzen oder auf den Weg bringen.

Solidarität bei Streik und betrieblichen Auseinandersetzungen

Ein weiterer DGB-Schwerpunkt in der neu strukturierten DGB-Region lag in der Unterstützung und Solidarität für und mit den Mitgliedsgewerkschaften. So stand keine Gewerkschaft bei Streiks oder anderen Angelegenheiten alleine, ob z.B. im Bankenwesen, den Kitas und Schulen oder im Nahrungs- und Gaststättenbereich. Gemeinsam wurde mit der NGG der Kampf um den Erhalt der Binding-Brauerei oder die Standortsicherung der Kampfmeyer-Mühlen im Osthafen gewonnen. Im Baugewerbe

wurde unter Hinzuziehung der Medien, der Politik oder des Zolls gegen illegale Beschäftigung vorgegangen. Skandale wurden öffentlich gemacht, ob gegen Lohndumping oder andere Formen von Ausbeutung. Mit der IG BCE kämpfte der DGB gegen die Zerschlagung von JADE in Fechenheim oder den Verkauf der Höchst AG an Rhône-Poulenc. Beim Konkurs der Philipp-Holzmann AG ging es mit IG-BAU- und DGB-Fahnen zum Bankenkongress in der Alten Oper und als erster Schritt in einer langen Auseinandersetzung wurde erreicht, dass die Oberbürgermeisterin Roth am Römer zu den Bauarbeitern sprechen musste. In der Folge gelang es sogar vor Weihnachten, Bundeskanzler Gerhard Schröder auf die Bühne vor dem Römer zu holen, mit dem, zumindest kurzfristigen Erfolg, die Banken dazu zu bewegen, den Konkurs abzuwenden und so Arbeitsplätze zu erhalten. Ver.di und IG Metall, oft zuständig für Pilottarifabschlüsse, wurden immer wieder bei ihren Warnstreiks und Streiks unterstützt, auch durch Einbezug von gesellschaftlichen Organisationen und Kirchengemeinden, die im DGB-Netzwerk leicht zu mobilisieren waren. Für ver.di und GEW war das DGB-Haus meist Streiklokal bei Auseinandersetzungen z.B. bei Kitas oder den Schulen. Die EVG zog mit Unterstützung des DGB einen Tag nach dem Gerichtsurteil, dass Bahnhöfe und Flughäfen öffentlicher Raum sind und so dort Demonstrationen erlaubt sind, durch den Frankfurter Hauptbahnhof für einen anständigen Tarifabschluss. Von da an konnte auch ver.di ganz legal in den Hallen der Terminals am Frankfurter Flughafen demonstrieren. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellte nicht nur bei unseren Maidemonstrationen die meisten Ordner, sie und ihre Kolleginnen und Kollegen waren auch in brenzligen Situationen mit Rat und Tat an der Seite des DGB und der Gewerkschaften. Weitere Anlässe zur Zusammenarbeit von DGB und GdP waren z.B., während der Fußball WM 2004, als gemeinsam vom Main aus einem Boot heraus, Abkühlung durch Eis und Kaltgetränke an die Einsatzkräfte von DLRG, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Polizei oder an die extra zur WM angereisten Bobbys aus

England verteilt wurden. Im Rahmen der occupy - und blockupy Proteste anlässlich der Finanzkrise beteiligte sich der DGB Frankfurt und einige Gewerkschaften auch mit eigenen Aktionen. So im DGB Haus mit Podiumsteilnehmern von occupy und der Europäischen Zentralbank (EZB) oder mit einem Zelt am Willy-Brand-Platz vor dem Europasymbol. Am Tag der Eröffnung der EZB-Zentrale zogen der DGB und die Gewerkschaften in einem großen Demonstrationszug am Main entlang ins Ostend. In der EZB wurde während der Eröffnungsfeier im Innenfoyer ein zwölf Meter hohes Transparent von DGB Frankfurt und IPSO (Gewerkschaft der Beschäftigten in der EZB) mit dem Slogan „für ein soziales Europa“ herabgelassen.

Abwehrkämpfe prägten bis weit ins neue Jahrtausend

Der Kampf 1984/85 um die 35-Stunden-Woche war der letzte große Kampf der Gewerkschaften für lange Zeit, der gewonnen wurde. Ab dieser Zeit hatten es der DGB und die Gewerkschaften fast nur noch mit Abwehrkämpfen zu tun. So die noch unter Bundeskanzler Helmut Schmidt geplante Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen. Mit Tausenden demonstriert wurde in den 80ern auf dem Frankfurter Opernplatz oder nach Stuttgart zu einer zentralen DGB-Kundgebung gezogen. Die Änderung des §118 Arbeitsförderungsgesetz (AfG) zum Nachteil für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Streik und Aussperrung oder das neoliberale Schröder-Blair-Papier, welches ähnlich dem Lamsdorff-Papier Anfang der 80er war, oder die vom Arbeitgeberverband initiierte Kampagne „Initiative Soziale Marktwirtschaft“ mit dem Ziel, alles dem Markt unterzuordnen, forderten die Gewerkschaften immer öfter, auch gemeinsam mit Sozialinitiativen und Sozialverbänden, auf die Straße zu gehen. 100 Jahre Tarifvertrag feierten wir gemeinsam mit dem Verein für Frankfurter Arbeitergeschichte im Volkshaus Enkheim im Schatten immer stärkerer Tariffucht im Arbeitgeberlager. Gegen die Aushöhlung der Tarifverträge und Tariffucht

organisierte der DGB eigens den Äpfelweinexpress, holte damit an verschiedenen Betrieben Betriebs- und Personalräte ab um gemeinsam an der Frankfurter Messe zu demonstrieren. Am Hammering Man vor dem Messeturm hing ein großes Transparent, mit dem Logo „Ich arbeite nur mit Tarifvertrag“. Beim DGB-Neujahrsempfang in 2000 erfuhr der Gastredner Bundesarbeitsminister Walter Riester harsche Kritik für seine Pläne, der Einführung einer Riester Rente. Gegen die Hartz-IV-Gesetze demonstrieren die Gewerkschaften mit Sozialinitiativen und vielen Betroffenen über mehrere Monate.

Immer wieder gemeinsam gegen Rechts

Die Kampagne der Hessischen CDU 1999 unter Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft stieß auf den schärfsten Protest des DGB, auch weil die Frankfurter CDU und Oberbürgermeisterin Petra Roth diese unterstützten. Die CDU-Kampagne förderte die Spaltung der Gesellschaft und war nicht zuletzt mit dafür verantwortlich, dass sich Rechtsextreme trauten, in den folgenden Jahren verstärkt auch in Frankfurt aufzutreten. So musste der 1. Mai mit seiner Demonstration und Kundgebung immer wieder gegen einen Nazi-Auftritt verteidigt werden. Die spalterische Stimmung ging auch nicht spurlos an Ordnungsbehörden, Polizei und Gerichten vorbei. Da der DGB-Demonstrationszug wie die Bevölkerung und Arbeitnehmerschaft in Frankfurt von Menschen aller Nationalitäten geprägt war, auch ethnische Minderheiten mit demonstrieren, in deren Ländern der 1. Mai als Gewerkschaftstag verboten war, wurde der Demonstrationszug an der Spitze und am Ende von mehreren Wasserwerfern eskortiert und an beiden Seiten von Hundertschaften von martialisch gekleideter Polizei begleitet. In einem Jahr wurde sogar jede und jeder, die/der sich am Günthersburgpark dem Demonstrationszug anschließen wollte, schon auf dem Weg dorthin kontrolliert. Ein Beispiel, wie Zündeln mit Fremdenfeindlichkeit Auswirkungen auf staatliches und gesellschaftliches Handeln hat. Dank vieler Gespräche mit der Frankfurter Politik,

dem Polizeipräsidenten und den Kolleginnen und Kollegen der GdP entspannte sich die Situation in den folgenden Jahren.

Arbeitsplatzabbau bei Banken, Boni für die Vorstände

Frankfurt, wegen seiner Bankentürme immer als reiche Stadt von außen wahrgenommen, profitiert nur mäßig von den Gewerbesteuerzahlungen der Banken und die einfachen Beschäftigten dort wurden bei Tarifverhandlungen oft genug mit Nullrunden abgespeist, während sich die Vorstände mit extremen Gehältern und Boni die Taschen vollstopften. Aber nicht genug, um ihren Profit noch weiter zu steigern, beabsichtigten damit die fünf größten Banken 17.000 Arbeitsplätze abzubauen. Dies veranlasste ver.di zu zahlreichen Protesten und Demonstrationen. Dies prägte auch den Frankfurter DGB-Neujahrsempfang 2002 mit dem Bundesbankpräsidenten Ernst Welteke als Gastredner. Aus der bitteren Erfahrung der Arbeitsplatzverluste in der Industrie in den 90ern entwickelte der DGB Frankfurt mit seinem „Verein Denkfabrik Frankfurt e.V.“ ein Banken-Früherkennungssystem, unterstützt von der Firma EWR Consulting und gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung. Doch die Banken- und Finanzkrise 2008/2009 hatte ganz andere Ursachen als eine betriebswirtschaftliche Fehlsteuerung und so lief unser Banken-Früherkennungsprojekt vorerst ins Leere.

Finanzkrise bedroht industrielle Arbeitsplätze

Die Finanzkrise bedrohte zwar auch die Arbeitsplätze bei den Banken, waren die Banken selbst jedoch weitgehend durch einen Rettungsschirm mit Steuergeldern aufgefangen worden. Viel mehr hatte die Krise Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der gesamten Wirtschaft, besonders aber in der Industrie. Wieder aus Erfahrungen der 90er Jahre, als bis zu 100.000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen waren, brachten der DGB und

die Gewerkschaften ihre Alternativansätze in die Kommunalpolitik ein.

SWAK, Beirat Industrie, Masterplan Industrie

Der DGB Frankfurt erstellte mit Unterstützung seines Vereins Hochschule- Gewerkschaften ein Grundsatzpapier zur Sicherung und Stabilisierung von industriellen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, was auch auf Zustimmung und Unterstützung der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) stieß. Gemeinsam von DGB und VhU wurden diese Vorschläge mit der Frankfurter Wirtschaftsförderung in die Politik eingebracht. Ein Gremium aus über dreißig Organisationen, die Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK) unter Vorsitz der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, schloss sich dem Papier an. Hervorgegangen aus dieser Initiative des DGB, ist u.a. ein Beirat Industrie unter Vorsitz des Wirtschaftsdezernenten der Stadt Frankfurt, in dem der DGB und die Industriegewerkschaften mitwirken. Der heutige Masterplan Industrie zu Stärkung der Industrie in Frankfurt wurde in dem Beirat entwickelt und von Magistrat und Stadtparlament zur Umsetzung auf den Weg gebracht. Das Projekt wurde vom Bundeswirtschaftsministerium als Pilotprojekt in die bundesweite Industriekampagne einbezogen.

Um in der Krise am Ausbildungsmarkt einen kleinen eigenen Beitrag zu leisten, organisiert der DGB Frankfurt durch finanzielle Umlage bei den Gewerkschaften im DGB Haus die Schaffung von ein bis zwei Ausbildungsplätzen im Jahr im Beruf Bürokauffrau und konnte so über mehrere Jahre insgesamt elf Auszubildende in Zusammenarbeit mit einem überbetrieblichen Träger einstellen. Fast alle wurden nach der Ausbildung bei einer der Gewerkschaften oder dem DGB übernommen.

In den letzten Jahrzehnten veränderte sich unsere Gesellschaft. Sie wurde demokratischer, sozialer und sie bemühte sich um eine ökologische Zukunftsgestaltung. Mit Genugtuung und

Zuversicht blicken wir dabei auf die Gewerkschaften und die zahlreichen sozialen Bewegungen, die ihre Zukunft nicht den Herrschenden überlassen wollen, sondern selbst tätig werden. Sie finden sich auf unseren Straßen, in Betrieben, Schulen und Hochschulen und sind nicht mehr wegzukriegen. Vorbei ist der Mief der früheren Jahre. Ein neuer Geist durchzieht unser Land. Die erkämpften Errungenschaften werden verteidigt: der Kampf um die Zukunft geht weiter. Wir, die Gewerkschaften sind dabei ein wesentlicher Teil. Dem seit 2016 amtierenden Frankfurter DGB-Vorsitzenden Philipp Jacks mit seinem Team und den Gewerkschaften obliegt es die Zukunft, zumindest bis zum 100-jährigen Gewerkschaftshaus-Jubiläum zu gestalten und das Haus als Basis gemeinsamen Handelns zu schützen wie einen Augapfel.

Zukunft hat Vergangenheit

„Mögen die künftigen Generationen der Gewerkschaftsbewegung sich der Vergangenheit erinnern und in der Zukunft der Bedeutung Ihres Gewerkschaftshauses angemessen gerecht werden.“

Zitat aus der Broschüre „Haus der Besitzlosen“ erschienen 1981 zum fünfzigsten Jubiläum des Gewerkschaftshauses: *„Leider wird allzu oft vergessen, welche Bedeutung die Gewerkschaftshäuser in der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hatten. Sie waren der ideelle und materielle Mittelpunkt des Kampfes. Hier wurde geplant, diskutiert und beschlossen, was später in Aktion umgesetzt wurde. Mancher mag heute staunen, wenn er erfährt, mit welcher finanziellen Opferbereitschaft der Bau des Frankfurter Gewerkschaftshauses ermöglicht wurde. Viele Versammlungen waren nötig, in denen mit den Gewerkschaftsmitgliedern die Notwendigkeit eines Sonderbeitrages diskutiert wurde. Und dann zahlte jeder 10 Pfennig in der Woche zusätzlich für den Bau des Gewerkschaftshauses.“*

Nach wie vor gilt, was Walter Hesselbach am 4. Dezember 1981 anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Gewerkschaftshauses sagte:

„Dieses Haus ist Symbol unserer Ziele.“ Und Franz Neuland fügte in der Dokumentation zu dem Jubiläum hinzu: *„In diesem Satz steckt der Anspruch auf Gegenmacht, die ihren architektonischen Ausdruck finden muss. Und dies kann nirgendwo besser geschehen als in den Zentren der Städte.“*

Anmerkung

Der Teil „Ein Denkmal seiner Zeit“ dieser Broschüre, der von Franz Neuland und Helmut Hahn anlässlich des 50. Jubiläums des Frankfurter Gewerkschaftshauses Wilhelm-Leuschner-Straße erstellt wurde, ist textlich in unveränderter Form übernommen worden und wurde von Dieter Wesp mit neuen, z.T. noch nicht gezeigten Aufnahmen des Gewerkschaftshauses ergänzt.

Der Teil „Das Frankfurter Gewerkschaftshaus von den 1980er Jahren bis heute“ beschreibt im Wesentlichen die Zeit der Sanierung des Gewerkschaftshauses und einige der Aktivitäten die aus dem Haus ab etwa 1980 hervorgegangen sind. Autor für diesen Teil ist der ehemalige Vorsitzende des DGB Frankfurt Harald Fiedler. Die Schilderungen sind nach bestem Wissen und Erinnerungen, unterstützt in baugeschichtlichen und architektonischen Darlegungen, von Dieter Wesp, dem Vorsitzenden des Vereins für Frankfurter Arbeitergeschichte, benannt worden. Die aus dem Haus hervorgegangenen Aktivitäten beziehen sich weitgehend auf den DGB als Dachverband der Gewerkschaften und geben nur auszugsweise einige der vielfältigen Handlungen wieder. Strukturen, Aktivitäten oder Streiks der Mitglieds-gewerkschaften sind wenn dann nur punktuell erwähnt. Diese zu dokumentieren, ihre eigene Geschichte zu schreiben, verbleibt Ansporn und Aufgabe für die jeweiligen Gewerkschaften in der Stadt und Region.

Harald Fiedler

Ein ausgezeichnetes Denkmal

In der 1986 erschienenen Denkmaltopographie Frankfurts, die alle unter Denkmalschutz stehenden Gebäude aufführt, ist das Frankfurter Gewerkschaftshaus aufgeführt als „*Kulturdenkmal aus geschichtlichen Gründen*.“ Veränderungen am äußeren Gebäude, aber auch Veränderungen im Inneren bedürfen deshalb seitdem immer des Einbezugs des Denkmalamtes.

1996 sollten die die Fenster des Gewerkschaftshauses erneuert werden. Die 1931 eingebauten Fenster waren aus Eichenholz mit blauen Rahmen und weißen Flügeln. Nach dem 2. Weltkrieg wurden diese Fenster gegen neue Fenster ausgetauscht, die komplett weiß angestrichen wurden. Diese wurden durch neue Fenster, die in Form, Material und Farbigkeit sich am alten Bestand orientierten, ersetzt. Nicht ganz einfach war die richtige Bestimmung des Blautons, da es vom Originalgebäude nur schwarz-weiß Fotos gab und sich kein einziges Originalfenster erhalten hatte. Man einigte sich auf Lichtblau (RAL 5012) für die Rahmenprofile und auf Grauweiß (RAL 9002) für die Fensterflügel. Die vom DGB gewünschten Jalousien, bzw. Verspiegelung der Fenster als Sonnenschutz, lehnte das Denkmalamt ab, da dadurch das äußere Erscheinungsbild stark beeinträchtigt werde. Es wurde dann ein nicht verspiegeltes Sonnenschutzglas ausgewählt, das lediglich etwas dunkler als normales Isolierglas ist.

Im Treppenhaus hatten sich noch die Stahlfenster der Erbauungszeit erhalten. Sie waren leider schon so weit korrodiert, dass schließlich auf eine Erhaltung diese Fenster verzichtet wurde. Im Treppenhaus wurden neue Fenster mit wärmege-dämmten Aluprofilen, ebenfalls im Farbton Lichtblau, eingebaut, die den alten Fenstern nachempfunden waren. Im Zuge dieser Arbeiten wurde auch die Fassade gereinigt und das Betonfachwerk lasiert.

Im März 1998 waren diese Arbeiten abgeschlossen und noch im gleichen Jahr erhielt das Gewerkschaftshaus den Hessischen Denkmalschutzpreis. In der Begründung des Preises durch das Denkmalamt Frankfurt hieß es: *„So erhielt der Verwaltungsbau auf vorbildliche Weise sein ursprüngliches Erscheinungsbild wieder zurück. Womit der DGB bewiesen hat, daß die Architektur der May-Ära, Hochhaussanierung, moderne Büronutzung und Denkmalschutz eine bemerkenswerte Allianz eingehen können – angesichts der trostlosen Situation der May-Siedlungen in Frankfurt a. M. verdient diese Leistung besondere Anerkennung.“*⁶

⁶ Schreiben Denkmalamt, Heike Kaiser, 11.5.1998. Denkmalamt Frankfurt, Digitale Akte zu Gewerkschaftshaus Frankfurt.

ANHANG

Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten den Redetext, den Walter Hesselbach am 4. Dezember 1981 zum 50-jährigen Bestehen des Neuen Gewerkschaftshauses hielt. Er ist ein ergreifendes Dokument eines Zeitzeugen, der diese fünfzig Jahre selbst als aktiver politischer Mensch miterlebt hatte. Walter Hesselbach, gebürtiger Frankfurter, war bei der Einweihung des Neuen Gewerkschaftshauses 16 Jahre alt, schloss sich der Gewerkschaftsjugend an und wurde Mitglied der SPD.

Die Erstürmung des Gewerkschaftshauses erlebte er als Augenzeuge, er saß mit anderen Gewerkschaftern eine Nacht im Keller des Neuen Gewerkschaftshauses, schwankend in der Frage, ob man offenen Widerstand leisten sollte. Wie das ausging, beschreibt er selbst in seiner Rede: *„Ich war damals noch ein sehr junger Mann. Aber ich erinnere mich der Tränen des Zorns und Verzweiflung in den Augen vieler Genossen und Gewerkschafter. Viele waren damals bereit, ihr Leben zu wagen, um dieses Haus zu verteidigen. Ich saß mit im Keller eine ganze Nacht. Im Morgengrauen schlichen wir uns einzeln aus dem Haus. Heute wissen wir, der ungleiche Kampf hätte kaum gewonnen werden können. Die Republik ging nicht erst 1933, sondern lange vorher verloren.“*

Hesselbach, der eine Banklehre gemacht und die Kaufmannsgehilfenprüfung abgeschlossen hat, wurde 1961 Vorstandsvorsitzender der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), ab 1977 Aufsichtsratsmitglied, ab 1988 Ehrenmitglied der BfG. Er ist 1977 Mitgründer und bis 1985 Leiter der Gewerkschaftsholding BGAG. Walter Hesselbach stirbt 1993 in Walenstadt im Kanton St. Gallen. Er ist auf dem Parkfriedhof Heiligenstock in Frankfurt am Main beerdigt.

Dieter Wesp

WALTER HESSELBACH

Rede zum 50-jährigen Bestehens des Gewerkschaftshauses

4.12.1981

Ich soll heute eine Jubiläumsrede halten über ein Ereignis, das ich miterlebt habe. Vor 50 Jahren haben die Frankfurter Gewerkschaften dieses Haus bezogen. Was ich aus diesem Anlaß sagen werde, ist gleichwohl keine Jubiläumsrede im herkömmlichen Sinne, Feiertagspathos und große Worte passten wohl auch nicht zu der nüchternen Arbeit der Gewerkschaften und der Bestimmung dieses Hauses.



Walter Hesselbach bei seiner Rede 1981

Eine andere Sache ist, sich unserer politischen und geistigen Herkunft in der Arbeiterbewegung bewußt zu werden und in einer überwiegend mit sich selbst beschäftigten Gegenwart an das zu Unrecht Vergessene zu erinnern.

Wir wollen daher zurückblicken und uns auf Wesentliches besinnen. Unverkennbar werden heute wieder mehr Fragen darüber gestellt - vor allem von den jüngeren Kollegen und Genossen - wie unsere Organisationen entstanden sind, welchen Weg sie nahmen und was sie beitrugen zur sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung dieses Landes.

Nun ist die Geschichte dieses Hauses doch vor allem die Geschichte von Menschen. Jene, die dieses Haus planten und bauten, die später darin arbeiteten, litten und kämpften, sind die handelnden Personen. Arbeiterführer von Rang waren darunter. Daneben viele vorbildliche Gewerkschafter, deren Namen in keiner Chronik verzeichnet sind. Von ihrem Pflichtgefühl, von ihrem Idealismus und ihrer Opferbereitschaft muß auch hier die Rede sein.

Dieses Haus am Ende der zwanziger Jahre zu planen, war für die Frankfurter Gewerkschaften eine außergewöhnliche Leistung. Es war zugleich ein Wagnis, denn - um mit Bert Brecht zu sprechen - die Verhältnisse waren eigentlich nicht so; das heißt, sie waren schlecht. Die Weimarer Republik ging in die Weltwirtschaftskrise. Es herrschte allgemeine Finanznot; viel drückender als heute. Die Haushaltslage der Gewerkschaften war angespannt. Wären die Frankfurter Gewerkschafter nur "Realpolitiker" gewesen, dieses Haus hätte nie gebaut werden dürfen. Daß es doch entstand, sprach für Weitblick und Mut jenseits der Stimmungen des Tages.

Der Bau wurde 1930 begonnen und nach einer Bauzeit von knapp einem Jahr vollendet. Zwei bedeutende Architekten der Bauhaus-Schule, Max Taut und Franz Hoffmann, haben das Gebäude geplant und die Bauarbeiten geleitet.

Man dachte in der Tat weit voraus. Die Gewerkschaften hatten ein großes Grundstück zwischen Bürgerstraße und Main mitten in dem damaligen gutbürgerlichen Villenviertel erworben. Darauf sollte später noch ein Hotel entstehen, das die Tradition der Arbeiterherberge fortsetzen sollte. Versammlungssäle sollten

hinzukommen. Man hatte da lange Erfahrung. 1897 schon wurde die "Arbeiter-Herberge" gegründet. Seit 1901 besaßen die Gewerkschaften ihr Haus an der Stoltzestraße/Allerheiligenstraße. Das Bürohaus sollte also nur ein Anfang sein.

Am 12. Juli 1931 wurde dieses Haus eingeweiht, mit einer "kleinen, schlichten Feier", wie die Presse anmerkt. Das Urteil der Fachleute und der Kollegen über das Gewerkschaftshaus fiel günstig aus: Die Architektur zeige klare Formen; da gebe es nichts von der Jugendstilseligkeit mit dem Tand und Stuck der Villen in der Umgebung, hieß es. "Luxus ist überall und in voller Absicht vermieden worden", sagte Otto Misbach, der Vorsitzende des Ortsausschusses des Frankfurter ADGB bei der Eröffnung. Und doch war man stolz: Das Haus zählte damals zu den höchsten der Stadt. Es war von überall her sichtbar. Ohne Zweifel, das Gebäude drückte etwas von dem aus, was die Gewerkschaften sich erworben hatten; Respekt und Anerkennung sowie ein Recht auf Existenz und Mitwirkung.

Blättern wir noch etwas länger im Kalender des Jahres 1931. Wir hatten den ADGB-Kongreß in Frankfurt. In einem politischen Sinn war das Datum dieses Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im September 1931 der Zeitpunkt, mit dem die 50 Jahre Gewerkschaftshaus bis heute begannen.

Es war der letzte große Kongreß vor dem Niedergang des ABGB. Im Palmengarten versammelten sich 300 Delegierte, die 4,7 Millionen Mitglieder vertraten. Die Bedrohung der Republik von Rechts führte viele Demokraten zusammen: Otto Wels, Wilhelm Leuschner, Fritz Tarnow, Hans Böckler, der hessische Staatspräsident Adelung, der Frankfurter Bürgermeister Gräf, Fritz Naphtali, Professor Sinzheimer und viele andere waren gekommen.

1931 war das zweite Jahr der Wirtschaftsdepression. Die Zeichen der heraufziehenden Katastrophe waren deutlich zu erkennen. Es gab vier Millionen Arbeitslose. In Frankfurt drängten

sich die Menschen vor den Armenküchen und den Arbeitsämtern. Sie wärmten sich in den Kaufhäusern. Unverschleierte Not hatte sich ausgebreitet. Die Regierung und große Teile der Wirtschaft hatten die verhängnisvolle Parole vom Lohn- und Gehaltsabbau ausgegeben. Die Tarifverträge für Millionen Beschäftigte wurden von den Arbeitgebern einseitig gekündigt.

Die Regierung Brüning, die im März 1930 die letzte von den Sozialdemokraten mitgetragene Regierung Hermann Müller abgelöst hatte, war ratlos. Der Bericht des Bundesvorstandes des ADGB begann mit dem bezeichnenden Satz: "Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen". Zu Recht mahnten die Gewerkschaften, "daß der Abbau der Sozialleistungen und der Abbau der Löhne unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten führen werde und damit die Wirtschaft unentbehrliche Konsumenten verliere". Übrigens, wer wollte behaupten, dies seien bloße historische Reminiszenzen. Wem drängen sich nicht Parallelen zur Gegenwart auf, wenn der Kongreß verlangt, die Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität solle voll erhalten und der Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse gesichert werden.

Vielleicht war 1931 nur wenigen Gewerkschaftern völlig klar, was auf dem Spiel stand. Und doch hat wohl mancher das kommende Verhängnis geahnt. In der Einweihungsfeier dieses Hauses wurde jedenfalls der folgende Satz gesprochen: "Viel Mut und Zähigkeit bedurfte es, um das Haus zu errichten, doch noch mehr Tatkraft wird dazugehören, das Haus zu erhalten".

Denken wir daran, daß im Dezember 1931 die "Eiserne Front" zur Verteidigung der Republik vom ADGB, der SPD, dem Reichsbanner und dem Arbeitersport gegründet wurde. Zum

gleichen Zeitpunkt bin ich übrigens Mitglied der Gewerkschaft und der Partei geworden; ich war bereits vorher in der Arbeiterjugend und dem Arbeitersport.

Wir wissen, was sich zwischen 1931 und 1933 ereignete. Wir erlebten Demonstrationen und Kundgebungen. Es kam immer häufiger zu Saalschlachten und blutigen Überfällen durch die Kommandos der SA. Die Schwerathleten und Turner des Arbeitersports, Reichsbannleute und Gewerkschafter stellten den Saalschutz unserer Veranstaltungen. Die Nazis hatten SA aus dem Vogelsberg und dem Hinterland auf vielen Lastwagen zusammengezogen, um in der Stadt ihre Macht zu demonstrieren. Kollegen aus den Betrieben von Kleyer, Teves und auch die Fabriker aus Griesheim und und Hoechst wurden alarmiert und strömten teils in Arbeiterkluft in die Stadt. Einmal noch gehörte die Straße uns. Wir kennen das Ende. Die Gewerkschaften gehörten mit zu den letzten, die die Sprache der Vernunft redeten, trotz eigener, tragischer Irrtümer. Sie wurden nicht mehr gehört. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften mit einem "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" verboten und aufgelöst. Es brachte das Gegenteil von Ordnung: Es brachte die Herrschaft der Willkür. Am 1. Mai 1933 wurden die Genossen gezwungen, Nazifahnen zu tragen.

Der Frankfurter "General-Anzeiger" schrieb am 3. Mai 1933 über die Vorgänge des Vortages im Gewerkschaftshaus: "Sämtliche Räume und Geschäftsstellen des ADGB und des AfA - so hieß es im Lokalteil - wurden um 10 Uhr besetzt. Die Leiter der Arbeiterbank, Filiale Frankfurt, und der Gewerkschaftssekretär Otto Misbach wurden in Schutzhaft genommen". Offenbar um die Leser zu beruhigen, fügt das Blatt hinzu: "Die Aktion dient lediglich der Reinigung der Gewerkschaften vom Marxismus und parteipolitischen Mißbrauch. Sie soll das Eigentum und das Recht der Arbeiter schützen".

Was tatsächlich geschah, wissen wir aus eigenen Kenntnissen. SA-Trupps umstellten das Haus, drangen in die Räume ein,

zertrümmerten Teile der Einrichtungen und trugen davon, was ihnen wertvoll erschien. Ins Gewerkschaftshaus zog der Säufer Becker von der VSBO ein mit seinen Heloten. Alles dies bedeutete: Die Organisation war zerschlagen, das Gewerkschaftsvermögen war verloren und die Arbeiter wurden entrechtet. Dies war die dunkelste Stunde in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Viele Gewerkschafter wurden brotlos. Nicht wenige wurden für "vogelfrei" erklärt. Man durfte sie verhaften, verleumden und mißhandeln. Verdiente Funktionäre wurden als Betrüger, Hochstapler und gemeine Verbrecher beschimpft. In Frankfurt herrschte für Jahre die braune Lynchjustiz. Wenn sich die Republik Versäumnisse hatte zuschulden kommen lassen, die Demokraten zahlten jetzt einen furchtbaren Preis dafür. Viele lernten Gefängnisse, Folterkeller und das KZ in Osthofen kennen. Wir hörten von den ersten Folterungen und Erschießungen.

Über die Irrtümer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Zeit vor 1933 ist viel geschrieben worden. Vergessen wir jedoch nicht: auch andere haben sich täuschen lassen. Die Ruchlosigkeit der Nationalsozialisten konnte wohl auch nur jemand voraussehen, der in dieser Welt zuerst das Böse sucht. Was wir erlebten, ging einfach über unser Vorstellungsvermögen.

Ich war damals noch ein sehr junger Mann. Aber ich erinnere mich der Tränen des Zorns und Verzweiflung in den Augen vieler Genossen und Gewerkschafter. Viele waren damals bereit, ihr Leben zu wagen, um dieses Haus zu verteidigen. Ich saß mit im Keller eine ganze Nacht. Im Morgengrauen schlichen wir uns einzeln aus dem Haus. Heute wissen wir, der ungleiche Kampf hätte kaum gewonnen werden können. Die Republik ging nicht erst 1933, sondern lange vorher verloren.

Doch halten wir in Ehren, was bewahrt zu werden verdient. Gewerkschafter haben gehandelt und gekämpft, einzeln, in Gruppen, schlecht organisiert und ohne Hoffnung. Aus unserem Bereich gab es kaum Überläufer.

Die "Eiserne Front" hatte im Gewerkschaftshaus ihr Zentrum. Ernst Mulansky, der Bevollmächtigte des deutschen Metallarbeiterverbandes, führte sie an.

Die Organisation war aufgelöst, aber die Gewerkschaften haben nie ganz aufgehört zu bestehen. Es begann die Zeit der illegalen Arbeit. Wir organisierten in der Arbeiterschaft Vertrauensmänner und Verbindungsleute. Es gab tapfere Männer und Frauen im Widerstand. Einige von ihnen habe ich noch kennengelernt. Ich erinnere mich an Treffen mit Carlo Mierendorff und Wilhelm Leuschner. Ich denke an Albrecht Ege, Rudolf Eims, den viele von Euch noch in seiner Tätigkeit bei der Frankfurter Rundschau kennen, an Otto Etz, Karl Grötzner, an Willi Haug, Paul Müller, die beide noch unter uns sind, an Georg Hertel, Jakob Kriegeis, Otto Misbach, Ernst Mulansky, Richard Schawe und andere gehörten in der einen oder anderen Weise dazu. Ich denke an Frido Irion, dem tapferen Reichsbannerführer vom Bahnhofsviertel, der viele Jahre im Zuchthaus saß. Ich war in seiner Gruppe. Ich erinnere mich an Fred Reinhardt, den Schneidermeister in der Friedrichstraße, wo unter viel Tuch unsere Flugblätter lagerten, an den starken Hoffmann vom Cafe Buerose. Ihnen und vielen ungenannten anderen will ich hier mit meinen Worten das verdiente Denkmal setzen, das sie nie gewollt haben. "Wir alle hatten Angst, auch wenn wir uns das nicht anmerken ließen. Aber wir sind nicht davongelaufen und nicht umgefallen. Wir waren keine Helden, aber wir wollten der Arbeiterbewegung keine Schande machen". So hat es Willi Richter später einmal formuliert. Diese Gesinnung haben viele geteilt.

Wir haben in den Jahren des Hasses und der Verfolgung viel Schlimmes gesehen, oft auch persönlich erfahren müssen. Aber wir haben auch Brüderlichkeit und Verbundenheit erlebt. Vertrauen und Achtung in den späteren Jahren hatten oft hier ihre Wurzel. Vielleicht ist es ein Teil unseres heutigen Problems, daß

dem gegenseitigen Vertrauen und der gegenseitigen Achtung nicht die gleiche Bedeutung zugemessen wird.

Laßt mich noch einen Mann namentlich würdigen, dem auch an diesem Haus Verdienst zukommt. Ich spreche von Albrecht Ege. Einige unter uns haben ihn noch persönlich gekannt. Albrecht Ege war der große Organisator der Bauarbeiterbewegung in Hessen. Er hatte zunächst den Zentralverband der Zimmerer aufgebaut. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er dann zum Leiter der Bauhüttenbewegung in Hessen bestimmt. Er bewährte sich als ein Mann der Gemeinwirtschaft. Mitte der zwanziger Jahre übernahm er die Leitung der Gemeinnützigen Wohnungsbau AG, der Gewobag, in Hessen. Mit großem Erfolg hatte er seine Organisationen, die Bauhütte und die Gewobag, durch die Krisenjahre von 1929 bis 1933 gebracht.

1933 bekam er die Kündigung. Er wurde verhaftet, geschmäht und geschunden. Aber all das konnte ihn nicht brechen. Er stellte sich weiter den Nazis entgegen. Nicht um der Macht, sondern um der Menschlichkeit willen; nicht wegen der großen Politik, sondern der Gerechtigkeit und Wahrheit zuliebe.

Er trug sein Schicksal ohne Wehleidigkeit. 1937 wurde er vor Gericht gestellt und zu einer langen Haftstrafe verurteilt. Auch das änderte nichts an seinen Überzeugungen. Aus dem Gefängnis entlassen, setzte er bald seine politische Arbeit fort. Er knüpfte Verbindungen, traf sich mit Gleichgesinnten und half, verbotene Nachrichten zu verbreiten. Zu Anfang des Krieges verriet ihn ein Spitzel. Er kam vor ein Sondergericht und wurde zum Tode verurteilt. Am 23.1.1943 wurde er im Gefängnis in Preungesheim von der NS-Justiz umgebracht.

Da sind noch andere, die zu Tode kamen, aber in uns weiterleben. Sie hatten ihren Platz in der schweigenden Front jener eingenommen, die in unserem Land im allgemeinen Graven ein menschliches Antlitz wiedergegeben haben. Stellvertretend für andere nenne ich Ernst Mulansky, Andreas Portune und Georg Bernhard, von den Metallern, Peter Nidda, Sekretär des

Fabrikarbeitsverbandes, der heutigen IG Chemie, Valentin Schmetzer, Franz Metz, Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes. Ich denke an die unvergeßliche Johanna Kirchner. Sie alle gehörten zu den Besten und Unersetzlichen der Frankfurter Arbeiterbewegung. Sie starben dafür, daß wir heute als freie Menschen leben können.

Ich erinnere mich an die vielen, die sich irgendwo trafen, im Wetterhahn in der Alten Mainzer Gasse, im Cafe Zimmer in der Kaiserstraße, im Weital und am Grünen See in Dietesheim, deutsche Gewerkschafter, Männer und Frauen aus der Arbeiterbewegung. Als 1945 endlich das Nazireich zerbrach, waren Gewerkschafter unter den ersten, die daran gingen aufzuräumen und wiederaufzubauen; ohne Triumphgefühl, aber mit großen Hoffnungen.

Willi Richter hat dies so erlebt: Nach dem Einzug der Amerikaner führte ihn ein langer Fußmarsch von Bornheim im Nordosten quer durch die Altstadt, über den ausgebrannten Liebfrauenberg, an Römer, Paulskirche und Großen Hirschgraben vorbei. Es war Sonntag, der 1. April 1945. Man feierte Ostern. Für Willi Richter und all jene, die ihre Verstecke und Unterschlupfe verlassen konnten, hatte der Tag im wirklichen Sinne des Wortes Auferstehungscharakter.

Der Endpunkt des Marsches war dieses Haus am Untermainkai. Hier hatte man sich für den Tag nach dem Ende der Naziherrschaft verabredet; hier, wo wir uns so oft getroffen hatten. Nach dem Kriege im Kelch, heißt es im braven Soldaten Schweijk. Nach dem Kriege im Gewerkschaftshaus hieß es bei uns. Als ich aus der Kriegsgefangenschaft kam, war mein erster Weg in dieses Haus.

Aber hören wir, wie es uns Willi Richter erzählte: "Nacheinstündigem Weg über die Trümmer der Altstadt näherte ich mich meinem Ziel. Ich konnte zu meiner unaussprechlichen Freude den stolzen Bau vom Kriege unversehrt vor mir sehen. Das Wahrzeichen der alten, von den Nationalsozialisten 1933

zerschlagenen freien deutschen Gewerkschaftsbewegung, das aus eigener Kraft von den Frankfurter freien Gewerkschaften 1931 geschaffen wurde, hatte den Krieg überdauert. Bomben und Artilleriebeschuß hatten es verschont. Aber die Glasscherben der vielen Fensterscheiben des 8-geschossigen Bürohauses bedeckten den Boden. Es war kaum in das Haus zu kommen".

Willi Richter blieb nicht lange allein. Zu ihm stießen Fritz Schäfer, Gustav Gruß - genannt der "Eiserne" -, Carl Stenger, Georg Winter, Eduard Liedtke, Theodor Thomas und andere der alten Garde. Im Haus fanden sie Berge verkohlter Bücher und Dokumente, leere Kassen und vernichtete Archive. Eilig zurückgelassene Papiere bedeckten den Boden. Das war alles, was von dem Spuk übrig geblieben war.

Aber niemand hatte damals Zeit noch Neigung zu nostalgischen Betrachtungen. Schon am 12. April 1945 bat der neugebildete, provisorische Gründungsausschuß der Gewerkschaften die amerikanische Besatzungsmacht darum, zu gestatten, die Gewerkschaften neu aufzubauen.

Lassen wir noch einmal einen Zeugen zu Wort kommen: diesmal einen amerikanischen Offizier, der über den Neuanfang diese Beobachtung niederschrieb: "Ich traf mit einer Gruppe von Gewerkschaftern in Frankfurt zusammen, die für die anderen typisch war. Vierzehn hatten sich in einem kleinen Raum versammelt, den sie ihr Büro nannten. Ich ließ durchzählen und fragte, was sie während der vergangenen 12 Jahre getan hätten. Von den 14 waren 8 in Konzentrationslagern oder Gefängnissen gewesen. Keiner hatte irgendwelche verantwortliche Positionen unter dem Naziregime erhalten. Einige hatten sich versteckt halten müssen oder haben im Untergrund gearbeitet".

Aus einem solchen Urteil spricht Respekt. Dies war aber nicht gleichbedeutend mit unmittelbarer Hilfe und Unterstützung für den Plan der neuen Gewerkschaft. Viele Schwierigkeiten waren noch zu überwinden, bis die Organisation endlich wieder auf sicheren Fundamenten aufgebaut war.

1945 standen die Gewerkschafter buchstäblich vor dem Nichts. Es gab weder ein gesichertes Koalitionsrecht, gültige Satzungen noch einen funktionierenden Apparat. Das Gewerkschaftsvermögen war vernichtet, verstreut oder beschlagnahmt. Dieses Gewerkschaftshaus mußte für viele Monate der Militärregierung überlassen werden, weil es im zerstörten Frankfurt an Unterkünften fehlte.

Erst 1946 kam die Wende. In großer Zahl traten die hessischen Arbeitnehmer wieder ihren Gewerkschaften bei. Ende 1946 zählte man wieder über 300.000 Mitglieder. Der Freie Gewerkschaftsbund Hessen wurde in Frankfurt gegründet. Am 13. November 1946 endlich gaben die Amerikaner dieses Haus zurück. 15 Jahre nach der Einweihung zogen die Gewerkschaften zum zweiten Mal in ihr Haus ein. Eine neue Periode begann. Sie ist bis heute gekennzeichnet durch mühevollen Tagesarbeit und eine Schritt-für-Schritt-Politik für eine gerechtere Gesellschaft und menschlichere Arbeitswelt. Ich nenne nur einige Namen für viele: Hans Eick, Jakob Knös, Fritz Schmidt, Fritz König, Alfred Fuchs, Hans Wiegand, Hermann Kratschbach, Ernst Leuninger und andere spielten in diesen Jahren eine große Rolle. In der Nachkriegsgeschichte gingen von dieser Zentrale der Gewerkschaften wichtige Impulse aus. 1947 war in diesem Gebäude der Zweizonengewerkschaftsrat untergebracht. Wichtige Konferenzen und Versammlungen tagten an diesem Ort. Frankfurt ist heute neben Düsseldorf ein Brennpunkt der Gewerkschaftsarbeit. Daß es dazu kam, lag nicht zuletzt an Willi Richter. Er hat sich beharrlich dafür eingesetzt, Einrichtungen der Gewerkschaften in Frankfurt und - soweit es möglich war - in der Nachbarschaft dieses Hauses unterzubringen. So brachte er die Briefschule des DGB an den Untermainkai und holte die Büchergilde Gutenberg hierher. Der größte Erfolg war wohl, daß die IG Metall nach dem Kriege ihre Hauptverwaltung hier aufbaute. Frankfurt ist heute der Sitz der Gewerkschaften von Post, Eisenbahn, Bau, und Erziehung und Wissenschaft. Hier

wirkten Otto Brenner, Hans Jahn, Georg Leber und Carl Stenger.

Gern hätte Willi Richter auch den Deutschen Gewerkschaftsbund nach dem Gründungskongreß in München 1949 in dieses Haus nach Frankfurt geholt. In einer langen Rede, in der Willi Richter sogar die Zahl der Fenster, Räume und Säle dieses Gebäudes den Delegierten aufzählte, warb er für Frankfurt. Er konnte sich keinen besseren Platz für den DGB vorstellen. Wir wissen, er kam damit nicht durch. Dies tat aber der Bedeutung dieser Stadt für die Gewerkschaftsbewegung keinen Abbruch. Er holte auch die Zentrale der BfG nach Frankfurt. Ich bin seiner Tradition gefolgt. Frankfurt ist schon eine Messe wert.

Frankfurt war immer ein Platz von besonderer Bedeutung. Erich Ollenhauer ist der Satz zuzuschreiben, daß die Frankfurter Sozialdemokraten die schwierigsten, aber auch die loyalsten seien. Ich denke, dies ist ein guter Ruf, den man wieder anstreben sollte.

Ich muß mit den Erinnerungen schließen: die Zeit läuft mir davon. Die Geschichte des Gewerkschaftshauses war in den ersten Nachkriegsjahren sehr wechselvoll. In den letzten drei Jahrzehnten reihen sich Erfolge und Fortschritte aneinander. Vieles Erreichte verbindet sich mit der Arbeit in diesem Haus. Der Abstand der Jahre, die seit Kriegsende und der Überwindung der elementaren Not vergangen sind, rückt diese Erfolge nicht von uns weg, sondern stellt sie sichtbar heraus.

Ich erinnere hier nur an wenige der wesentlichen Dinge:

- Es gab bedeutende Fortschritte in der Sozialpolitik, die durch Tarifverträge vorbereitet und ergänzt wurden.
- Bei den Löhnen und Gehältern, aber auch bei den Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit und der Urlaubsdauer, kam es zu Bewegungen, die den Arbeitnehmern beachtliche Verbesserungen brachten.

- Die Mitbestimmung ist nicht mehr, wie in der Weimarer Zeit, eine bloße, vergebliche Forderung. Sie ist - so unvollkommen sie sein mag - betriebliche Wirklichkeit und hat vieles verändert.

Ungeachtet alles dessen, was noch nicht so ist, wie es sein sollte, und ungeachtet aller Aufgaben, die vor uns liegen, sei hier festgestellt: Die Gewerkschaften haben den Arbeitnehmern Hilfe gebracht gegen das, was sie bedrückt, sie haben ihr Recht verteidigt und der schlichten Menschlichkeit im Arbeitsalltag hier und dort einen Weg geöffnet.

Andererseits wissen wir, die Schönwetterzeiten sind vorerst vorbei. Wir befinden uns wieder an der Grenze zur Massenarbeitslosigkeit. Und es gibt Kräfte in diesem Land, die an den sozialen Errungenschaften kratzen wollen und die Öffentlichkeit mit dem Popanz eines "Gewerkschaftsstaates" ängstigen.

In der mit der Weimarer Republik gewiß nicht vergleichbaren Gesellschaft der Bundesrepublik geht es um ähnliche Fragen, wie sie schon auf dem Kongreß des ADGB vor 50 Jahren in Frankfurt erörtert wurden: Es gilt den Bann zu brechen, der angesichts der Welt-Wirtschaftsrezession viele der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Untätigkeit gefangen hält. Es bringt nichts, sich auf bloßes Warten zu verlassen. Auf bessere Zeiten darf man nicht nur hoffen, man muß auch dafür etwas tun. Wir müssen handeln. Die Ohnmacht, die manche fühlen, beruht auf einem Irrtum. Es gibt zwar keine Wundermittel, es gibt aber Alternativen. Wir müssen sie nur wollen.

Es gilt zu verhindern, daß immer mehr Menschen aus der Arbeit gedrängt werden. Und diejenigen, die eine Arbeit suchen, müssen sie auch finden. Da sich die Zahl der Arbeitsstellen in Zukunft nicht beliebig vermehren läßt, werden wir in den nächsten Jahren zu einer anderen Verteilung der Arbeit kommen. Fragen der Arbeitsdauer, der Lebensarbeitszeit, des Urlaubs und der Arbeitsplatzbesetzung werden uns noch viel beschäftigen.

Arbeitslosigkeit und mangelnde schulische und berufliche Ausbildung treten oft zusammen auf. Die Jungen, die die Schule zu früh verlassen oder die keine ordentliche Lehrstelle finden, sind die Arbeitslosen von morgen. Wir dürfen nicht zulassen, daß an den Rändern unserer Gesellschaft ein neues Subproletariat - auch nicht bei Ausländern - entsteht.

Wir müssen heute mehr denn je auch dem Gestrauchelten, dem Mutlosen und dem Verzagten helfen.

- Wir werden der irrationalen und blinden Einspar-Euphorie bei den öffentlichen Haushalten, die als Heilslehre verkündet wird, entgegentreten. Steigende Staatsverschuldung ist nicht die Ursache, sondern ebenso gut die Folge der wirtschaftlichen Depression.

- Und es gilt, das System unserer sozialen Rechte und Sicherungen aufrechtzuerhalten. Noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts war es stets so, daß sich derjenige, der ohne Arbeit war, sehr bald auch von der Armut und dem Mangel bedroht sah. Durch Sozialgesetze hat sich dieser Zustand verbessert. Daran halten wir fest.

Die Lehren der Geschichte sind wichtig. übersehen wir aber darüber nicht die Unterschiede zu unserer Zeit. Die Gewerkschaften haben ihre früheren Spaltungen und ideologischen Gegensätze überwunden. Sind sie einig, so sind sie auch stark. Diese Tatsache gibt Selbstvertrauen und Kraft.

Die Einheitsgewerkschaft umfaßt verschiedene Weltanschauungen, religiöse Bekenntnisse, parteipolitische Meinungen, Menschen aller Berufe, Betriebe, Verwaltungen und Industrien. Sie bringt die Männer und Frauen verschiedener Generationen zusammen. Sie vereinigt Menschen verschiedener Nationalität. Dies ist alles andere als Gleichförmigkeit. Diese Unterschiede sind die Wurzeln, aus denen die Gewerkschaftsarbeit ihre Kraft zieht.

Ich habe in den fünf Jahrzehnten, in denen ich zur Arbeiterbewegung gehöre, manche politische Kontroverse erlebt, darunter leidenschaftliche Auseinandersetzungen. Ich habe gelernt, daß Meinungsgegensätze und Spannungen uns nicht entzweien dürfen. Die Einheit der Gewerkschaften hat uns geholfen, den besseren Weg zu finden und neue Ziele abzustecken.

Zur Zeit erleben wir Konflikte mit denen, die man die junge Generation nennt. Man spricht von "Jugendprotest". Mit Erklärungen der Unruhe der Jugend ist man in diesem Lande schnell zur Hand. Ich meine, vieles, was wir an Urteilen hören, greift zu kurz. Die Jugendbewegung drückt in ihrem Kern auch die Sehnsucht nach einer freundlicheren, friedvolleren und humaneren Welt aus. Über die Berechtigung dieser Vision ist kein Wort zu verlieren. Allerdings lassen sich mehr Brüderlichkeit und Toleranz niemals durch Gewalt schaffen; auch dies sollten wir klar sagen. Daneben spüren viele junge und ältere Menschen Angst. Angst vor einer ungewissen Zukunft. Furcht vor Katastrophen und Sorge gegenüber neuen Gefahren der Wirtschaft und Technik. Alles dies ist gewiß nicht unbegründet. Aber nur die Angst zu bekennen, genügt nicht. Das kann zu Panik und Hysterie führen. Auch das Engagement allein reicht nicht aus. Hinzukommen muß das Bewußtsein der Solidarität, die erlebte Solidarität mit den anderen; auch wenn dies in einer nur dem eigenen Ich huldigenden Gesellschaft und Wirtschaft schwierig ist.

Wir nehmen in den Gewerkschaften die Fragen der Protestbewegung sehr ernst. Gewiß, die Lösungen, die uns vorgeschlagen werden, sind widersprüchlich, oft wenig durchdacht und wirklichkeitsfern. Auch wenn wir mit manchen Antworten nicht übereinstimmen, so erkennen wir doch an, daß unsere eigenen Fragen nicht so weitentfernt sind von denen, die die Jungen stellen. Sie richten sich auf eine Ordnung, in der Wirtschaft und Technik nicht herrschen, sondern dienen. Um eine Gesellschaft geht es, in der nicht allein das ökonomische Prinzip entscheidet und für den weniger Erfolgreichen ein Platz ist. Wenn es in der

Jugendbewegung um eine Ordnung geht, in der es weniger Ängste gibt und mehr Hoffnungen möglich sind, hat sie die Gewerkschaften gewiß an ihrer Seite. Der alte Begriff Solidarität meint ja auch Mitgefühl, Verantwortung für den anderen und gegenseitige Hilfe.

Der Wille zu Gerechtigkeit und mehr Menschenwürde zieht sich durch die Geschichte der Arbeiterbewegung, solange sie aufgezeichnet ist. Das wird so bleiben. Mit den modernistischen Begriffen wie Identitätskrise und Selbstverwirklichung kann ich nicht viel anfangen. Ideologische Stimmungen und politische Moden erleben wir in rasch wechselnder Folge. Sie werden so schnell wiedervergessen, wie sie entstehen. In dem Maße, wie die Gewerkschaften nach und nach die sozialen Grundrechte und Grundfreiheiten der Arbeitnehmer verwirklichen, in dem Maße schaffen wir unsere Zukunft und die Voraussetzung für eine freie Gesellschaft.

Niemand, der in der Politik arbeitet, kann auf jedermanns Zustimmung rechnen. Wir müssen schon froh sein, wenn unsere Arbeit verstanden wird und hier und da Erfolg hat. Urteile von Bestand werden immer erst später gefällt. Nicht eitle Selbstgewißheit, aber Genugtuung dürfen wir über die Leistungen empfinden, die in unseren Gewerkschaften vollbracht wurden. Eine Zusammenkunft wie diese ist eine Gelegenheit festzustellen: Wir haben vielleicht nicht immer das Richtige getan, aber stets das Gute gewollt und das Nötige und Mögliche versucht. Unsere Arbeit hat Erfolge gebracht: sie bleibt notwendig. Die Rechte der arbeitenden Menschen, die Freiheit, die Menschlichkeit sind stets in Gefahr. Deshalb werden wir unseren Weg unbeirrt weitergehen.

Aber eine Erfahrung sollten auch die Jüngeren beherzigen. Alle Versuche, diese Welt durch Reformen zu verändern, werden folgenlos bleiben, wenn sie nicht von den Gewerkschaften und den arbeitenden Menschen getragen werden, und alle Ergebnisse

unserer Arbeit können nur im sozialen, demokratischen Rechtsstaat gesichert werden.

Wir setzen unsere Hoffnung in unsere Kraft; Männer und Frauen, Junge und Alte in solidarischer Verbundenheit stellen sich den Aufgaben der Zeit. Es sind andere Aufgaben, aber es ist der gleiche Geist, in dem die Arbeiterbewegung angetreten ist. Lernen, begreifen, dann handeln: mit kühlem Kopf und der Leidenschaft des Herzens. So hat es Lassalle gefordert. Es ist noch immer richtig. Dieses Haus ist ein Symbol unserer Ziele. Wir werden den Geist der Arbeiterbewegung in uns lebendig halten.

Das Gewerkschaftshaus in der Zeitschrift DAS NEUE FRANKFURT September 1931

Die Zeitschrift DAS NEUE FRANKFURT wurde von Ernst May gegründet und erschien von 1926 bis 1933. Sie dokumentierte die Projekte des Neuen Frankfurt, berichtete aber auch über architektonische und künstlerische Entwicklungen der Neuen Sachlichkeit in anderen Ländern. Der Grafiker Hans Leistikow – dessen bekanntestes Werk der Frankfurt-Adler im Stil der Neuen Sachlichkeit ist – gestaltete mit seiner Schwester, der Fotografin Grete Leistikow das Layout und die Titelseiten der Zeitschrift. Nach dem Wechsel von Ernst May in die Sowjetunion, bei dem ihn auch Hans und Grete Leistikow begleiteten, übernahm die Gestaltung der Zeitschrift der Künstler Willi Baumeister.

In der Ausgabe im September 1931 ist das Neue Frankfurter Gewerkschaftshaus nicht nur auf dem Titel zu sehen, sondern auch mit einem bebilderten Bericht vertreten, der über 14 Seiten geht.

Das Neue Gewerkschaftshaus wird als herausragendes Beispiel gelobt, für die „Sparsamkeit und Sauberkeit der Durchführung“ und mit zahlreichen Fotografien wird die Außenarchitektur, der Eingang, die Innenräume, das Treppenhaus und die technischen Einrichtungen vorgestellt. Die Beschriftung der Bilder ist dreisprachig, da die Zeitschrift internationale Verbreitung fand. Wie genau der Bau des Gewerkschaftshauses verfolgt wurde, zeigt sich auch daran, dass verschiedene Phasen des Baufortschritts auf der letzten Seite des Artikels abgebildet sind.

Diese Baufotos stammen von Foto-Herold, einem Fotoatelier, das seinen Sitz unweit vom Bauplatz des Gewerkschaftshauses in der Hafenstraße 21 hatte.

Die Architekturfotografien stammen von Paul Wolff, dem Pionier der Kleinbildfotografie, der die erste Leica-Kamera populär

machte, die spontane Schnappschüsse erlaubte. Für Auftragsarbeiten, wie hier beim Frankfurter Gewerkschaftshaus, nutzte er aber weiterhin seine Großbildkamera, meist im Format 9 × 12 cm mit einem Weitwinkelobjektiv.

Die sorgfältig komponierten Fotos vom Neuen Gewerkschaftshaus betonen die grafischen und strukturellen Qualitäten des Gebäudes. Anschnitte, Diagonalen und Vertikalen lassen das Gebäude förmlich in Bewegung geraten. Besonders schön ist das bei den Fotos Nr. 6 bis 8 zu sehen.

Mit einer einzigen Ausnahme (Nr. 9, Eingangshalle), sind auf diesen Fotos keine Personen zu sehen. Hier mischt sich die Vorliebe des Fotografen für die klare Darstellung der Architektur mit den damals noch notwendigen, längeren Belichtungszeiten der Großbildkameras, bei der sich bewegende Menschen nur stören.⁷

Dieter Wesp

⁷ Alle Ausgaben der Zeitschrift DAS NEUE FRANKFURT sind im digitalen Archiv der Universitätsbibliothek Heidelberg unter https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/neue_frankfurt1931/0213 zugänglich

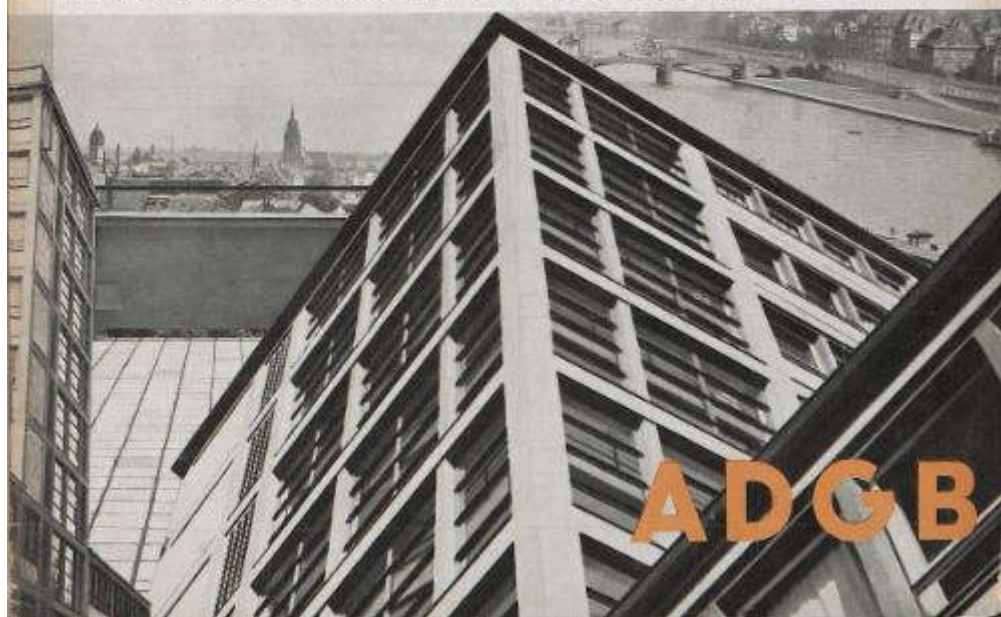
VERLAG ENGLERT UND SCHLOSSER FRANKFURT AM MAIN

V. JAHRGANG · SEPTEMBER 1931

9

DAS NEUE FRANKFURT

INTERNATIONALE MONATSSCHRIFT FÜR DIE PROBLEME KULTURELLER NEUGESTALTUNG



Titelseite DNF, Nr. 9/1931

DAS NEUE FRANKFURT

Internationale Monatschrift für die Probleme kultureller Neugestaltung

Begründet von Ernst May und Georg Schloffer

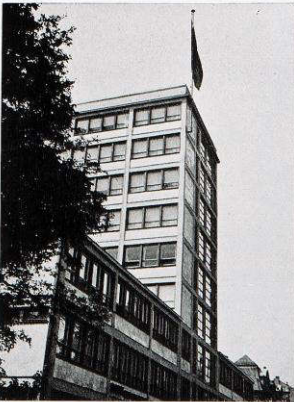
In Verbindung mit Ulrich Burmann herausgegeben von
Joseph Gantner

Im Verlag Englert und Schloffer in Frankfurt am Main

5. Jahrgang / September 1931 / Heft 9

BAUT EINFACH!

**Zum 14. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands
vom 31. August bis 5. September in Frankfurt am Main**



1

Das neue Gewerkschaftshaus in Frankfurt - The
New Trades Unions House at Frankfurt - La nou-
velle Maison des Syndicats ouvriers à Francfort.
Photo M. Taut

Den Führern und Funktionären der deutschen Gewerkschaften, die am 31. August aus allen Teilen des Reiches in Frankfurt zusammentreten, wird die Stadt Frankfurt mit Stolz das neue Gewerkschaftshaus präsentieren können, das wir im Hauptteil dieses Heftes veröffentlichen. Es ist eines der wenigen Beispiele dafür, wie eine solche Bauaufgabe angepackt werden soll.

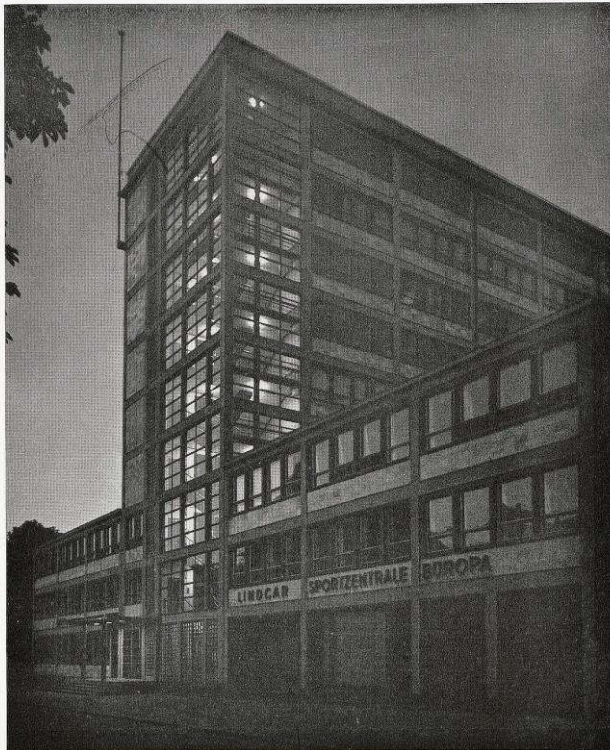
Die Gewerkschaften gehören heute zusammen mit den Ortskrankenkassen zu den stärksten und mächtigsten Organisationen. Ihre Mitgliederzahlen gehen in die Hunderttausende, und die kleinen Beiträge der Mitglieder häufen sich zu riesigen Summen. Wir alle wissen, daß in den letzten Jahren Vorstände und Funktionäre von einzelnen solcher Organisationen bei der Durchführung ihrer Bauten oft den Bogen überspannt haben und sich zu einem Aufwand verleiten ließen, der in keinem Verhältnis steht zu den eminent sozialen Zwecken der Verbände und der Notlage eines wachsenden Teiles der Bevölkerung. Das war nicht gut!

Das Frankfurter Gewerkschaftshaus ist ein Beweis dafür, daß man es auch anders machen kann, und vor allem: daß gerade aus der Sparfamekeit und Sauberkeit der Durchführung ein architektonischer Stil resultiert, der besser als jede große Gebärde dem Empfinden des Volkes entspricht, das diesen Bau aus feinen Mitteln ermöglicht hat.

Gfr.
157

DAS NEUE BÜROHAUS DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES IN FRANKFURT AM MAIN

**Architektur und Bauleitung:
Max Taut und Hoffmann, Architekten, Berlin**



158



3
Tagesaufnahme von der Bürgerstraße aus
Photo by day, taken from the Bürgerstrasse
Vue diurnale, prise de la Bürgerstrasse

2
Nachtaufnahme von der Bürgerstraße aus
A night photo, taken from the Bürgerstrasse
Vue nocturne, prise de la Bürgerstrasse

4

Haupteingang. Portalumrahmung und Säulen: rote Keramik. Stufen: gehärteter Beton.
Main Entrance. Frame of Portal: red ceramics. Steps: hardened concrete.
Entrée principale: Cadre du portail: céramique rouge. Gradins: béton endurci.



5

Nachtaufnahme - Night Photo - Vue de nuit

159



6

Das Bürohaus, Eisenbeton-Rahmenbau als Konstruktionsgerüst mit nichttragenden Zwischenwänden. Gestaltung der Fassade: das Betongerippe ist feinmetzmäßig bearbeitet; die Kanten der Balken und Stützen sind leicht charriert. Die Brüstungen haben Verkleidungen von Kalksteinplatten. Die Fenster sitzen in einer dunklen Betonumrahmung.

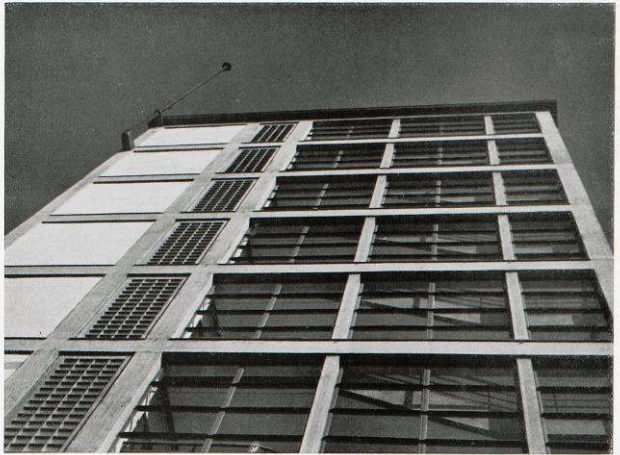
The Office House. Ferro-concrete frame als constructive scaffold with self-supporting partitions. Aspect of Façade: the concrete skeleton is treated in stone-mason's fashion; the edges of the girders and supports are slightly charred. The parapets are lined with limestone slabs. The windows are sunk in a dark concrete frame.

La maison des bureaux. Cadre en béton armé comme charpente constructive à cloisons indépendentes. Construction de la façade: l'ossature de béton-fer est travaillée à la pierre de taille; les bords des poutres et supports sont légèrement charriés. Les appuis sont revêtus de dalles en pierre calcaire. Les fenêtres sont posées dans un cadre en béton foncé.

7



8

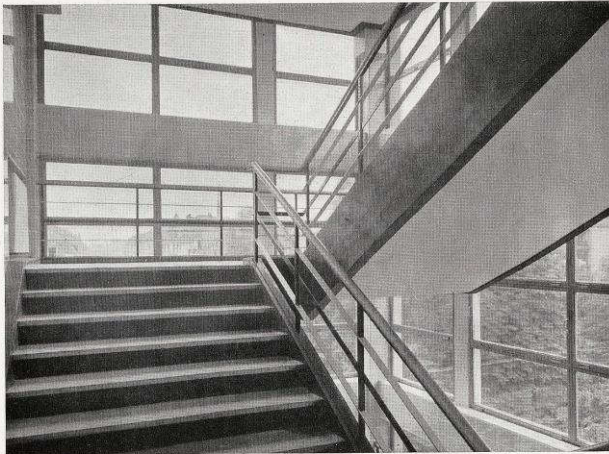


7-8
Detail der Fassaden · Particulars of facades · Detail
des façades

161



9
Die Eingangshalle · The Vestibule · Le Vestibule

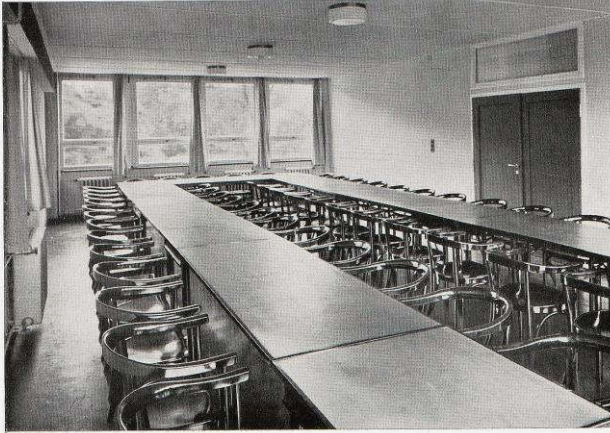


10
Die Haupttreppe · The Main Staircase · L'escalier principal

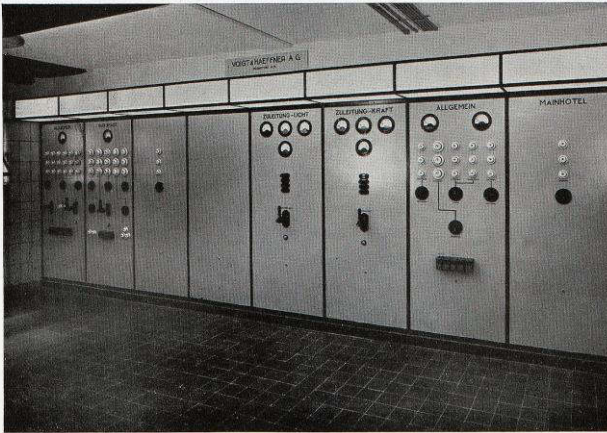
11
Büro-Normal-Fenster. Ausblick auf die Stadt. Im
Hintergrund der Frankfurter Dom
Standard Office Window. View on the Town. In
the background, Frankfurt Cathedral
Fenêtre de bureau standard. Vue de la Ville. Au
second plan, la Cathédrale de Francfort



12
Fenster im Treppenhaus · Window on the staircase · Fenêtre au cage d'escalier

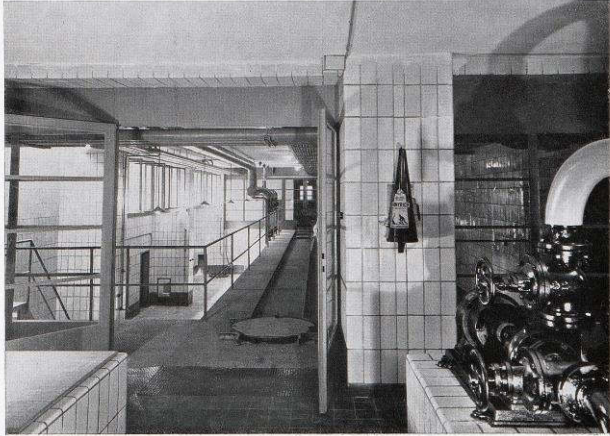


13
Der Sitzungssaal · The Board Room · La salle d'assemblée

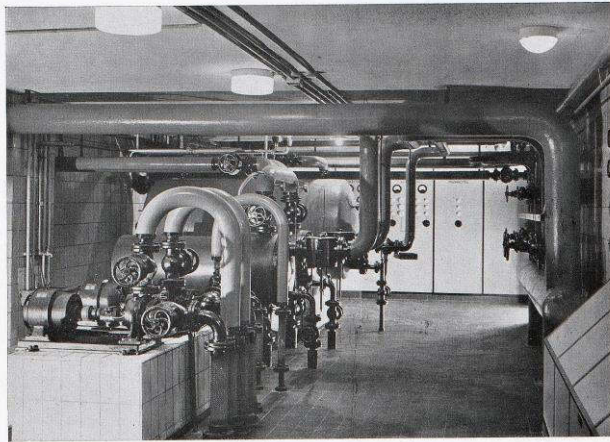


14
Die Schalttafel für die Licht- und Kraftverförgung im Kellergelcholy
The switchboard in the basement, for light and power supply
Le tableau de distribution d'énergie électrique pour l'illumination et les moteurs, placé au souterrain

15

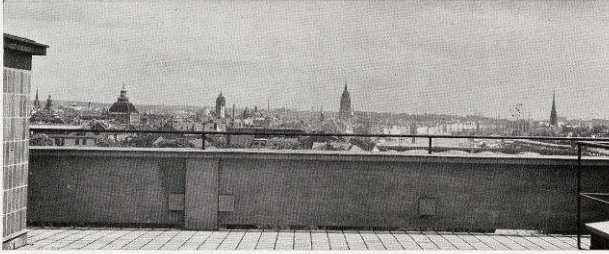


16



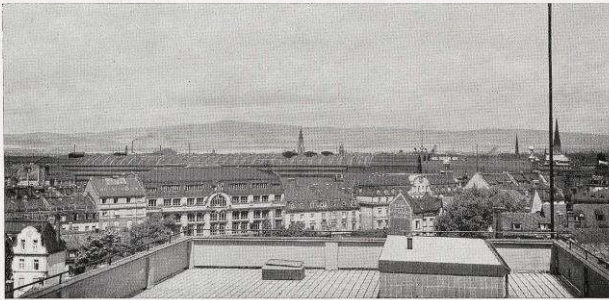
15-16
Die Heizungsanlagen im Kellergelchoß
The heating plant in the basement
L'installation de chauffage au souterrain

165

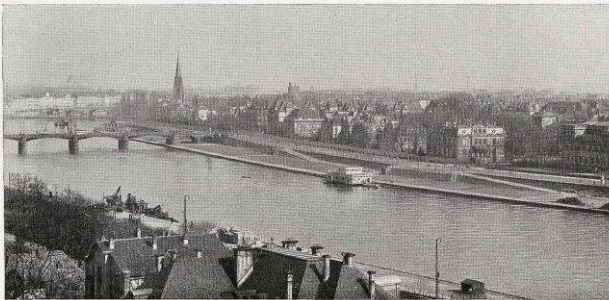


AUSBLICKE VOM DACH DES HAUSES

17
Die Stadt · The Town · La ville



18
Der Taunus · The Taunus Ridge · La montagne du Taunus



19
Der Main · River Main · Le Mein

20-21

Das Modell der geplanten Anlage. Der jetzt ausgeführte, in den vorhergehenden Abbildungen gezeigte Bau stellt nur einen Teil der Gesamtanlage, das eigentliche Bürohaus, dar. Der nächste Bauabschnitt liegt die Errichtung eines großen Saales mit Terrassen und eines Hotels mit Café-Restaurant nach dem Main hin vor. S. das Modell. Entwurf der geplanten Anlage von Max Taut und Hoffmann, Berlin

Model of the whole establishment. The building now executed, demonstrated in the foregoing illustrations, is only part of the whole establishment, the offices building proper. The next construction instalment is to be provided for the erection of a huge hall with terraces and of an hotel with café-restaurant in the direction of the Main. (See model.) The design of the whole establishment is by Messrs. Max Taut and Hoffmann, Berlin

Maquette de l'établissement entier. L'édifice construit jusqu'ici ne constitue qu'une partie de l'établissement entier, la maison de bureaux proprement dite. La prochaine section du plan envisage l'érection d'une grande salle à terrasses et d'un hôtel avec café-restaurant dans les sens du Mein. (Voir la maquette.) Le plan de l'établissement entier a été fourni par MM. Max Taut et Hoffmann, de Berlin



DER BAU

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schrieb zur Erlangung von Entwürfen für das Volkshaus in Frankfurt a. M. einen engeren Wettbewerb zwischen acht deutschen Architekten aus, bei dem der Entwurf der Architekten Max Taut und Hoffmann als der beste anerkannt wurde. Ein zweiter Wettbewerb unter geringen Programmänderungen beauftragte einstimmig die erste Enfkcheidung des Preisgerichts.

Nach 10 1/2 monatiger Bauzeit konnte das Bürohaus als erster Bauabschnitt fertiggestellt werden. Die Rohbauarbeiten vom ersten Spatenstich, der zehnhelchhoffige Eisenbetonhochbau mit Treppen und Decken, benötigten nur 81 Arbeitstage, also etwa für jedes Geldstück eine Woche. Auf der Bauteile selbst wurden für die gefamete Fertigstellung 45 000 Tagewerke gebraucht, wovon ca. 34 000 Tagewerke auf Ausbauarbeiten entfielen.

Das Bürohaus enthält außer Büroräumen nur im Erdgeschloß einige Läden und die Arbeiterbank. Im Keller sind die Heizungsanlagen, Keller für Läden und Garagen für 8 Wagen untergebracht.

Für die Konfruktion wurde ein Eifenbetonrahmenbau mit einer Stützenentfernung von ca. 6,5 m gewählt. Als kleinerer Bürotyp wurde ein Raum von 12—13 qm zugrunde gelegt, der auch für die Gefameteinteilung der in sich abgehloffenen Büroabteilungen maßgebend war. Sämtliche Zwischenwände sind nichttragende Leichtwände, die beliebig und variabel verlegt werden

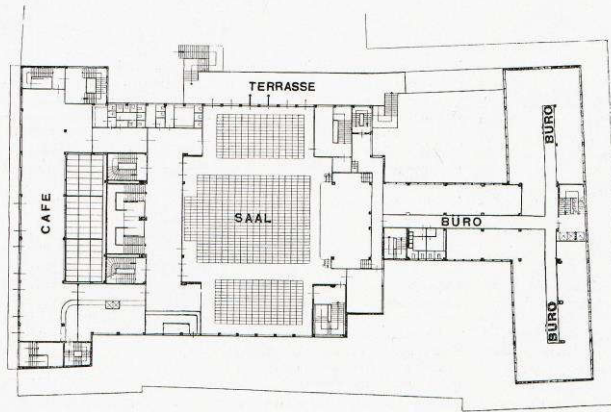
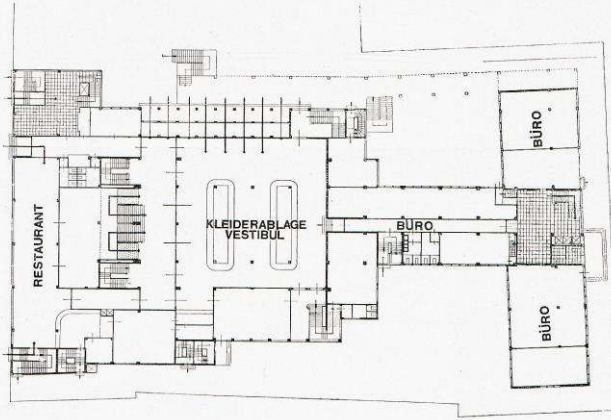
können, ohne die Tragekonfruktion zu beeinflussen. Die Fensteraufteilung und -größe ergab sich aus den räumlichen Bedingungen des kleinsten Bürotyps und ist im ganzen Bau einheitlich durchgeführt worden. Das Haus ist wegen der außerordentlich konzentrierten Bauweise und der sich daraus ergebenden starken Abnutzung mit soliden Materialien ausgeführt; z. B. die Wände lamtlicher Flure und Treppenhäuler Plattenbelag. Die Fußböden der Flure wurden mit Gummi belegt und die der Treppen mit einem harten Naturstein.

Mit allen notwendigen technischen Einrichtungen ist das Haus ausgefattet. Ein Paternoster- und ein gewöhnlicher Aufzug verbinden die Geldholle. Eine umfangreiche Telefon- und Lichanlage, Briefabwurf, Rufanlage, Müllchlucker etc. sind in das Gebäude eingebaut worden.

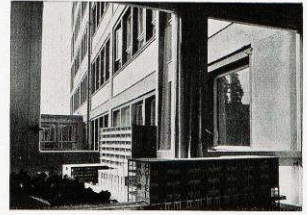
Die Kosten des Hauses für die fix und fertige Herstellung einschließlich der technischen Einrichtungen und teilweiser Möblierung betragen ca. RM 39.50 pro cbm bei ca. 29 000 cbm umbautem Raum.

Der fertiggestellte Bauteil ist ein Teil des geplanten Volkshauses. Der künftig zu errichtende Bauabschnitt soll nach dem Main ein Hotel mit Restaurant und Café enthalten. Zwischen dem künftigen Hotel und dem jetzt fertiggestellten Bürohaus wird der Saalbau mit Terrassen zum Main und Garten geplant. Vestibül, kleine Sitzungszimmer, Unterrichtsräume, Bibliothek ulw. sind ebenfalls vorgehoben und sollen von allen Gebäudeteilen aus erreichbar sein.

DIE PLÄNE



168



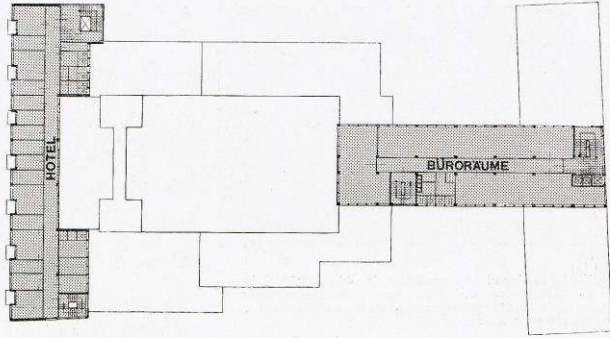
22
Das Gesamtmodell in einem Saal des ausgeführten Baues · Model of complete building, exhibited in a room of the executed section · La maquette de l'établissement entier, exposé dans une salle de la section achevée

23
Grundriß im Erdgeschoss · Ground plan · Plan du rez-de-chaussée

24
Grundriß im Obergeschoss · Plan of upper storey · Plan de l'étage supérieur

25

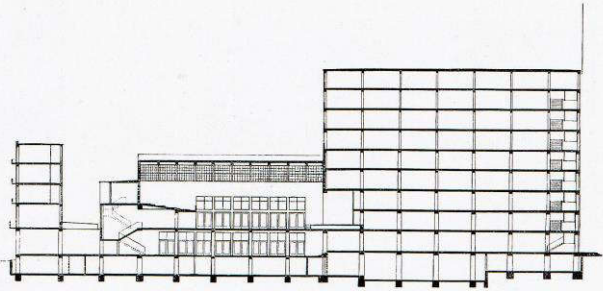
Grundriß im 3. Obergelchoß · Plan of 3rd upper storey · Plan de 3e étage supérieur



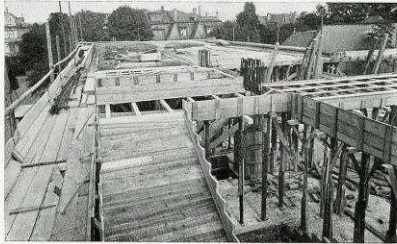
Die Fotografien des Gewerkschaftshauses (tammen aus folgenden Ateliers: Dr. Paul Wolff (Abb. 2-18) und Foto-Herold (Abb. 19-22, 27-31)

26

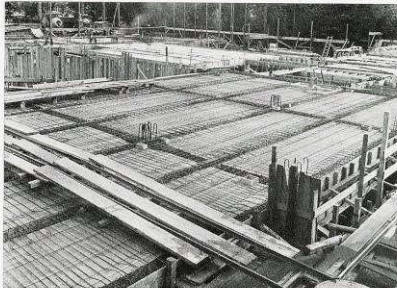
Längsschnitt · Longitudinal section · Section longitudinale



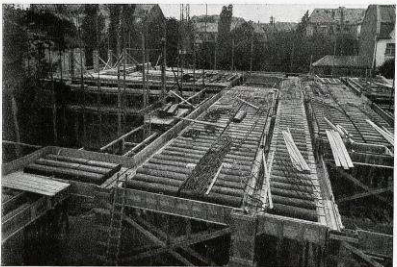
169



27
Aufnahmen während der Bauzeit. Der eingefachte Beton-Rahmenbau - Photos taken during construction. The encased concrete frame work - Photos prises au cours de la construction. Le cadre de beton avec son coffrage



28
Die eifenarmierte Decke - The ferro-concrete ceiling - Le plafond en béton armé



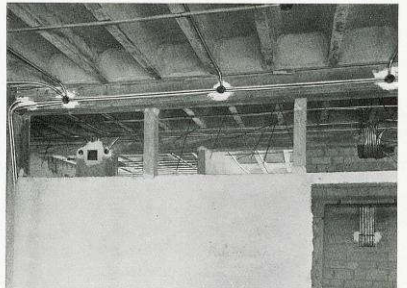
170



30
Der Rohbau ohne Zwischenwände - The rough work, without partitions - Le gros oeuvre, sans cloisons

29
Die Einchalung der Decke. Züblindecke - Sheeting the ceiling. Züblin Ceiling - Le bandage du plafond. Plafond système Züblin

31
Unterlicht der Decke mit den während des Rohbaus verlegten Leitungen für Elektrizität, Gas, Wasser, Telefon usw. - View from below of the ceiling with electric, gas, water, and telephone lines, transferred during the rough work - Vue d'en bas du plafond, avec ses conduites d'électricité, de gas, d'eau, et de téléphone, installées au cours des travaux de gros oeuvre



29

31

